

SUARA

Watch
INDONESIA!

1/2013 | Jahrgang 22

6,50 Euro

Zeitschrift für Indonesien und Osttimor

Bildung

Gott ist großartig wie ein Atom

Religion

Gott mag keine Falschgläubigen

Heldenhaftes Militär

Ogottogott!



Militär	Die Helden von Cebongan von Alex Flor	3
Landrechte	Sweet Love, Bitter Ending von Basilisa Dengen	6
	Sieben Jahre des Lapindo-Falls: eine Rückschau von Anton Novenanto	10
Religion	Die Suche nach dem »dritten Weg« endet auf Madura von Alex Flor	14
Bildung	Das Curriculum 2013: Einführung einer theokratischen Gesellschaft von Darmaningtyas	19
Menschenrechte	Erfolg ohne Konsequenzen? Die Anerkennung der Verbrechen von 1965/66 von Melinda Sudibyo	26
	»Wir leben im Zeitalter der Straflosigkeit« Regisseur Joshua Oppenheimer über seinen Film »The Act of Killing« Interview: Anett Keller	30
Recht	Das Ormas-Gesetz: In Widerspruch zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit von Ronald Rofiandi	33
Papua	HIV/AIDS-Aufklärungsarbeit im Hochland von Papua: Ein Tropfen auf den heißen Stein von Carole Reckinger & Antoine Lemaire	36
Wirtschaft	Mercedes-Fahrer brauchen keine Subventionen von Alex Flor	40
Kultur	Andrea Hirata: eine Erfolgsgeschichte und seine Kontroversen von Katrin Bandel	44
Osttimor	Die Seegrenzenproblematik Osttimors und Australiens von Samantha Perkins	47
	Babylonische Sprachverhältnisse von Daniel Peters	50
	Osttimors unvollendete Aufarbeitungsprozesse Helden und Opfer: Die Konkurrenz um Anerkennung und Reparationen von Dr. Christoph Marcinkowski (Redaktion Missio)	53
Aktivitäten	Angesagt – aus der Arbeit von Watch Indonesia! Nr. 11, Januar 2013 – Juli 2013	54
Impressum		64

SUARA - indonesisch für »Stimme« - heißt für uns nicht nur »jemandem eine Stimme geben« oder »für jemanden Stimme sein«. Die SUARA ist unserem Verständnis von Partnerschaft entsprechend auch ein Medium, um Menschen aus Indonesien und Osttimor die Möglichkeit zu geben, mittels eigener Beiträge oder in Form von Interviews selbst die Stimme erheben zu können.

Die Helden von Cebongan

von Alex Flor

In der Dunkelheit schleichen sich maskierte Männer an ein Gefängnis an. Das Wachpersonal wird genötigt das Eingangstor zu öffnen. Die Eindringlinge lassen sich zu den Zellen ausgesuchter Insassen führen. Kaltblütig erschießen sie vier Untersuchungshäftlinge, verletzen mindestens acht Leute des Personals und entkommen zunächst unerkant. Später stellt sich heraus, dass die Täter einer Eliteeinheit des Militärs angehören. Ihr Motiv war Rache. Doch sie werden als Helden gefeiert. Staatspräsident Yudhoyono bezeichnete ihre Tat als einen »ritterlichen Akt«.

OUhr 30 am 23. März 2013 in Sleman, Yogyakarta. Eine ungewöhnliche Zeit für Gefängnisbesuche. Dennoch zeigte ein Mann vor dem Tor des Cebongan-Gefängnisses ein offiziell aussehendes Schreiben der Polizei, laut dessen er vier kürzlich festgenommene Untersuchungshäftlinge für weitere Befragungen »ausleihen« dürfe. Kaum wurde ihm das Tor geöffnet, stürmten ein Dutzend oder mehr maskierte Männer das Gelände. Die Maskierten nahmen das Gefängnispersonal als Geisel und drohten damit, das Gebäude in die Luft zu sprengen.

Die Täter waren ohne jeden Zweifel Profis. Eine ihrer ersten Maßnahmen war, die Videoüberwachung des Gefängnis Komplexes außer Kraft zu setzen. Um sein Leben fürchtend wies ihnen jemand vom Wachpersonal den Weg zu den gesuchten Insassen: Block A, Zelle Nummer 5. Diese Zelle war zu besagtem Zeitpunkt mit 35 (Untersuchungs-)Häftlingen belegt. Eine kurze Befragung der Inhaftierten schien zu genügen, um die vier gesuchten Personen eindeutig zu identifizieren. Mit 29 gezielten Kopfschüssen eines einzigen Schützen wurden vier Menschen kaltblütig getötet. Kein noch so zweifelhaftes Gericht hatte jemals die Möglichkeit zu überprüfen, ob die an sie gerichteten Anschuldigungen stichhaltig und beweisbar gewesen wären.

Ein Krimi aus Hollywood mit Waffen aus Deutschland?

Die geschilderte Szene entstammt keineswegs einem fiktiven *Action Thriller* aus Hollywood, sondern hat sich genau wie beschrieben abgespielt. Vier Untersuchungshäftlinge in Zelle 5, Block A wurden gezielt ermordet. Zahlreiche andere Insassen, die Augenzeuge der Hinrichtung wurden, sind womöglich bis ans Ende ihres Lebens traumatisiert. Auch acht Leute des Ge-

fängnispersonals wurden verletzt. Die gesamte Aktion dauerte nur 15 Minuten.

Die ermordeten Häftlinge, Hendrik Benyamin Angel Sahetapi (auch bekannt unter dem Namen Diki Ambon), Adrianus Candra Galaja (Dedi), Gamaliel Yermiyanto Rohi Riwu (Adi) und Yohanes Juan Manbait, wurden verdächtigt einige Tage zuvor bei einem Streit im Café Hugo, einem in Yogyakarta beliebten Musiklokal, Heru Santoso getötet zu haben. Heru Santoso gehörte *Kopassus*, einer Elitetruppe des Militärs an. Schnell wurde daher gemutmaßt, dass es sich bei dem Überfall auf das Cebongan-Gefängnis um einen Racheakt von Herus Kameraden gehandelt haben könnte. Eine Vermutung, die von führenden Militärs zunächst scharf zurück gewiesen wurde. Generalmajor Hardiono Saroso, Kommandeur des für Zentraljava und Yogyakarta zuständigen Wehrbereiches IV/*Diponegoro* erklärte: »Kein Soldat war beteiligt. Als Kommandeur des Wehrbereiches übernehme ich dafür die Verantwortung« (Jakarta Post, 24. März 2013).

Währenddessen beklagte sich die nationale Polizeikommission (*Kompolnas*) über massive Behinderungen der polizeilichen Ermittlungen, insbesondere nachdem bekannt geworden war, dass *Kopassus* eine tragende Rolle in diesem Fall gespielt haben könnte.

Forensiker identifizierten die tödliche Munition als Geschosse des Kalibers 7,62 Millimeter. *Kopassus* verfügt über mindestens zwei Waffentypen dieses Kalibers: die AK-47 und die aus Deutschland stammende G3, eine Handfeuerwaffe aus der Produktion von *Heckler & Koch*.

Mit großer Genugtuung werden deutsche Rüstungsunternehmen und verantwortliche Politiker vernommen haben, dass die tödlichen Schüsse aus einer AK-47 abgegeben wurden, wie sich letztlich herausstellte: keine deutschen Waffen im Spiel. Also auch kein Grund, den Export deutscher Panzer nach Indonesien noch einmal zu überdenken.

Rivalitäten

Bis zum Sturz der Suharto-Diktatur 1998 waren Polizei und Militär als »bewaffnete Kräfte der Republik Indonesien« (*Angkatan Bersenjata Republik Indonesia, ABRI*) vereint und unterstanden einem gemeinsamen Kommando.

Die politisch – auch vom Ausland – durchaus gewünschte Abtrennung der Polizei vom Militär, einhergehend mit einer klaren Aufgabentrennung zwischen Zuständigkeiten für »Innere Sicherheit« und »Außenverteidigung« blieb bis heute unvollständig. Politisch mag darüber gestritten werden, ob die Bekämpfung des Terrorismus eher in die Zuständigkeit der Polizei oder des Militärs fällt. Tatsächlich spielen solche politischen Erwägungen in der Praxis eine eher geringe Rolle. Wesentlich bedeutender ist der Zugriff auf Geld und Ressourcen.

Unvergessen ist der Vorfall von Binjai, Nordsumatra, vor nunmehr elf Jahren, als sich Einheiten von Polizei und Militär gegenseitig mit schweren Waffen bekämpften. Binjai ist die der Grenze zur Provinz Aceh nächst gelegene Stadt an der Hauptstraße in die Millionenstadt Medan. Mit anderen Worten: fast sämtliches Marihuana, welches in Aceh angebaut wird und im restlichen Indonesien vermarktet werden soll, passiert zunächst die Stadt Binjai.



Bereit zum Auslöschten der Preman

Indonesische Sicherheitskräfte sind oftmals nicht weit, wenn es um illegale Geschäfte mit Drogen, Waffen, Frauen, Glücksspiellizenzen oder Landbesitz geht. Täter werden gnadenlos verfolgt. Mit Ausnahme derjenigen freilich, die Polizei und/oder Militär am Geschäft teilnehmen lassen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass sich einschlägige Drogenumschlagsplätze, Bordelle und Casinos – mitunter alles unter einem Dach – unter direkter oder indirekter Kontrolle der Sicherheitskräfte befinden. Allem Anschein nach war in den vom Ausland geförderten Programmen zur Sicherheitssektorreform, welche die Trennung von Militär und Polizei begleiteten, keine Mediation über die »gerechte« Aufteilung solcher illegalen Einkommensquellen vorgesehen.

In einschlägigen Reiseführern wird das Café Hugo in Yogyakarta als eines der Nachtcafés angepriesen, wo männliche Besucher – insbesondere solche »weißer« Hautfarbe und vermeintlich unbegrenzter finanzieller Ressourcen – leicht eine Partnerin finden können. Ob nur für die eine Nacht oder für's ganze Leben entscheidet sich im Einzelfall.

Wenn denn schon mal sämtliche traditionellen Verhaltenskodizes außer Kraft gesetzt scheinen, werden Treffpunkte wie das Café Hugo schnell zum Umschlagplatz aller übrigen bereits genannten zweifelhaften Einkommensquellen: Drogen, Waffen, Glücksspiellizenzen, ...

Wer wacht hier darüber, welche Frauen mit welchen Gästen zu späterer Stunde ins Hotelzimmer gehen werden? Hauptsache, sie entrichten ihren Obolus und sind am nächsten Abend wieder verfügbar. Vor allem aber, wer erhebt die schützende Hand über ein solches Etablissement, um Betreiber und Gäste vor Übergriffen radikal-islamischer Schlägerbanden zu bewahren? Darum mag es Konkurrenzstreitigkeiten geben. Sogenannte *Preman* (Mafiabanden) stehen hier möglicherweise in hartem Wettbewerb mit bestimmten Gruppen der Polizei und des Militärs.

Mit wenigen Ausnahmen (z.B. *The Jakarta Globe*, 27.3.2013: *Gang Ties Underpin Sleman Jail Shooting*) wagten weder Presse noch Justiz bislang ernsthaft der Frage nachzugehen, was genau sich wohl im Café Hugo abgespielt haben mag, bevor Heru Santoso, Soldat der Eliteeinheit *Kopassus*, von mutmaßlichen *Preman* ermordet wurde. Selbstverständlich soll mit diesen Zeilen keine Vorverteilung erfolgen. Auch für notorische *Preman* und hartgesottene Soldaten der *Kopassus* gilt die Unschuldsvermutung. Dennoch wäre es zur Aufklärung des Falles dringend notwendig, den Tathergang und die zugrundeliegenden Motive des Mordes an Heru Santoso zu rekonstruieren.

Die in der Untersuchungshaftzelle begangene kaltblütige Liquidierung der vier mutmaßlichen Mörder lässt eine seriöse Aufklärung in weite Ferne rücken. War die Spurenbeseitigung möglicherweise sogar der eigentliche Grund der Hinrichtung durch das nächtliche Überfallkommando? Wir werden es wohl nie erfahren.

Ritterlichkeit

Wer glaubt, dieses ungeheuerliche Verbrechen müsse in der Öffentlichkeit einen Aufschrei des Entsetzens ausgelöst haben, hat Indonesien nicht verstanden.

Tatsächlich werden die Täter in breiten Kreisen für ihr kameradschaftliches Verhalten gelobt und als Helden gefeiert. Die Art und Weise, wie sie beherzt zur Tat schritten, nachdem einer ihrer Kameraden ermordet wurde, gilt vielen als vorbildhaft. *Ksatria* lautet ein in

diesem Zusammenhang häufig verwendeter, schwer zu übersetzender Begriff, dessen Bedeutung irgendwo zwischen Ritterlichkeit, Kameradschaftsgeist, Ehre und Heldenhaftigkeit liegt. Binnen kürzester Zeit erklärten auf einer eigens geschaffenen Facebook-Seite Tausende ihre Unterstützung für die als *ksatria* angesehenen kaltblütigen Mörder. »Rechtlich betrachtet, sind sie schuldig. Aber moralisch gesehen, haben sie richtig gehandelt. Wenn nötig sollten sie mit dem *Mahaputra*-Orden ausgezeichnet werden«, erklärte der frühere Geheimdienstchef Hendropriyono (Detik.com, 8.4.2013).



Sympathy for the devil: Anhänger von Kopassus demonstrieren

Foto: HRW

Für mich ist das erleichternd, es ist das Wesen von *ksatria*, die Verantwortung dafür zu übernehmen, was man getan hat. Das sind wahre Soldaten, auf die das gesamte indonesische Volk aufmerksam gemacht werden sollte,« erklärte SBY. (Tempo.co, 5. April 2013).

Doppelgesichtiger Präsident

Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) steht wie so oft vor dem Dilemma, dass sein Ansehen im Ausland an gänzlich anderen Maßstäben gemessen wird als im eigenen Land. Entsprechend unterschiedlich sind seine Äußerungen gegenüber den Medien. Gegenüber der englischsprachigen, vornehmlich auf die internationale Leserschaft ausgerichteten Tageszeitung *Jakarta Post* erklärte SBY: »[die Hinrichtungen] stellen nicht nur eine ernsthafte Gefahr für die öffentliche Sicherheit dar. Sie haben in der Öffentlichkeit auch das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit dieser Republik zerstört.« (Jakarta Post, 27. März 2013).



Einmarsch der Helden

Foto: youtube

Ganz anders klangen seine Worte in den indonesischsprachigen Medien: »das Verhalten der Soldaten war verantwortungsvoll, *ksatria* und voller Bereitschaft jedwede rechtlichen Konsequenzen auf sich zu nehmen.

Militärgericht

Der Fall blieb dennoch nicht ohne Konsequenzen. Generalmajor Hardiono Saroso, der zunächst die volle Verantwortung übernommen hatte, wurde seines Postens als Kommandeur des Wehrbereiches IV/*Diponegoro* enthoben.

Die mutmaßlichen Täter hatten sich, wie in solchen Fällen üblich, vor einem Militärgericht zu verantworten. In anderen Staaten wie beispielsweise den USA fürchten sich Angeklagte zurecht, wenn ihr Fall nicht von einem zivilen Gericht, sondern von einem Militärgericht verhandelt wird. In Indonesien ist es genau umgekehrt. Hier werden schwere Vergehen häufig unter Außerachtlassung des Strafgesetzbuchs, nur nach militärischen Regeln geahndet. So wird aus einem Mord schnell mal ein schlichtes Disziplinarvergehen wegen Ungehorsams. Entsprechend milde fallen in der Regel die verhängten Strafen aus. Zur Prozessöffnung am 20. Juni 2012 marschierten die Angeklagten im Gleichschritt auf die Anklagebank. Dies sollte bei den Militärrechtern einen guten Eindruck hinterlassen.

Die Anklage forderte Ende Juli Haftstrafen bis zu zwölf Jahren. Im September fielen schließlich die Urteile. Die härteste Strafe traf Tigor »Ucok« Simbolon, der zu 11 Jahren Haft verurteilt wurde. Neben ihm wurden elf weitere Angeklagte zu Haftstrafen von 4 Monaten und 20 Tagen bis zu acht Jahren verurteilt. Die Urteile wurden von Menschenrechtsorganisationen im In- und Ausland unterschiedlich bewertet. Der Mythos der »Helden« lebt dennoch fort. ♦

Sweet Love, Bitter Ending

von Basilisa Dengen

Seit 30 Jahren kämpfen die Einwohner von 21 Dörfern im Kabupaten Ogan Ilir, Südsumatra, um ihr Land. Die Landnahme zum Bau einer staatlichen Zuckerrohrplantage und einer Zuckerfabrik in ihrem Wohngebiet und auf ihren Feldern wurde von Polizei und Militär unter Anwendung von Gewalt unterstützt.

Palembang, Dienstag 29. Januar 2013. Die Sonne scheint glühend heiß. Etwa 300 Bauern des Landkreises (*Kabupaten*) Ogan Ilir in Südsumatra marschieren in Richtung des Büros von *Polda Sumsel*, der lokalen Regionalpolizei. Der Umzug verläuft friedlich und ohne besondere Vorkommnisse. An der Spitze des Zuges fährt ein LKW mit einer Lautsprecheranlage, dahinter laufen die Frauen gefolgt von den Männern. Einige indonesische Flaggen sind zu sehen, aber auch die Fahnen verschiedener Umweltorganisationen und Bauernnetzwerke wie *Walhi Sumsel*, *Serikat Petani Sriwijaya*, *Sarekat Hijau Indonesia* und *Serikat Petani Indonesia Sumsel* werden von Teilnehmern nicht ohne Stolz geschwenkt. Schließlich erreichen die Demonstranten ihr Ziel: den Vorgarten des Büros der *Polda Sumsel*. Weiter kommen sie nicht. Das Tor ist geschlossen.

Uniformierte Polizisten sowie in zivil gekleidete Mitglieder der ›Intel‹ (Geheimpolizei) stellen sich den Demonstranten entgegen. Anwar Sadat, der Direktor von *Walhi Sumsel*, einer indonesischen Umweltschutzorganisation, nimmt das Mikrofon in die Hand. Mit starker Stimme erzählt er davon, wie die Polizei in den vergangenen Monaten auf den Protest der einheimischen Bevölkerung mit Gewalt reagierte. Er redet auch über den Tod von Angga Bin Dharmawan, einem 12-jährigen Jungen, der während des letzten Zusammenstoßes mit der Polizei in einem Dorf des Konfliktgebiets erschossen wurde. Im Wechsel sprechen anschließend nun auch die Vertreter der anderen anwesenden Organisationen. Sie klagen über Ungerechtigkeit und Landraub in ihrer Region. Sie wollen ihr Land zurück und fordern, dass die Polizei sie endlich schützt, anstatt sie anzugreifen. Der Referent für Öffentlichkeitsarbeit der Polizei greift zum Mikrofon und bietet den Demonstranten an, ins Büro zu kommen, um Anzeige gegen die Angriffe zu erstatten. Dies aber wird von den Demonstranten abgelehnt.

Es beginnt zu regnen. Die Demonstration löst sich auf, und die Teilnehmer suchen Schutz unter Bäumen oder sich in der Nähe befindlichen Häusern. Anwar Sadat und sein Kollege von *Walhi Sumsel*, Dedek Chaniago, versuchen jedoch, die Massen wieder zusammen zu rufen und sie darauf einzuschwören, dass auch der Regen ihren Protest nicht stoppen kann.

Es gelingt: Die Leute leisten der Aufforderung Folge und versammeln sich wieder vor dem Gebäude der Regionalpolizei. Als einige Demonstranten immer weiter Richtung Pforte drängen und sie schließlich zum Einsturz bringen, eskaliert die Situation. Aus allen Richtungen strömen nun



Kundgebung in Palembang

Foto: Walhi Sumsel

Polizisten herbei und schlugen mit ihren Knüppeln wahllos auf die hilflosen Demonstranten ein. Auch Anwar Sadat kann sich der brutalen Gewalt der Polizei nicht entziehen. Durch einen Schlag wird er am Kopf verletzt, sofort strömt Blut sein Gesicht hinunter und durchtränkt sein weißes Hemd. Infolge der Auseinandersetzungen werden 26 Demonstranten, die teils schwere Verletzungen davon getragen haben, von der Polizei verhaftet.

Die Ereignisse bleiben der Öffentlichkeit jedoch nicht verborgen, da zahlreichen Medien in der Region vertreten sind und über die Geschehnisse berichten. Und so verwundert es nicht, dass recht bald nach dem Bekanntwerden der Gewaltaktionen Menschenrechtsorganisationen in Indonesien und in aller Welt sich solidarisch mit den Einheimischen der Region zeigen und eine Online-Petition ins Leben rufen, welche die Freiheit für Anwar und alle anderen Demonstranten fordert.

PTPN Cinta Manis und der Landkonflikt in Ogan Ilir

Gewaltaktion gegen lokale Einwohner sind im Landkreis Ogan Ilir keine Seltenheit. Der Landkonflikt in dem Gebiet mit ca. 450.000 Einwohnern hält nun schon



Turbulente Szenen im Prozess gegen Anwar Sadat und Dedek Chaniago

Foto: Walhi Sumsel

über 30 Jahre an. Genauer gesagt besteht er seit 1981, als das Ministerium für Landwirtschaft der staatlich betriebenen Plantage PTPN VII die Genehmigung zum Bau einer Zuckerplantage und einer Zuckerfabrik in der Region erteilte. Um dieses Projekt zu realisieren, wurden die lokalen Einwohner unter Androhung und Anwendung von Gewalt dazu gezwungen, ihr Land aufzugeben. Bis heute berichten zahlreiche Bauern davon, wie in dieser Zeit Tag und Nacht ihre Felder zerstört wurden. Meist erfuhren sie davon erst in den frühen Morgenstunden, als sie auf dem Weg zur Arbeit feststellen mussten, dass ihre bepflanzten Felder über Nacht verwüstet worden waren. Immer dann, wenn sie versuchten, Widerstand gegen den Landraub zu organisieren, erlitten sie Verhaftung und Verfolgung durch die nationalen Sicherheitskräfte. Viele männliche Einwohner versteckten sich im Wald, andere hatten sogar Angst, nach Hause zurückzukehren.

Die Großplantage PTPN VII wurde bereits während der Kolonialzeit errichtet und gehörte damals zur niederländischen Kolonialverwaltung. Im Jahr 1957 wurde sie verstaatlicht und gelangte so in Besitz der indonesischen Regierung. Ende der 70er Jahre läutete der indonesische Diktator Suharto dann einen Richtungswechsel in der Industriepolitik ein. Die Zuckerindustrie, die sich bis dahin nur auf Java konzentrierte, sollte nun auch außerhalb der Region Fuß fassen. Seither operiert PTPN VII nicht nur in Südsumatra, sondern auch in den Gebieten um Lampung und Bengkulu. Und außer Zucker-, Tee-, und Kautschukplantagen betreibt das staatliche Unternehmen mittlerweile auch eine Palmölplantage.

Auf ihrer Website informiert PTPN VII interessierte Bürger darüber, dass man eng mit der einheimischen Bevölkerung zusammenarbeite. Dies geschehe dadurch, dass die Hauptplantage direkt von PTPN VII betrieben werde und so die lokalen Bauern in die Produktion miteinbezogen würden.

»Cinta Manis«, so der gewählte Name für die Plantage in Ogan Ilir, bedeutet wörtlich soviel wie »süße Liebe«. Anwar Sadat schrieb hierzu in einem Artikel für *Walhi*: »Dem Namen entsprechend und um den Plan zum Bau einer Zuckerplantage zu fördern, hatte die Regierung den Leuten eine »süße Zukunft« versprochen«. Tatsächlich aber hinterließ das Projekt für die Bevölkerung einen bitteren Beigeschmack. Der staatlich geführten Großplantage wurde ein Gebiet mit dem Umfang von 21.358 Hektar zur landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung gestellt. Es umfasste 21 Dörfer in der Region. Heute gehören etwa 70 Prozent des Gebietes in Ogan Ilir zur Großplantage. Diese Marginalisierung führte dazu, dass viele Bauern heute keine andere Wahl mehr haben als sich als Tagelöhner auf der Plantage oder in den Fabriken zu verdingen. Meist reicht dieser Lohn auch bei überlanger Arbeitszeit nicht dafür aus, um sich und die Familien davon zu ernähren und die Kinder zur Schule zu schicken. In ihrer Not halten sich viele Menschen mit zusätzlicher Landwirtschaft

über Wasser, indem sie die Felder befreundeter Bauern bewirtschaften. Zwar ist die Solidarität unter den Menschen in Ogan Ilir groß, letztlich aber bleibt vielen Bauern angesichts des wirtschaftlichen Drucks keine andere Wahl als in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft auszuwandern.

Auch in ökologischer Hinsicht hat sich das Gebiet verändert. So berichten die Einwohner, dass sie keine Fische mehr in den angrenzenden Flüssen und Gewässern finden. Die mittlerweile zur Gewohnheit gewordenen Brandrodungen vor der Bepflanzung tragen ebenso zur massiven Umweltzerstörung bei.

Landnahme im Namen nationaler Entwicklung wurde in Indonesien schon immer von der Armee unterstützt. Während der Suharto-Diktatur vertraute man verdienten Militärs die Leitung der staatlichen Plantagen an, seither ist die Zusammenarbeit zwischen Staatsplantage, Polizei und Militär mehr als eng. Die neuen Machthaber zwangen die einheimische Bevölkerung dazu, ihr Land zu geringen Kaufpreisen aufzugeben. Die PTPN VII erwarb beispielsweise einen Hektar Land für durchschnittlich Rp. 15,- pro Quadratmeter. Das entspricht umgerechnet einem Preis von nicht einmal einem Cent. Zudem galt dieser Preis lediglich für bepflanztes Land. Für alle übrigen Flächen wurden die Bauern nicht entschädigt, dieses Land reklamierte die Regierung als Staatsvermögen. Anwar Sadat weist darauf hin, dass im Rahmen dieser Prozesse zahlreiche Manipulationen beobachtet werden konnten. So wurde das gekaufte Land absichtlich nicht exakt vermessen, viele einheimische Bauern bekamen daher für die Größe ihres Landes nicht die Entschädigung, die ihnen eigentlich zustand. Auch das Entschädigungsgeld wurde durch die lange Verteilungskette drastischen Kürzungen unterzogen.

Wo Zucker ist, da sind auch Ameisen

Walhi Sumsel berichtet davon, dass PTPN VII lediglich für 6000 der etwa 20.000 Hektar Land, die es in der Region bewirtschaftet, eine offizielle Betriebserlaubnis (HGU) besitzt. Die übrigen Landflächen werden daher auf illegale Art und Weise bepflanzt, was bedeutet, dass PTPN VII mehr als zwei Drittel seines Einkommens nicht beim Staat meldet. Anwar Sadat ist der Überzeugung, dass dies in voller Kenntnis des Ministeriums für Staatsunternehmen (BUMN) geschieht. Zudem bestätigte der Direktor der Landbehörde von Südsumatra im Jahr 2012, dass noch nicht alle Gebiete, auf denen PTPN VII agiert, über ein Landzertifikat verfügen. Zwar hatte das Unternehmen in der Vergangenheit bereits mehrfach einen Antrag auf dieses Zertifikat gestellt, jedoch bekommt es seit 1998 von der Zentralregierung keine Zulassung.

Die Einwohner der 21 Dörfer in Ogan Ilir haben schon einen langen und steinigen Weg hinter sich, um ihr Land zurückzubekommen. Sie kämpfen um ihr

Recht, um angemessene Entschädigungen und gegen weitere Verarmung. Im Dezember 2009 wurden 19 Bauern in Rengas (Bezirk Payaraman) erschossen, als sie versuchten, ihr Land zurückzufordern. Einige Wochen später verkündete die Landbehörde Südsumatras, dass PTPN VII zwar einen Anspruch auf 20.000 Hektar für den Bau einer Plantage habe, davon derzeit aber lediglich 5000 Hektar legal genutzt würden. Die Behörde betonte, dass sie eine weitere Betriebserlaubnis solange nicht erteilen werde, wie der Anspruch der Einwohner nicht geklärt sei.

Ende Mai 2012 organisierten die Arbeiter der Zuckerrfabrik einen Streik. Sie verlangten vom Gouverneur Südsumatras, sich in den Landkonflikt einzumischen, da sie nicht arbeiten könnten, weil tausende Einwohner einige Tage zuvor den Zugang zur Fabrik versperrt und die Plantage in Brand gesetzt hatten. Der wirtschaftliche Schaden wurde auf eine Höhe von 15,52 Milliarden Rp. geschätzt. Zwar trat die einheimische Bevölkerung einige Zeit später mit der PTPN in einen Verhandlungsdiallog, woran auch die Polizei, das Distriktkommando des Militärs (*Kodim*) sowie Mitglieder des lokalen Parlaments teilnahmen. Die Unterredungen brachten jedoch für beide Seiten keine befriedigenden Ergebnisse. Obwohl der Gouverneur der Provinz nach eingehender Untersuchung der Betriebserlaubnis PTPNs zu dem Ergebnis kam, dass das Unternehmen Landteile an die Bevölkerung zurückgeben müsse, wurden sämtliche Aktionen, diese Forderungen in die Tat umzusetzen, von der Polizei und dem Militär mit Gewalt beantwortet.

Da sich keine Lösung auf lokaler Ebene mehr finden ließ, organisierten bereits Ende Juli 2012 circa 600 Einwohner der Dörfer um *Cinta Manis* eine fünftägige Protestaktion in Jakarta. Sie demonstrierten dafür, dass die lokale Landbehörde der PTPN VII keine weitere Betriebserlaubnis in der Region mehr erteilen dürfe. Anschließend marschierten sie zum Hauptquartier der indonesischen Polizei (*Mabes Polri*) und verlangten, dass die Polizei sich nicht länger in den Konflikt einmischen dürfe und damit aufhören sollte, die Einwohner weiter zu kriminalisieren. Auch vor dem Ministerium für Staatsunternehmen, dem Präsidentenpalast und der Antikorruptionskommission (KPK) veranstalteten die Demonstranten aus Ogan Ilir Kundgebungen. Hierzu bemerkte Mohamed Zamkhani, ein hoher Vertreter des Ministeriums für Staatsunternehmen, dass seine Institution konsequent für die Regierungspolitik eintrete und den Einwohnern das Land nicht zurückgeben werde. In der Folgezeit empfahl er der PTPN VII sogar, die Sicherheit der Plantage durch Aufstockung des Personals bei der Polizei und im Militär zu erhöhen. Die jüngsten Ereignisse in der Region Ogan Ilir zeigen auf traurige Art und Weise, dass PTPN den Empfehlungen aus Jakarta folgt. Anwar Sadat und seine Kollege Dedek Chaniago wurden zu Haftstrafe von je sieben Monaten verurteilt. Die Berufungsinstanz verringerte das Urteil auf 5 1/2 Monate. Seit Mitte Juli befinden sich beide wieder auf freiem Fuß.

Konfliktursache: Asymmetrische Beziehung zwischen Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft

HuMa, eine indonesische NGO, die an einer Gesetzesreform im Landsektor arbeitet, weist darauf hin, dass sich in Indonesien während der vergangenen sechs Jahre Landkonflikte in 98 Städten und 22 Provinzen beobachten ließen. Plantagenbau und forstwirtschaftliche Projekte gehören dabei zu den häufigsten Konfliktursachen. Die indonesische Landbehörde spricht von landesweit 8000 Fällen, *Sawit Watch* dokumentiert 663 Konflikte um Palmölplantagen. Die meisten Landkonflikte findet man auf Kalimantan, besonders in Zentral-Kalimantan.

Landkonflikte werden stets von massiven Menschenrechtsverletzungen begleitet. Der einheimischen Bevölkerung verweigert man beispielsweise ihr Recht auf den Zugang zu Ressourcen, ferner schränkt man ihre Meinungsfreiheit ein und verletzt das Recht auf Eigentum sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Dabei gehen Gewaltakte gegen Demonstranten, wie das in der Einleitung aufgeführte Beispiel eindrücklich zeigt, vor allem von den lokalen Sicherheitskräften aus, die im Interesse der Regierung oder der privaten Unternehmen agieren. Dies steht freilich im krassen Gegensatz zu den im Gesetz festgeschriebenen Aufgaben der Polizei (UU No. 2 Tahun 2002), wonach die Sicherheitskräfte eigentlich für den Schutz der Bevölkerung sorgen sollten.

HuMa identifiziert Unternehmen und Einwohnergruppen als häufigste Konfliktparteien in den Agrarkonflikten Indonesiens. Dabei zeigt sich ganz offensichtlich eine asymmetrische Beziehung zwischen Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft. Dies geschieht insofern, als dass die Zivilgesellschaft vom Staat durch Gewaltausübung und Manipulation unter Druck gesetzt oder benachteiligt wird.

Wie positionieren sich nun Staat und Regierung innerhalb dieser Auseinandersetzungen? Landkonflikte wie in Ogan Ilir sind häufig eng mit den

wirtschaftspolitischen Interessen der indonesischen Regierung verbunden. Der indonesische Präsident Yudhoyono führte im Februar 2011 eine Politik zur Beschleunigung und Erweiterung der Wirtschaft (*Master Plan for the Acceleration and Expansion of Indonesia's Economic Development, MP3EI*) ein. Diese fokussiert sich auf die Ausbeutung der Naturressourcen in ganz Indonesien. Yudhoyonos Vorgehensweise wird von vielen Organisationen aufgrund ihrer starken Tendenzen zur Ausbeutung sowie potenzieller Gefahren für Mensch und Natur heftig kritisiert. Dennoch ist die Regierung auch weiterhin der Überzeugung, dass solche Projekte notwendig sind, da sie dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Wessen Wohlstand hier allerdings gemeint ist, bleibt mehr als fragwürdig.

Ein anderes Problem besteht darin, dass seit der *Reformasi* im Jahr 1998 zahlreiche Regierungen den schon von Suharto begonnenen neoliberalen Kurs in der Wirtschaftspolitik fortgesetzt haben, was letztlich viele neue Gesetze im privaten Sektor begünstigte. Ein aktuelles Beispiel dafür ist ohne Zweifel die Verabschiedung des Landenteignungsgesetzes (*UU Nr. 2/2012 Pengadaan Tanah Untuk Pembangunan*).

Indonesische NGOs, die sich mit dieser Problematik beschäftigen, fordern schon seit Jahren die Implementierung einer Agrarre-

form, letztlich mangelt es aber am politischen Willen des Gesetzgebers und der Regierung. In diesem Zusammenhang sucht man auch vergeblich nach Mechanismen oder Institutionen, die aktiv innerhalb der zahlreichen Landkonflikte vermitteln und Lösungswege aufzeigen. Und so bleibt den betroffenen Menschen wie jenen in Ogan Ilir letztlich nichts anderes übrig als immer und immer wieder die verschiedenen Behörden, den Gouverneur, die Ministerien oder gar den Präsidenten anzurufen, freilich ohne die Gewissheit, eine klare und verbindliche Lösung zu erreichen. In letzter Konsequenz bleibt ihnen nur die Hoffnung, dass die indonesische Regierung irgendwann einmal damit beginnt, ihre Wirtschafts- und Entwicklungspolitik zu überdenken. ♦

WALHI
www.walhi.or.id



**AKTIVIS BUKAN
KRIMINAL**

Aktivisten sind keine Kriminelle

Sieben Jahre des Lapindo-Falls: eine Rückschau

von Anton Novenanto

Nach meinem Verständnis ist das Schlammvulkan-Desaster in Ostjava nicht nur ein umweltbedingtes Problem, sondern auch eine politische Angelegenheit. Der mangelhafte Umgang mit der Schlammvulkan-Katastrophe gibt vor allem Aufschluss über den politisch-ökologischen Zustand Indonesiens (cf. Batubara 2010; McMichael 2009; Schiller, Lucas und Sulistiyanto 2008).

Lapindo-Schlamm

Am 29. Mai 2006 erupierte heißer Schlamm in Porong, Sidoarjo, in Folge von Bohrtätigkeiten des Ölkonzerns *Lapindo Brantas Inc.* (*Lapindo*). Das entsprechende Bohrloch ist bekannt unter dem Namen »*Banjar Panji 1*«. Noch heute wird die dadurch ausgelöste SchlammLawine, die sich zu einer Gefahr für die umliegend wohnenden Menschen entwickelte, durch stetig weiter ausbrechenden Schlamm genährt. Niemand kann sicher prognostizieren, wie lange dieser Zustand noch anhalten wird. So variiert die Schätzung von einigen Geologen, nach denen der momentane Zustand noch mindestens drei weitere Jahrzehnte anhalten wird (Davies et al. 2011), von einigen Gerüchten, die ich im Zuge meiner Feldforschung hörte. Danach vermuten einige Bewohner von Porong, dass der Schlamm noch ein weiteres Jahrhundert sprudeln wird, wohingegen andere davon ausgehen, dass dies nie aufhören wird.

Fakt ist jedenfalls, dass durch diese Katastrophe tausende Menschen ihre Lebensgrundlage verloren. Sie mussten zwangsweise umsiedeln und eine Rückkehr in ihre Heimat scheint auch in Zukunft nicht mehr möglich. Die SchlammLawine verschlang dutzende Dörfer und damit nicht nur Wohnhäuser, sondern auch jede Form von Infrastruktur (Fabriken, Autobahnen, Verwaltungsbüros etc.) in dieser Gegend (McMichael 2009:74). Sie vertrieb über 30.000 Einwohner dieser Dörfer und begrub zehn Fabriken unter Schlamm – die Produktion musste eingestellt und tausende Arbeiter entlassen werden. Die Unterbrechung des Autobahnabschnitts Porong-Gempol verursachte eine Störung des Transports zwischen dem Hafen Tanjung Perak in

Surabaya, der Hauptstadt Ostjawas, einerseits und den Industriezentren im südlichen und östlichen Ostjava (z.B. Pasuruan, Probolinggo, Malang, Jember, Lumajang und Banyuwangi) sowie Bali und Lombok andererseits. Diese Katastrophe wirkt sich also nicht nur auf die lokalen Gemeinschaften aus, sondern auch auf das Leben, die Umwelt und das soziale und ökonomische Miteinander anderer Regionen Ostjawas (Badan Pemeriksa Keuangan Republik Indonesia 2007; Danareksa 2006; McMichael 2009; Schiller et al. 2008).

Der Umgang mit den Folgen der Katastrophe war von Anfang an alles andere als durchdacht (Muhtada 2008; Schiller et al. 2008). Die Situation verschärfte sich zudem durch den Interessenskonflikt, den Aburizal Bakrie durch die in seiner Person vereinten Schlüsselpositionen, in sich vereinte. So war er einerseits der größte Aktieninhaber von *Lapindo* und gleichzeitig Koordinationsminister für soziale Angelegenheiten. Im Februar 2008 leitete Aburizal in Vertretung von Präsident Yudhoyono, der früher gehen musste, für 45 Minuten eine Kabinettsitzung über den Umgang mit der SchlammLawine (Setyarso, Gunanto und Syaifullah 2008). Bei dieser Gelegenheit agierte Aburizal einerseits wie ein Vertreter des Staates und andererseits wie ein führender Vertreter des *Bakrie*-Konzerns, eines Beteiligungsunternehmens von *Lapindo*.

Natur- oder Industriekatastrophe?

Die Politisierung der Katastrophe begann aus der wissenschaftlichen Debatte heraus (Anderson 2011; Button 2010). Obwohl in der Wissenschaft widerstrebende Ansichten über die Entstehung von Schlammvulkanen existieren, kommen die Geologen bei der Unterscheidung von »Ursache« und »Auslöser« überein (Batubara 2009). Bezüglich der Ursache herrscht unter Geologen Einhelligkeit darüber, dass die geologische Struktur in Sidoarjo, Ostjava, anfällig für die Entstehung von Schlammvulkanen ist. Bestätigung findet diese Vermutung durch die Existenz anderer Schlammvulkane in der Nähe von Porong. Doch die Frage nach den Auslösern für die Entstehung von Schlammvulkanen ist noch nicht gelöst und höchst kontrovers.



Foto: Cakrawala Timur

Nach einem Tagesbericht von *Energi Mega Persada* (EMP), *Lapindo*s Mutterkonzern, begann *Lapindo* das Bohrloch *Banjar Panji* im Dorf Renokenongo (Porong, Sidoarjo) am 9. März 2006 abzuteufen (Adams 2006; Wilson 2006). Das bedeutet im Rückschluss, dass die Bohrung nur vier Monate vor dem Ausbrechen von Schlamm und Gas am 29. Mai 2006 im Dorf Siring, das nur ungefähr 150 bis 200 Meter von *Banjar Panji* entfernt liegt, begonnen wurde. Die Tageszeitung *Kompas* unterstützte diesen Verdacht eines Zusammenhangs, indem sie eine Aussage von Syahdun zitierte, einem Vorarbeiter des für die Bohrungen zuständigen Subunternehmens namens *PT Tiga Musim Mas Jaya*, der sagte, dass der Ausbruch in Verbindung mit den Bohrtätigkeiten stünde (LAS 2006). Demnach war die Katastrophe Folge einer industriellen Tätigkeit.

Der Verdacht einer industriell verursachten Katastrophe erhärtete sich, nachdem *Medco Brantas* (*Medco*), das mit 23% am Bohrloch beteiligt war, am 5. Juni 2006 einen Brief an *Lapindo* versandte, der den Titel »*Banjar Panji 1 Bohrlochunfall*« (*Medco* 2006) trug. In diesem Brief behauptete *Medco*, dass der Störfall in dem Erkundungsbohrloch durch die »grobe Fahrlässigkeit« der Betreiber, also *Lapindo*, verursacht worden war. Nach Ansicht von *Medco* hatte sich *Lapindo* nicht an das zuvor vereinbarte Vorgehensprocedere für diese Bohrung gehalten. Demnach hatte *Medco* *Lapindo* noch im Vorfeld des Störfalls dazu angehalten, in dem Bohrloch eine Sicherheitsbewehrung anzubringen, sobald dieses die Tiefe von 8,500 Fuß [ca. 2,591 m] erreicht. Aber *Lapindo* missachtete diese Warnung. Demnach fanden Schlamm und Gas aus dem Erdinneren ihren Weg zur Erdoberfläche über Brüche in der Wand des Bohrlochs, die nicht durch eine angemessene Bewehrung geschützt war (cf. LAS 2006). Diese belastenden Erkenntnisse wurden durch weitere Untersuchungen von *TriTech Petroleum* (Wilson 2006) und *Neal Adams Services* (Adams 2006) bestätigt. Beide Untersuchungen entstanden jedoch im Auftrag und durch die Finanzierung von *Medco*. Kritisch betrachtet, kann das Verhalten *Medcos* als Versuch gewertet werden, den Conse-

quenzen des Vorfalles zu entkommen, indem auf eine grobe Fahrlässigkeit von *Lapindo* verwiesen wird. Aber irgendwie hat die somit beförderte Erklärungsvariante der industriell verursachten Katastrophe ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden und sich dort festgesetzt.

Im Oktober 2008 fand eine Konferenz der *American Association of Petroleum Geology* (AAPG) in Kapstadt, Südafrika statt, auf der unter anderem die Entstehung des Schlammvulkans in Ostjava thematisiert wurde. Da bis zum Schluss keine Einhelligkeit über den Auslöser für die Entstehung dieses Schlammvulkans bestand, sollte diese Frage mittels einer Abstimmung geklärt werden. Über die Hälfte der Abstimmenden (42 von 74) plädierte für das »Bohr-Argument«, während drei ihre Stimme für das »Erdbeben-Argument« abgaben und 13 für eine Kombination von beiden Faktoren votierten, wohingegen der Rest zu der Einsicht kam, dass diese Diskussion nicht abschließend geklärt werden konnte (Batubara 2009; Mudhoffir 2008).

Festzuhalten ist, dass Abstimmungen keine geeignete Methoden für einen wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn sein können, sondern ihren Platz als Werkzeuge zur politischen Entscheidungsfindung haben. Die Zuhilfenahme solcher Mittel im wissenschaftlichen Disput kommt einer Abwertung der wissenschaftlichen Erkenntnis gleich, sodass hier von einem absoluten Skandal dieses geologischen Wissenschaftsforums gesprochen werden muss. Die Weiterverbreitung des Abstimmungsergebnisses, dem Bohrargument, droht somit wie ein Bumerang auf die Unterstützer dieser These zurückzuwirken. Der Vorwurf, dass dieses Ergebnis nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruht, sondern Ergebnis der Überlegenheit einer Mehrheit über eine Minderheit war, liegt nahe. Anders ausgedrückt: diese Wissenschaftsdebatte und ihre Schlüsse bewarfen die Suche nach der »Wahrheit« über den Schlammvulkan selbst mit Schlamm (cf. Batubara 2009).

Batubara (2009) benannte zwei Szenarien, die auf die Forschungsdebatte hätten folgen können. Erstens, wenn die Geologen dem »*Lapindo*-Faktor« zugestimmt hätten, dann würde die alleinige Haftung für die Schäden des Schlammvulkans bei *Lapindo* liegen. Oder zweitens, wenn die Geologen für das Erdbeben-Argument votiert hätten, dann fiel der Regierung die Haftung zu. Nach dem Erlass des Präsidenten Nr. 14 aus dem Jahr 2007 (*Perpres 14*) muss *Lapindo* 3,8 Trillionen IDR (ca. 241 Mio. USD) zahlen, um den Schaden, der bis zum 22. März 2007 durch Überschwemmung von Land und Gebäuden entstanden war, auszugleichen. Da die SchlammLawine bisher noch nicht aufgehalten werden konnte, vergrößert sich das betroffene Gebiet immer mehr. Schiller et al. werfen ein, wie offensichtlich es sei, dass *Lapindo* versucht, sich hinsichtlich der Konsequenzen des Schlammvulkans aus der Verantwortung zu ziehen. Der Konzern betreibe »einen beträchtlichen Aufwand an PR-Maßnahmen unter Nutzung von Massenmedien, wissenschaftlichen Konferenzen und Seminaren sowie bezahlten »Experten«, die ihre Sicht der

Dinge darstellen« (Schiller et al. 2008:62–63), um den Schlammvulkan statt einer industriell bedingten als eine naturbedingte Katastrophe erscheinen zu lassen.

Verzerrte Informationen

Eine Strategie, um das Bild einer Umweltkatastrophe zu konstruieren, besteht in der Kontrolle der öffentlichen Debatte über die Medien (Button 1996, 2002; Gamson und Modigliani 1989; Hannigan 1995:77f). Mitte 2008 übernahm die Bakrie-Familie die Anteilsmehrheit an der Tageszeitung *Surabaya Post*, eine der renommiertesten Zeitungen Surabayas. Die Bakries besetzten die geschäftsführenden Stellen mit zwei prominenten Persönlichkeiten von *Minarak Lapindo Jaya*,¹ namentlich Bambang Prasetyo Widodo und Gesang Budiarto (Tapsell 2010: 9). Nach dieser Übernahme beschwerten sich einige Journalisten über den Wandel in der »Organisationskultur«.

Nach Angaben von Dhiman Abror Dhuraid, dem Chefredakteur der *Surabaya Post*, war sich die Zeitung der Brisanz der richtigen Wortwahl sehr bewusst. Was die rechtliche Stellung von *Lapindo* bei diesem Ereignis angeht, sagte Djuraid in einem Interview: »Ich würde die Schuld *Lapindo* zuschieben, wenn ich den Fall als *Lapindo*-Schlamm (*Lumpur Lapindo*) bezeichne. Aber die Fakten sind nicht so einfach. Der Gerichtsprozess dauert an, und es wurde bislang nicht entschieden, dass *Lapindo* schuld an dieser Katastrophe ist.« (in Novenanto 2009:17).

Ähnliche Bemühungen zur Vermeidung des Begriffs *Lumpur Lapindo* gab es auch in anderen Medien (Fernseher), die mit der Bakrie-Familie in Verbindung stehen. Karni Ilyas fordert, dass die Benennung einer Katastrophe an den Ort des Geschehens gebunden sein sollte und nicht an ein Unternehmen. Zur Illustration seines Arguments nannte Ilyas beispielsweise Bhopal, Tschernobyl und Buyat (Ambarwati, 2007 in Andriarti 2010:80). Zum Zeitpunkt des Interviews (2007) war Ilyas Chefredakteur des Fernsehsenders *Anteve*. Seit neuestem ist er Chef vom Dienst der Nachrichtenabteilung von *TVOne*. Sowohl *Anteve*, als auch *TVOne* sind Unternehmen unter Leitung der Bakrie-Familie.

Sowohl Ilyas als auch Djuraid versicherten, dass die Benennung des Unfalls mit *Lumpur Sidoarjo* nicht auf Weisung der Eigentümer des Medienunternehmens, den Bakries, gewählt wurde. Allerdings zeigten sie ein hohes Bewusstsein dafür, dass die Verwendung des Begriffs *Lumpur Lapindo* in der öffentlichen Meinung zu einer Assoziierung des Schlamms mit der Verantwortlichkeit *Lapindos* führt.

In beiden Medien (*TVOne* und *Surabaya Post*), existiert ein »spezieller Umgang« mit Nachrichten betreffs *Lapindo*, der eine interne Zensur umfasst.² Andriarti (2010) enthüllte, dass einige *TVOne* Journalisten, vom Reporter bis zum Produzenten, versuchten über *Lapindo* zu berichten, da sie sich ihrer Verantwortung als

Journalisten bewusst waren. Diese Einzelversuche scheiterten jedoch. Aus den Interviews mit einigen *TVOne* Journalisten schloss Andriarti (2010:112-115), dass jegliches Material bezüglich *Lapindo* streng kontrolliert wurde. Es ist offensichtlich, dass die Sendezentrale in Jakarta zu jedem Mittel greifen würde, um Nachrichten solcher Art zu verhindern, sodass die Fassade von *TVOnes* Inhabern erhalten bleibt. Die gleiche Selbstzensur findet sich auch bei der *Surabaya Post*, da sich der Chefredakteur dafür entschied keine (schlechten) Nachrichten über *Lapindo* zu veröffentlichen (Novenanto 2009:40; Tapsell 2010:9). Ein Journalist der *Surabaya Post* bestätigte diese Handhabe durch folgende Aussage: »Es entspricht der Wahrheit, dass wir aufgefordert wurden keine schlechten Dinge über *Lapindo* bezüglich des Schlammvulkans zu schreiben. Unsere Chefs sagten: »Schreibt keine Details« - als ob *Lapindo* unter massivem öffentlichen Druck stehe. Vor allem werden wir dazu gedrängt Quellen unseres Unternehmens zu verwenden, das selber mit *Lapindo* stark verhandelt ist.

Zusammenfassung

Bezüglich des *Lapindo*-Falls trugen die Medien weniger zu der Konstruktion eines ganzheitlichen Bildes von der Situation bei, das dieses Ereignis als eine Katastrophe aufzeigen würde. Vielmehr dekonstruierten sie die Vorstellungen von Katastrophen, sodass deren Implikationen über das angemessene Verhalten in so einer Situation nicht mehr greifen (Novenanto 2009). Darüber hinaus führt die verkomplizierte Darstellung des *Lapindo*-Falls in den Medien dazu, dass die Öffentlichkeit der eigentlichen Wahrheitsfindung überdrüssig ist (Lim 2013: 13f). Dieser Umstand spielt den Bakries und *Lapindo* in die Hände.



Foto: Cakrawala Timur

Nach meiner Beobachtung sehen die meisten Beobachter, vor allem diejenigen, die sich erst seit Kurzem mit dem *Lapindo*-Fall auseinandersetzen, die Problematik nur partiell. Der »Bakrie-Faktor« ist die augenscheinlichste und wahrscheinlich auch die eingängigste Variable. Viele benutzen den *Lapindo*-Fall auch einfach als Munition, um Aburizal Bakries politisches und

wirtschaftliches Handeln zu kritisieren (*Aburizal Bakrie wurde von der ehemaligen Regierungspartei Golkar zum Präsidentschaftskandidaten für die Wahl 2014 aufgestellt, d. red.*). Jedoch haben die wenigsten die realen Konsequenzen der Katastrophe im Blick, was einerseits den Umgang mit den Opfern und andererseits zukünftige Risikominimierungsstrategien für die Umwelt in Sidoarjo betrifft.

Die Medienberichte zum *Lapindo*-Fall prägten die öffentliche Meinung hinsichtlich »nicht erfolgter Zahlungen«, des rechtlichen Status von *Lapindo* und der Kontroverse bezüglich des Auslösers des Schlammvulkans (Suryandaru 2009). Mir missfällt jedoch, dass trotz der Faktizität des *Lapindo*-Falls, noch kein Medieninstitut angemessen über die Katastrophe berichtete. Deshalb haben die bisherigen Berichte bisher im besten Fall nur alte Themen aufgewärmt, wenn sie nicht sogar neue Probleme verursacht haben. Mir sind die Ursachen für diesen Umstand völlig bewusst, da viele Menschen müde sind, dem Fall zu folgen. Viele Aktivisten mussten bereits Niederlagen bei der Verteidigung der Opfer eingestehen. Es braucht sehr viel Strapazierfähigkeit, um den Fall zu verfolgen.

Ich rege an, dass der *Lapindo*-Fall nicht über eine ›hit-and-run‹ Taktik gelöst werden kann. Vielmehr müssten die Anstrengungen ›von innen heraus‹ erfolgen, ganz nach der Logik des Trojanischen Pferdes. Es stellt sich nur die Frage, wer sich selbst dazu berufen fühlt, dies zu tun auch auf die Gefahr hin vom Feind zuerst geschlagen zu werden. ♦

1 *Minarak Lapindo Jaya (MLJ)* ist ein neues Unternehmen, das gegründet wurde, um die Besitzverhältnisse der Einwohner Sidoarjos an Land und Gebäuden abzuwickeln. Entsprechend der Unterlagen von Dorfbewohnern werden Eigentumsrechte zwischen ihnen (als Verkäufer) und MLJ und nicht mit *Lapindo* oder *Bakrie* (als Käufer) abgewickelt.

2 Interne Zensur fand allerdings auch in anderen Fällen statt, bei denen Unternehmensvorstände verwickelt waren. Ein Beispiel dafür waren Nachrichten über die Affäre um die *Bank Century*, in die Erick Thohir, Vorstandsvorsitzender von *TVOne* verwickelt war (Andriarti 2010:109)

Quellen

Adams, Neal. 2006. *Causation Factors for the Banjar Panji No 1 Blowout*. Jakarta.

Anderson, Mark D. 2011. *Disaster writing: the cultural politics of catastrophe in Latin America*. Charlottesville & London: University of Virginia Press.

Andriarti, Anastasya. 2010. »Relasi Struktur dan Agen dalam Produksi Berita (Sebuah Studi terhadap Kasus Lapindo di Sebuah Televisi Berita)«. Depok: University of Indonesia.

Badan Pemeriksa Keuangan Republik Indonesia. 2007. *Laporan Pemeriksaan Atas Penanganan Semburan Lumpur Panas Sidoarjo - Ringkasan Eksekutif*. Jakarta.

Batubara, Bosman. 2009. »Perdebatan tentang Penyebab Lumpur Sidoarjo.« *Disastrum* 1(1):13-25.

Batubara, Bosman. 2010. »Pendahuluan: Defisit Pengetahuan Global Menghadapi Man-Made Disaster dan Implikasinya bagi

Warga di Negara Berkembang.« in *Bencana Industri: Relasi Negara, Perusahaan, dan Masyarakat Sipil*, edited by Bosman Batubara and Heru Prasetya. Jakarta: Yayasan Desantara.

Button, Gregory. 2010. *Disaster Culture. Knowledge and Uncertainty in the Wake of Human and Environmental Catastrophe*. Walnut Creek: Left Coast Press.

Button, Gregory V. 1996. »The Negation of Disaster: the media response to oil spills in Great Britain.« in *The Angry Earth*, edited by Anthony Oliver-Smith and Susanna Hoffman. New York & London: Routledge.

Button, Gregory V. 2002. »Popular Media Reframing of Man-Made Disasters.« Pp. 143-158 in *Catastrophe and Culture*, edited by Anthony Oliver-Smith and Susanna Hoffman. Santa Fe: School of American Research.

Danareksa. 2006. *Bakrie Group: Riches to rags riches to ...* Jakarta.

Davies, Richard J, Simon Mathias, Richard E Swarbrick, and Mark Tingay. 2011. »Probabilistic longevity estimate for the LUSI mud volcano, East Java.« *Journal of the Geological Society*, London 168:517-523.

Gamson, William A., and Andre Modigliani. 1989. »Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach.« *American Journal of Sociology* 95(1):1-37.

Hannigan, John. 1995. *Environmental Sociology*. Oxon: Routledge.

LAS. 2006. »Sumur Gas Bocor, Penduduk Diungsikan.« *Kompas*. Retrieved May 24, 2009 (<http://www2.kompas.com/kompas-cetak/0605/30/daerah/2687880.htm>).

Lim, Merlyna. 2013. »Many Clicks but Little Sticks: Social Media Activism in Indonesia.« *Journal of Contemporary Asia* (February):1-22.

McMichael, Heath. 2009. »The Lapindo Mudflow Disaster: Environmental, Infrastructure and Economic Impact.« *Bulletin of Indonesian Economic Studies* 45(1):73-83.

Medco E&P Brantas. 2006. »Banjar Panji-1 Well Drilling Incident.«

Mudhoffir, Abdil Mughis. 2008. »Berebut Kebenaran: Governmentality pada Kasus Lapindo.« Depok: University of Indonesia.

Muhtada, Dani. 2008. »Ethics, Economics and Environmental Complexity: The Mud Flow Disaster in East Java.« *System Research and Behavioural Science* 25:181-191.

Novenanto, Anton. 2009. »Mediated disaster: the role of alternative and mainstream media in the East Java Mud-Volcano Disaster.« Leiden: Leiden University.

Schiller, Jim, Anton Lucas, and Priyambudi Sulistiyanto. 2008. »Learning from the East Java Mudflow: Disaster Politics in Indonesia.« *Indonesia* 85(April):51-77.

Setyarso, Budi, Gunanto, and Muh Syaifullah. 2008. »Lumpur Meluap, Fulus Mengucur.« *Tempo Magazine*, March 3.

Suryandaru, Yayan Sakti. 2009. *Laporan Analisis Media Kasus Lumpur Lapindo*.

Tapsell, Ross. 2010. »Newspaper ownership and press freedom in Indonesia.« in *The 18th Biennial Conference of the Asian Studies Association of Australia*. Adelaide.

Wilson, Simon. 2006. *Preliminary Report on the Factors and Causes in the Loss of Well Banjar Panji-1*.

Anton Novenanto ist Doktorand am Institut für Ethnologie der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Übersetzung aus dem Englischen von Melinda Sudibyo.

Die Suche nach dem »dritten Weg« endet auf Madura

von Alex Flor

Seit Monaten fristeten schiitische Flüchtlinge ihr Dasein in einer Turnhalle auf Madura. Im Mai wurden Lebensmittelhilfen eingestellt. Offizielle Stellen übten Druck aus. Sie möchten das Problem durch Umsiedlung und Konvertierung zum sunnitischen Islam lösen. Am 20. Juni wurden die Flüchtlinge in die 100 km entfernte Stadt Sidoarjo, Ostjava, zwangsumgesiedelt.

Derweil loben westliche Politiker die religiöse Toleranz in Indonesien und die schiitischen Scharfmacher im Iran üben sich in Realpolitik. Alle sind sich irgendwie einig, dass die tätlichen Angriffe auf ganze Dörfer, Morde, Brandstiftungen und die Flucht hunderter Leute eigentlich nur eine Familienangelegenheit sind.

Es mag absurd klingen zu behaupten, dass die islamische Revolution im Iran 1979 das vielleicht letzte Bindeglied zwischen »dem Westen« und dem islamischen Teil der Welt darstellte. Schließlich wird die überwiegende Mehrheit in beiden Kulturräumen die Revolution im Iran eher als den entscheidenden Wendepunkt identifizieren: den Punkt, als der »moderne Westen« begann, den Islam zum neuen Feindbild zu stilisieren, bzw. den Punkt, zu dem sich der politische Islam erstmals selbstbewusst als »dritter Weg« im damals noch herrschenden Ost-West-Muster des kalten Krieges darzustellen vermochte. Das Bindeglied besteht dennoch, sprachen doch beide Seiten damals unterschiedslos von »dem« Islam.



Die Mezquita von Cordoba, heute eine Kirche

Foto: Steven J. Dunlop, Nerstrand, MN

Befreiung aus der Marginalisierung des Islam

Wer sich an das Schicksal der 52 von 1979 bis 1981 im Iran als Geiseln gefangenen Diplomaten der USA erinnert, wird dazu neigen, die dort neu an die Macht gelangte islamische Herrschaft als ein Gewaltregime zu bezeichnen. Für viele Muslime dieser Welt war der Erfolg der Revolution im Iran jedoch ein Momentum, das ihnen nach Jahrhunderten der Marginalisierung wieder neues Selbstvertrauen verschaffte und den Glauben an die moralische Überlegenheit des Islam beförderte.

Viele Jahrhunderte waren vergangen seit den glorreichen Zeiten des Kalifats von Cordoba, als der Islam in

Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft den christlichen Königreichen Mitteleuropas haushoch überlegen war: Und auch die politische Macht des Osmanischen Reiches, welches einst den gesamten südlichen und östlichen Mittelmeerraum beherrschte, gehörte längst der Vergangenheit an. Über lange Zeit hinweg war praktisch die gesamte islamische Welt dem Kolonialismus unterworfen. Erst im Zuge der nach dem 2. Weltkrieg einsetzenden Befreiungskämpfe erlangten muslimisch geprägte Regionen immerhin ihre staatliche Unabhängigkeit, die mitunter durch lange und blutige Auseinandersetzungen teuer erkauft war (Pakistan, Algerien, ...).

Viele der aus dem Befreiungskampf hervorgegangenen Eliten unterdrückten den Islam als politische Bewegung jedoch mit harter Hand und eine politische oder kulturelle Führungsrolle blieb diesen Staaten und ihren Gesellschaften weiterhin verwehrt. Nationalistisch gesinnte Führer, häufig Helden des Befreiungskampfes oder in neue Ehren gelangte Monarchen traditioneller Dynastien, versuchten sich in der neuen vom Ost-West-Konflikt polarisierten globalen Weltordnung zu positionieren. Einige tendierten offen zum von den USA angeführten westlichen Block, andere eher zum Ostblock unter Führung der Sowjetunion.



Sukarno

Nasser

Wieder andere versuchten bereits damals einen »dritten Weg« zu finden. Die Präsidenten Indonesiens und Ägyptens, Sukarno und Gamal Abdel Nasser, zählten zu den Wegbereitern der Blockfreienbewegung, die 1955 auf der Asien-Afrika-Konferenz in Bandung, Westjava, ihren Anfang nahm. Die Bewegung, der seit einiger Zeit auch Osttimor angehört, konnte jedoch nie ein ernsthaftes Gegengewicht zu den herrschenden Machtblöcken in Ost und West darstellen. Im September 1979, nur wenige Monate nach der Machtübernahme von Ayatollah Khomeini im Iran wurde Kubas Revolutionsführer Fidel Castro zum Vorsitzenden der Blockfreien gewählt – keiner, dem man eine neutrale Haltung im Ost-West-Konflikt unterstellen durfte. Gleichwohl war der Iran noch im selben Jahr der Bewegung der Blockfreien beigetreten. Seit 2012 präsidierte der iranische (Ex-)Präsident Mahmud Ahmadi-nedschad gar als Vorsitzender dieses mittlerweile fast in Vergessenheit geratenen Staatenbündnisses. Weder vermochte er der Bewegung einen islamischen Stempel aufzudrücken, noch sonst zu einer Schärfung ihres Profils beizutragen.

Die islamische Revolution im Iran 1979 hatte die Welt jedoch nachhaltig verändert. Die im Westen mit Abscheu betrachtete Geiselnahme amerikanischer BotschaftsmitarbeiterInnen wurde in den Augen vieler Muslime als ein Zeichen der Stärke verstanden: der Islam kann sich sogar der Supermacht USA widersetzen! Und nachdem im Dezember desselben Jahres sowjetische Truppen in Afghanistan einmarschiert waren, kämpften tausende Muslime aus aller Welt – mit tat-

kräftiger Unterstützung westlicher Staaten, welche in ihrem Kalten-Krieg-Denken gefangen die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt hatten – an der Seite der Mudschaheddin gegen die Besatzer. Der Islam konnte sich also auch gegen die zweite damalige Supermacht widersetzen! Der »dritte Weg« schien gefunden. Seither feiert die islamische Welt sich selbst irgendwo zwischen stiller Begeisterung und offenem Fanatismus.

Schiiten und Sunniten

Aus den Nachrichten über die Lage in Teheran 1979 erfuhren viele BürgerInnen des Westens wahrscheinlich zum ersten Mal, dass es im Islam verschiedene Glaubensrichtungen gibt, nämlich Schiiten und Sunniten. Das Bild, das sich bei den meisten verfestigte, war einfach gestrickt: Schiiten sind die im Iran, Sunniten die in anderen muslimischen Ländern. Und weil Ayatollah Khomeini, dessen Revolutionswächter die amerikanischen Geiseln genommen hatten, ein Schiitenführer war, waren die Schiiten »die Bösen«. Die meisten Sunniten und die von ihnen regierten Staaten ordneten sich bis dahin immerhin brav in das herrschende Ost-West-Muster ein – und sei es gar als Feinde. Von den *Jihadis* in Afghanistan sprach man als anti-kommunistische Widerstandskämpfer. Das sunnitische Königreich Saudi-Arabien, nicht weniger totalitär als der von Sanktionen geplagte Iran, gilt bis heute als Verbündeter des Westens und wird mit massiven Rüstungsexporten – auch aus Deutschland – unterstützt.

Die Nibelungentreue des Westens gegenüber Saudi-Arabien und einigen anderen Golfstaaten ist bemerkenswert. Denn mit dem 11. September 2001 erfuhr das Islambild des Westens eine 180-Grad-Wendung. Seither stehen vornehmlich Sunniten unter dem Generalverdacht des Extremismus, während Schiiten plötzlich als das kleinere Übel erschienen. Berichte, Kommentare und *Policies* bezüglich der Lage im Irak oder aktuell in Syrien sind von dieser Sichtweise geprägt. Sonderbar, dass sich diese Sicht nur auf die Gefolgschaften der beiden islamischen Lager zu begrenzen scheint, anstatt auch die mächtigen staatlichen Führungseliten der Golfstaaten mit ins Visier zu nehmen.

Man mag daher geneigt sein, dem Westen Ignoranz und Unwissen über den Islam vorzuwerfen. Doch die mehrheitlich islamische Gesellschaft Indonesiens, des Staates mit der größten muslimischen Bevölkerung weltweit, zeigte sich nicht weniger »ignorant«. Noch vor wenigen Jahren erklärten mir dort viele Gläubige: »es gibt nur einen Islam, und wir alle gehören zur *Ummat* (der islamischen Glaubensgemeinschaft)«. Die so sprachen, waren wie die überwiegende Mehrheit der indonesischen Muslime Sunniten. Sie nahmen sich die Erfolge der Revolution im Iran zum Vorbild, und Politiker der islamischen Parteien Indonesiens brachten Gesetzesinitiativen ein, die sich am Beispiel des Iran orientierten. Die kleine schiitische Minderheit der Muslime Indonesiens (ca. 2,5 Mio. Menschen; Gesamtbevöl-

kerung ca. 240 Mio.), die sich auf Madura, einige Regionen Ostjavas und die Hauptstadt Jakarta konzentriert, lebte bis vor kurzem in friedlichem Nebeneinander mit den sunnitischen Nachbarn und unbehelligt von den Behörden.

Global denken – lokal handeln: Wahhabismus

1965/66 mussten abertausende als Kommunisten gestempelte Bauern und einfache Gewerkschaftsmitglieder in den Dörfern und Städten Indonesiens vor dem Hintergrund eines globalen Konflikts zwischen Ost und West, von dem sie in Wirklichkeit keine Ahnung hatten, ihr Leben lassen. Am Persischen Golf spielt sich heute ein anderer Machtkampf semi-globalen Ausmaßes ab: hier stehen sich die sunnitisch geführten arabischen Golfstaaten und die schiitische Islamrepublik Iran Auge in Auge gegenüber. Irgendwo dazwischen liegt der kaputt-geschossene Irak mit einer in Schiiten, Sunniten und Kurden dreigeteilten Bevölkerung. Der Bürgerkrieg im Nachbarstaat Syrien ist von ähnlichen Fronten gekennzeichnet. Irak und Syrien sind Ersatzschauplätze eines neuen Kalten Krieges zwischen den Golfanrainernstaaten, bei dem es um die Vorherrschaft in der arabisch-islamischen Welt sowie nicht zuletzt um die Förderung, den Transport und die Vermarktung von Erdöl geht.

Wahhabiten aus Saudi-Arabien und anderen Golfstaaten verstanden es in den vergangenen Jahren in vielen Ländern, darunter auch Indonesien, durch großzügige Geldspritzen ihren Einfluss zu festigen. Als Vehikel der politischen und wirtschaftlichen Einflussnahme dient die Religion. Ich selbst bin stolzer Besitzer eines zweisprachigen arabisch-indonesischen Korans, welcher der indonesischen Botschaft in Berlin seitens der Botschaft von Saudi-Arabien in größerer Auflage zur kostenlosen Verteilung zur Verfügung gestellt wurde – ohne Zweifel *Peanuts* im Vergleich zu anderen Leistungen.

Was die Auslegung der Religion anbelangt, dürfen sich die Wahhabiten ihres Erfolges mittlerweile sicher sein. Der einst als tolerant bekannte – und bis heute fälschlicherweise von westlichen PolitikerInnen als solcher gepriesene – Islam Indonesiens nimmt zunehmend Züge einer konservativen Auslegung an. Abweichler von der »wahren Lehre« geraten in Bedrängnis, unter anderem die Minderheit der Schiiten. Ähnlich den Opfern von 1965/66 werden diese heute aus globalpolitischen Gründen verfolgt, von denen in aller Regel weder sie selbst, noch ihre Verfolger irgend eine Ahnung haben.

Flüchtlinge und Zwangsumsiedlung

Die humanitäre Hilfe für Flüchtlinge soll eingestellt werden, vermeldeten die Medien Anfang Mai 2013. Die Lokalregierung von Sampang, Madura, sei nicht länger bereit, den Flüchtlingen Nahrungsmittel und Wasser bereit zu stellen. Betroffen waren 166 – von ursprünglich 230 – schiitischen Flüchtlingen, die seit Monaten in einer Sporthalle Zuflucht gefunden hatten. Die Behörden erhöhten den Druck auf die Leute, einer Umsiedlung zuzustimmen. Doch die Betroffenen bestanden darauf, in ihre Dörfer Omben und Karang Gayam zurückkehren zu dürfen. Die Lage stagnierte bis zum 19. Juni, als Vertreter von Behörden und eine Reihe hochrangiger Polizeibeamter Usztad Iklil al-Milal unter Druck setzten, eine vorgefertigte Erklärung zur sofortigen »freiwilligen Umsiedlung« in die 100 km entfernte Stadt Sidoarjo, Ostjava, zuzustimmen. Iklil al-Milal verweigerte sich diesem Ansinnen und betonte mehr-



Angriff auf Schiiten in Madura, 26. August 2012

Foto: HRW

fach, dass er über kein Mandat der betroffenen Flüchtlinge verfüge, eine so weitreichende Erklärung zu unterzeichnen.

Die Zeit drängte, denn schon am nächsten Tag sollte das Sportgelände für ein Massengebet (*Istighosah*) des »*mainstream-Islam*« genutzt werden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, dass die Behörden das Gelände für diesen Zweck zur Verfügung stellten und die Flüchtlinge nicht zu einem weit früheren Zeitpunkt davon unterrichtet wurden. Der 19. Juni endete ergebnislos. Am nächsten Morgen um 9.00 Uhr tauchten die Vertreter von Behörden und Polizei erneut auf. Um 9.45 Uhr begann das geplante Massengebet, in dessen Verlauf sich Kyai Ali Karrar als Hassprediger gegen die schiitische Minderheit zu erkennen gab. Seine Predigt wurde vorzeitig abgebrochen, weil deren Inhalt offenbar selbst den Behördenvertretern zu weit ging.

Dennoch wurde weiterhin Druck auf Iklil al-Milal ausgeübt, doch endlich die Erklärung zur Umsiedlung zu unterschreiben. Berichten zufolge soll er von Polizisten geschlagen worden sein. Sei es wegen der Schläge oder wegen eines sich bereits zuvor abzeichnenden Schwächeanfalls – für den Prediger der schiitischen Gemeinde endete der Tag im Krankenhaus.

Ab der Mittagszeit wurden die Flüchtlinge in Busse und auf Lastwagen gezwungen, die sie am späteren Nachmittag in einer Siedlung an ihrem von den Behörden bestimmten neuen Wohnort in Sidoarjo absetzten. Die dort zur Verfügung gestellten Behausungen gehören einem Privatunternehmen. Die vertriebenen Flüchtlinge hatten keine Ahnung davon, unter welchen vertraglichen Bedingungen sie dort leben sollten.

Pogrome gegen Schiiten

Das Drama begann im Dezember 2011, als militante, mit Macheten bewaffnete Sunniten die schiitische Gemeinde angriffen. Häuser wurden angezündet. Mochamad Kosim, 50, wurde getötet. Drei weitere Schiiten wurden verletzt. 500 Menschen brachten sich durch Flucht in vorläufige Sicherheit. Im August 2012 folgte ein weiterer schwererer Angriff, an dem sich mindestens 200 Militante beteiligten. Zwei Menschen wurden getötet, mindestens fünf weitere schwer verletzt. Acht mutmaßliche Täter wurden festgenommen. Sieben von ihnen wurden »mangels Zeugen oder anderer Beweismittel« umgehend wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nur gegen Roies Al Hukama (verschiedentlich auch als Roies Al Hukama benannt) wurde ein Verfahren eingeleitet. Er soll über den Lautsprecher einer Moschee dazu aufgerufen haben, den Angriff auszuführen. Roies Al Hukama war selbst Schiit, konvertierte aber zur Sunna und ist heute ein führendes Mitglied des lokalen Zweigs der als moderat angesehenen islamischen Massenorganisation *Nadhlatul Ulama*. Roies ist der Bruder von Tajul Muluk, der Führungsperson der Schiiten in Sampang. Dieser Umstand machte es den zuständigen Stellen leicht, den Konflikt auf eine persönliche Ebene zu reduzieren, der nichts, aber auch rein gar nichts mit Religionskonflikten zu tun habe. Innenminister Gamawan Fauzi erklärte die Auseinandersetzung zu einer Art Familienangelegenheit. Demnach war Roies halt einfach sauer auf seinen Bruder, weil er 2004 eine Frau heiraten wollte, die sich dann doch lieber für ein Mitglied der schiitischen Gemeinde seines Bruders Tajul entschieden hat.

Die Argumentation von Innenminister Gamawan Fauzi besticht durch ihre Überzeugungskraft: wer sollte daran zweifeln, dass sich mehrere hundert Leute dazu mobilisieren lassen mordend und brandschatzend gegen ganze Dörfer vorzugehen, deren eine Tochter sich acht Jahre zuvor (!) dafür entschied einen anderen Lehrer als den Anführer dieses Mobs zu heiraten?

Familienangelegenheit oder religiöser Fanatismus?

Die Streitigkeiten auf eine Familienangelegenheit reduzieren zu wollen, ist eine allzu durchsichtige Begründung, die der dramatischen Situation der Flüchtlinge keineswegs gerecht wird. Schon 2006 hatten führende sunnitische Geistliche eine *Fatwa* (religiöser Richtspruch) gegen die abtrünnige Lehre der Schiiten gefordert. Religionsminister Suryadharma Ali bezeichnete die Schiiten im Januar 2012 als häretische Sekte. Im Juli 2012, einen Monat vor dem zweiten schweren Angriff auf seine Gemeinde, wurde Tajul Muluk von einem Gericht wegen Blasphemie – und eben nicht wegen einer Familienangelegenheit – zu zwei Jahren Haft verurteilt. Ein faires Gerichtsverfahren war nicht gegeben. Zeugen, die sich als Schiiten zu erkennen gaben, wurden nicht angehört. In einem Folgeverfahren im September 2012 wurde das Strafmaß auf vier Jahre erhöht.

Als einziger der Angreifer auf die schiitische Gemeinde, wurde Tajul »eifersüchtiger« Bruder Roies wegen Anstiftung zur Gewalt vor Gericht gestellt. Die Staatsanwaltschaft forderte eine zweijährige Haftstrafe, aber im April 2013 wurde der Angeklagte wegen Mangels an Beweisen freigesprochen. Zwar ist ein solcher Freispruch für die Betroffenen in aller Regel schwer zu akzeptieren, aber ein rechtsstaatliches Verfahren darf nicht auf Sympathien oder Antipathien beruhen, sondern einzig und alleine auf Beweisen. Dennoch drängen sich Parallelen zu den Prozessen gegen die religiöse Minderheit der *Ahmadiyyah* auf (s. SUARA Nr. 2/2011, S. 39). Auch damals wurden Vertreter der bedrängten Minderheit zu höheren Haftstrafen verurteilt als die mordenden und brandschatzenden Täter. Noch unbefriedigender ist, dass es im Falle der Übergriffe auf die Schiiten in Madura, überhaupt keine Täter gegeben haben zu scheint. Nur Tajul Muluk muss noch drei weitere Jahre hinter Gittern verharren.

Dessen Frau Umi erklärte, die Polizei sei untätig geblieben, als sie selbst vor einem drohenden Angriff gewarnt hatte. Haben Polizei, Justiz und Politik wesentlich Augen und Ohren verschlossen? Mutawakkil Alal Lah, Vorsitzender der *Nadhlatul Ulama* (NU) in Ostjava, verteidigte die Angreifer mit den Worten: »Das Schiitentum steht in Widerspruch mit den Menschenrechten; sie [die Schiiten] verachten den Islam. Ein Verbot ist nicht die Lösung, aber wir wollen, dass sie auf öffentliche Gottesdienste verzichten. Wenn sie nicht in der Öffentlichkeit erscheinen und sich auf ihr Zuhause beschränken, werden sie sicherer sein« (Jakarta Globe, 29. August, 2012).

Ein anderes Vorstandsmitglied der NU, Said Aqil Siradj, widersprach: »Die Schiiten sind keine abweichlerische Sekte, sie sind nur anders als wir.« Seit Jahrhunderten sei man den Umgang mit Schiiten gewohnt. Sie vertreten eine andere Schule des Islam, aber solche Unterschiede der Auslegung des Glaubens seien Teil

der Dynamik des islamischen Lebens, erklärte Said weiter. »Das darf kein Grund für gegenseitige Angriffe oder Konflikte sein.« (Jakarta Globe, 29. August, 2012)

Dialog oder Monolog?

Religionsminister Suryadharma Ali, den man getrost als Islamisten bezeichnen darf, empfiehlt zur Lösung des Konflikts den Übertritt der Schiiten zum sunnitischen Islam. In der Sprache des Ministers heißt dieser Versuch der Zwangskonvertierung Dialog: »Die beste Lösung für das, was hier vorgeht, ist ein Dialog. Infolge eines Dialogs kann sich eine Menge bewegen. Wir konnten einige Erfahrung gewinnen, [...] als [Gläubige der] *Ahmadiyyah* aufgrund eines Dialogs zur allgemein anerkannten Lehre des Islam (»*mainstream Islam*«) übergetreten sind« (Jakarta Post, 6. September 2012). Unter massivem Druck hatten sich wenige Monate zuvor 15 ehemalige Mitglieder der *Ahmadiyyah* zum sunnitischen *mainstream Islam* bekehren lassen.

Es sind solche Äußerungen, die auch im weit entfernten Papua das Misstrauen schüren, wenn sich jemand für einen »Dialog« zur Lösung des Konflikts bekennt.

Tatsächlich berichteten die Medien im November 2012 von mehr als 30 Schiiten, die unter Zwang zum sunnitischen »*mainstream Islam*« konvertierten. Unter Berufung auf Andy Irfan von der Menschenrechtsorganisation *KontraS* berichtete der *Jakarta Globe* am

9.11.2012, dass Schiiten unter Androhung des Abtrennens ihrer Häuser unter Druck gesetzt wurden, eine »freiwillige« Übertrittserklärung zu unterzeichnen. Die Unterschrift der ausnahmslos männlichen Unterzeichner galt ohne jegliche Möglichkeit der Rücksprache auch für deren Ehefrauen.

Buchori Maksum, Vorstand des islamischen Gelehrtenrates (MUI) in Sampang, bestätigte die Übertritte, dementierte aber, dass diese unter Zwang stattgefunden haben: »Die Schiiten sind zur Sunna konvertiert, weil sie erkannt haben, dass die Sunna die wahre Lehre des Islam ist. Sie haben den richtigen Weg gefunden« (Jakarta Post, 13. November 2012).

Einen Dialog führten derweil fast zur selben Zeit die Präsidenten des Iran und Indonesiens. Mahmoud Ahmadinedschad war zu Besuch auf dem *Bali Democracy Forum* und ließ sich lächelnd Hände schüttelnd mit seinem Amtskollegen Susilo Bambang Yudhoyono fotografieren. Ahmadinedschad, der gerne jede noch so kleine Verletzung der Rechte von Muslimen seitens

des Westens lautstark anprangerte, verlor kein öffentliches Wort über die Behandlung seiner schiitischen Brüder und Schwestern in Indonesien. Im Mai wurde bekannt, dass iranische Öltanker einen indonesischen Hafen auf Batam als Umschlagplatz benutzen, um das vom Westen verhängte Exportembargo zu unterlaufen. Vielleicht haben einige Politiker mit Genugtuung vernommen, dass sich selbst der Iran der Realpolitik nicht völlig verschließt. Dann ist ja alles gut. ♦



Der »richtige« Islam: Gebet in der Istiqlal-Moschee, Jakarta

Foto: Sven Hansen

Das Curriculum 2013: Einführung einer theokratischen Gesellschaft

von Darmaningtyas

Einleitung

Das indonesische Kultusministerium ist mit der Konzeption des neuen Schulcurriculums (für die Grundschule (SD) bis Senior Highschool (SMU) bzw. 1. bis 12. Klasse) befasst, das als Curriculum 2013 bekannt werden wird. Der Entwurf sorgt in der Öffentlichkeit für eine kontroverse Diskussion, weil das vorherige Curriculum, das erst 2006 verabschiedet wurde, noch sehr jung ist. Anzumerken ist, dass selbst dieses Curriculum aufgrund der geographischen Beschaffenheit Indonesiens noch nicht in allen Schulen, besonders in denjenigen an der geographischen Peripherie, verbreitet und implementiert wurde. Die Notwendigkeit der Änderung des Curriculums von 2006/2007 gründet sich auf eine politische Abmachung zwischen dem Präsidenten Yudhoyono und dem jetzigen Kultusminister, Mohammad Nuh, bevor dieser 2009 die Stelle als Minister antrat. Die Verbesserung des alten Curriculums sollte dann am Ende seines Amtes als Leistungsindikator für seine Arbeit dienen.

Ich bewerte dieses Thema aus der Perspektive eines Mitglieds des Gremiums zur Entwicklung des Curriculums 2013, das vom Kultusministerium zu diesem Zweck eingerichtet wurde. Das Gremium setzt sich aus Akademikern von verschiedenen Universitäten zusammen: Prof. Dr. Hamid Hasan (UPI), Prof. Dr. Udin (Universitas Terbuka), Prof. Dr. Eko Indrajit (BSNP), Prof. Dr. Anna Suhaenah

(UNJ) und Prof. Dr. Anita Lie sowie Dr. Wahono (Unessa). Zusammen mit den genannten Personen gehöre ich dem Kernteam an. Ich nehme im Gegensatz zu anderen Personen des Teams sehr regelmäßig an den Sitzungen teil.

Das Gremium als Ganzes teilt sich in drei Teams: dem Kernteam, dem Vorstand und den Experten. Im Vorstand sitzen der Vizeminister, Direktoren und Abteilungsleiter des Kultusministeriums. Das Expertenteam, das vom Vizepräsidenten gegründet wurde, weist renommierte Personen als Mitglieder auf, wie Dr. Anies Baswedan, Prof. Dr. Yonahes Surya, Dr. Ratna Megawangi (IPB), Dr. Muchlis und Prof. Dr. Soeparno (ITB), Prof. Dr. Taufik Abdullah (LIPI) und Goenawan Mohamad (TEMPO). Prof. Dr. Frans Magnis Suseno ist auch auf dieser Liste zu finden, obwohl er seine Mitgliedschaft bereits

bereits aufgekündigt hat. Die Arbeit beginnt beim Kernteam, das zunächst Ideen für das künftige Curriculum sammelt und auf dieser Basis ein Konzept erstellt. Das erste vorläufige Ergebnis wird darauf dem Vorstand vorgelegt, der potentiell weitere Vorschläge unterbreiten kann. Diese Ergänzungen werden nun dem Kernteam zurückgesandt und von ihm be-



Foto: blogspot

arbeitet, bevor sie sie dem Expertenteam übergeben werden.

Als Mitglied des Kernteams sollte ich die Implementierung des Curriculums 2013 eigentlich unterstützen. Außerhalb dieser Aufgabe, sehe ich mich jedoch auch

als einen unabhängigen Aktivist. Aus diesem Grund erlaube ich mir eine kritische Betrachtung des Ergebnisses.

Warum muss das Curriculum geändert werden?

Als ich vom Vizeminister Prof. Dr. Musliar Kasim zu der ersten Sitzung im Juni und dann in der vierten Septemberwoche 2012 eingeladen wurde, drängte sich mir Frage auf, warum das Schulcurriculum geändert werden müsse. Als eine Person, welche die indonesische Bildungspolitik stets kritisch begleitete, wusste ich, dass das vorherige Curriculum noch nicht einmal zehn Jahre alt war. Nach meiner Auffassung ist es noch zu früh das laufende Curriculum zu ändern oder, wie es sonst ausgedrückt wird, zu vervollständigen. Die Antwort auf diese Frage ist in einem Interview mit dem Kultusminister im *Tempo Magazin* vom 18. November 2012 (S. 164–167) nachzulesen. In dem Interview sagte der Minister: »Ein Aufgabenpunkt in meinem Arbeitsvertrag ist die Vervollständigung des Schulcurriculums«. Ich bewerte dies als eine ehrliche Antwort, denn tatsächlich entspricht die Änderung des Schulcurriculum einer politischen Abmachung mit dem Präsidenten. Nun muss der Minister diese Aufgabe erfüllen, es sei denn, er könne nachweisen, dass er nicht in der Lage sei die Abmachung zu halten. Auch wenn der Minister die Begriffswahl »Umstellung« oder »Vervollständigung« präferiert, ist es in der Tat eine Veränderung. Denn wenn man beispielsweise die grundsätzliche Ausrichtung des Unterrichtes verändert, muss sich auch der Inhalt der Lehrbücher ändern. Auch durch die Verwendung eines Euphemismus für diesen Prozess, wird die Folge desselben nicht geändert: Eltern müssen ihren Kindern neue Schulbücher kaufen.

Das Sprichwort »Neuer Minister, neues Curriculum« scheint sich in der aktuellen Entwicklung zu bewahrheiten. Die Rechtfertigung für eine Änderung des Curriculums, unabhängig in was für einer Gesellschaft das geschieht, resultiert aus der stetigen Veränderung der Gesellschaft selbst, dem auch der Lehrplan angepasst werden muss. Daher sind Änderungen nicht grundsätzlich als negativ zu bewerten, da sie den Bedürfnissen einer Gesellschaft entsprechen. Eine akademische Rechtfertigung für die Änderung bezieht sich auf die stets größer werdenden Herausforderungen im Kontext Umwelt, Technologie, globale Wirtschaftsverhältnisse, nachhaltige und kreative Industrie sowie Kultur. Um diese Herausforderungen meistern zu können, braucht es Fähigkeiten zur Kommunikation, zum Fassen von klaren und kritischen Gedanken und zur Lösung von Problemen unter moralischen Gesichtspunkten. Darüber hinaus besteht die Notwendigkeit von Toleranz, Teamfähigkeit und eine grundsätzliche lebensbejahende und neugierige Lebenseinstellung.

Die Verfassung des Curriculums 2013 kann als Fortsetzung des kompetenzbasierten Curriculums von 2004

aufgefasst werden. Die hier berücksichtigten Kompetenzen umfassen Gesinnung, Kenntnisse und Fertigkeiten. Die Formulierung des Curriculums 2013 wurde mit einem gewissen Optimismus hinsichtlich der Förderung der Intelligenz, Kreativität, Innovationsfähigkeit und des Selbstbewusstseins der Schüler verbunden. Es dient eigentlich der Zielsetzung des indonesischen Bildungssystems, wie im Gesetz 20/2003 angesetzt: »Die Förderung der Leistungsfähigkeit der Schüler, dient der Ausbildung von gläubigen, gesunden, intelligenten, kompetenten, kreativen und selbstständigen Menschen, sowie demokratischen Bürgern.«

In Anbetracht wirtschaftlicher Probleme und Herausforderungen rund um den Arbeitsmarkt, die Globalisierung und die Marktwirtschaft fungiert das Curriculum einerseits zur Vermittlung von Kompetenzen, um diese Probleme zu lösen. Andererseits besteht das Ziel in der Ausbildung qualifizierter Menschen mit einer moralischen Haltung und der Erziehung zu verantwortungsvollen Bürgern. Im Wesentlichen dient das neue Curriculum der Verbesserung der Lebensqualität und der sozialen Bedingungen in Indonesien in einem weiteren Sinne. Dementsprechend handelt es sich bei der Änderung des Curriculums nicht nur um eine Änderung der Bildungsqualität im Speziellen, sondern auch um die Veränderung der Lebensqualität der Indonesier im Allgemeinen.



Schülerinnen lernen Lebensqualität

Foto: Sven Hansen

Die Änderungen im neuen Curriculum gehen mit der Festlegung neuer Standards einher. Diese Standards beziehen sich auf die Kompetenzen der Absolventen, auf den Inhalt des Unterrichts, auf die Lernprozesse und die Normen im Benotungssystem. Im Allgemeinen beruhen die Standards hinsichtlich der Kompetenzen der Absolventen auf der Bedarfsanalyse der Schüler und werden in drei Kategorien wiedergegeben: Gesinnung, Fertigkeiten und Kenntnisse. Zu den Standards zum Unterrichtsinhalt zählen der Umfang des Unterrichtsmaterials und die Einstufung der Kompetenz, abgestuft nach dem Schulabschnitt und der Art der schulischen

Einrichtung (*madrrasah*, Berufsschule oder *high schools*). Im Curriculum 2013 wird der Begriff Kernkompetenz eingeführt, der später als Grundlage für die Grundkompetenz dient. Die Standards im Lernprozess sind eng mit der Durchführung des Unterrichts in der jeweiligen Schuleinheit (*SD*, *SMP* oder *SMU*) verbunden, um die Standards bezüglich der Kompetenzen der Absolventen zu erreichen. Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Erfüllung der Standards sind die Lehrer. Zuletzt gilt der Standard in Benotungssystem als Leitfaden, damit die Lernfortschritte der Schüler beobachtbar sind. Bisher wird das nationale Schalexamen (*Ujian Nasional*, UN), das mit dem deutschen Abitur vergleichbar ist, als Standard im Benotungssystem verwendet.

Das Curriculum 2013 unterscheidet sich grundsätzlich von dem früheren Curriculum in folgenden Punkten:

Erstens, werden in der Grundschule (*SD*) Fächer der Natur- und Sozialwissenschaft sowie Indonesisch für die Klassen 1 bis 3 zusammengeführt. Natur- und sozialwissenschaftliche Fächer werden also nicht separat unterrichtet werden, sondern in das Fach Indonesisch integriert. Erst in den Klassen 4 bis 6 werden Natur- und Sozialwissenschaft als selbstständige Fächer angeboten. Dem Religionsunterricht werden mehr Unterrichtsstunden zugesprochen, eine Erhöhung von drei auf vier Stunden soll stattfinden. Das Unterrichtsmodell wird als thematisch-integrativ bezeichnet. Das Evaluierungssystem basiert auf der persönlichen Bewertung des Lehrers. Ein eingereicherter Vorschlag sieht die Abschaffung des nationalen Schalexamens (UN) vor.

Zweitens, sieht die Fächeraufstellung in der *Junior Highschool* Stufe (*SMP*-Klasse 7–9) folgendermaßen aus: Biologie, Physik und Chemie werden zusammengeführt und als Naturwissenschaft bezeichnet. Damals bezog sich dieser Begriff als Oberbegriff für diese Fächer. Heute gilt er als Name eines Faches. Ähnlich sieht es bei den Fächern Wirtschaft, Geographie und Geschichte aus. Diese werden zu einem Fach zusammengeführt, das Sozialwissenschaft benannt wird. Entsprechend dieser Änderungen heißen die Lehrbücher integrierte Naturwissenschaften und integrierte Sozialwissenschaften. Das Fach Informationstechnologie war zuvor ein selbstständiges Fach und gilt im Curriculum 2013 als ein Teil des Unterrichtsinhalts für andere Fächer. Dies gilt für die siebte bis zwölfte Klasse.

Drittens, jeder Schüler der 11. Klasse sollte sich nach dem früheren Curriculum auf eine Richtung spezialisieren. Zur Auswahl standen eine naturwissenschaftliche, eine sozialwissenschaftliche oder eine sprachwissenschaftliche Ausrichtung. Im Curriculum 2013 existieren keine Vertiefungsrichtung mehr, sondern es gelten Pflichtfächer sowie die Einführung zu möglichen Interessen der Schüler und die anschließende Vertiefung dieser Interessen. Die Einführung dazu fängt ab der zehnten Klasse an und wurde durch die Hoffnung angeregt, dass sich dadurch die Belastung der

Schüler verringert.

Viertens, das frühere Curriculum sah für die *Senior Highschool* (*SMA*, allgemeine Schule der zehnten bis zwölften Klasse) und für die *SMK* (Berufsschule von der zehnten bis zwölften Klasse) unterschiedliche Kompetenzen vor. Das neue Curriculum sieht für die beiden Schulformen die gleichen Pflichtfächer bezüglich der Kenntnisse, der Fertigkeiten und der Gesinnung vor. Bisher fand das nationale Schalexamen am Ende der zwölften Klasse statt. Das Curriculum 2013 empfiehlt nun, dass das Examen bereits am Ende der elften Klasse geschrieben werden soll, damit sich die Zwölftklässler von Berufsschulen mehr auf das Praktikum konzentrieren können und die *SMA*-Schüler mehr Zeit haben, um sich auf die Universität vorzubereiten.

Fünftens, das neue Curriculum ergänzt den Religionsunterricht mit Ethikunterricht. Somit heißt das Fach Religions- und Ethikunterricht. Jedoch muss man erkennen, dass die grundsätzliche Ausrichtung des Unterrichts noch sehr stark vom Religionsunterricht geprägt sein wird und der Ethikunterricht dementsprechend eher unter den Tisch fällt.

Sechstens, das Curriculum 2013 sieht eine Steigerung der Unterrichtsstunden um durchschnittlich vier Stunden pro Woche vor. Begründet wird dies durch eine Änderung der Art des Lernens (früher: Belehrung, heute: Eigenstudium), der Bewertungsnormen (früher: fokussiert auf das Ergebnis, jetzt: fokussiert auf Ergebnis und Prozess), was mehr Unterrichtsstunden beansprucht. Im Vergleich zu anderen Ländern hat Indonesien weniger Unterrichtsstunden.

Der Pfadfinderunterricht wird durch das Curriculum 2013 zu einem Pflichtfach. Ziel dabei ist, dass der Patriotismus und die Kenntnisse der Schüler über den Staat vertieft werden, damit sie auch zukünftig die Einheit der Nation stärken.

Die Resonanz in der Öffentlichkeit

Wie reagiert die Öffentlichkeit auf die Änderung? Das *grand design* des Curriculums 2013 enthält tatsächlich einige bedeutsame Änderungen, die jedoch von vielen Seiten kritisch betrachtet werden. So lehnen auch einige unabhängige Lehrerverbände die Änderungen ab. Diese Verbände gehören zu einem festen Kreis, der die Bildungspolitik Indonesiens stets kritisch begleitete, dem *Majelis Guru Besar Institut Teknologi Bandung* (MG ITB), Lehrer der lokalen Sprache und Aktivisten. Folgende Gründe nennen sie für ihre Ablehnung des Curriculum 2013:

Erstens der Umstand, dass die Einführung des früheren Curriculums noch nicht umfassend umgesetzt wurde, sodass eine große Anzahl von Schulen existiert, die das frühere Curriculum nicht vollständig umsetzen und nun schon zum neuen wechseln sollen. Ein neues Curriculum bedeutet auch immer die Anschaffung neuer Lehrbücher. Es stellt somit auch eine finanzielle Be-

lastung für breite Bevölkerungsteile dar. Die Regierung lässt keine Gelegenheit aus zu versprechen, dass sie diese Bücher für Lehrer und Schüler kostenlos zur Verfügung stellen werde. Es ist kein Geheimnis, dass diese Maßnahme sehr viel Geld kosten wird, sodass viele Menschen bezweifeln, dass die Regierung ihr Versprechen einhalten kann. Zudem wurden die Bücher bis zum heutigen Tag nicht vorbereitet.

Zweitens ist der vorgesehene Zeitraum für die Implementierung sehr kurz gesteckt. Das Vorhaben der Regierung sieht die Einführung dieses Curriculums für das Schuljahr 2013/2014 vor, also bereits ab Mitte Juli 2013. Dabei sollen 30% der ersten, vierten, siebten und zehnten Klasse abgedeckt werden. Die Gegner der Einführung sind der Auffassung, dass die Regierung die Implementierung des Curriculums mit aller Macht durchsetzen möchte. Wie kann sie das Curriculum einführen, wenn noch nicht einmal Schulungen für Lehrer stattfanden? Diese fanden bisher noch nicht statt, weil die Bücher noch nicht vorhanden sind. Erst im Juni sollten die Bücher fertig sein. Doch wann sollten dann die Lehrerschulungen stattfinden? Es grenzt an Unmöglichkeit ein Curriculum einzuführen, wenn diejenigen, die es direkt umsetzen, die Lehrer, noch nicht geschult sind. Ich gehöre zu den Wenigen, die vorschlagen das neue Curriculum erst im Schuljahr 2014/2015 einführen, damit mehr Zeit zur Vorbereitung bleibt.

Drittens spreche ich mich gegen eine Steigerung der Unterrichtsstunden um vier Stunden die Woche aus. Denn mit mehr Unterrichtsstunden müssen die Schüler logischerweise mehr Zeit in der Schule verbringen. Dies hat sowohl Vor- als auch Nachteile. Zu den Vorteilen gehört, dass die Kinder in der Schule besser kontrolliert werden können. Die Nachteile überwiegen jedoch. Zu ihnen gehören Langeweile in der Schule und weniger Zeit mit den Eltern, sodass die Kinder von ihrer physischen, sozialen und kulturellen Umgebung entfremdet werden und sich somit zu einer Last für die

Kinder entwickeln kann. Für finanziell schlecht gestellte Familien bedeutet die vermehrte Zeit, die die Kinder in der Schule verbringen, eine höhere Belastung. Denn es bleibt ihnen dann weniger Zeit, ihren Eltern zu helfen. So kann dieses Vorhaben zu einer Umkehrung der eigentlichen Intention führen, da die Schüler möglicherweise die Schule verfrüht abbrechen.

Viertens existieren noch weitere Punkte des Curriculums 2013, mit denen ich nicht einverstanden bin. Vor allem geht es dabei um die Art der Grundkompetenzen. Wie bereits erwähnt wird im Curriculum 2013 der Begriff Kernkompetenzen eingeführt, der wiederum die Grundkompetenzen bestimmt. Was ich bezüglich der Kernkompetenzen als die Einführung zu einem theokratischen Staat verstehe, ist der Fakt, dass jedes Fach immer in Zusammenhang mit Religion gestellt wird. Die Formulierung der Grundkompetenzen, die auf Kernkompetenzen basieren ist für mache Akademiker einfach lächerlich und konstruiert. Ich befürchte, dass dieses Curriculum nicht nur zu einer theokratischen Gesellschaft führen wird, sondern vor allem eine normative und dogmatische Generation hervorbringen wird. Es widerspricht der eigentlichen Intention zur Änderung des Curriculums, nämlich der Förderung einer kritischen, kreativen und innovativen Generation. So eine Leistung kann von einem normativen und dogmatischen Curriculum nicht erwartet werden.

Im Folgenden sind Beispiele der zukünftigen Kern- und Grundkompetenzen für Physik und Chemie für die 10. Klasse aufgelistet. Anhand derer können Sie selbst beurteilen, ob die Kernkompetenzen 1 und 2 (siehe unten) zwingend nötig sind. Tatsächlich wurde schon gesagt, dass die Kompetenzen nicht in einem wörtlichen Sinne zu verstehen sind. Ich bin jedoch der Überzeugung, dass die zuständigen Behörden in der Praxis von den Lehrern verlangen den Unterrichtsinhalt nach diesen Normen zu formulieren, wodurch das Curriculum letztendlich wortwörtlich genommen wird. ♦

Beispiel

**Kernkompetenz und Grundkompetenz für das Fach Physik
In der 10. Klasse Senior High School (SMU) und in Madrasah Aliyah (MA)**

Kernkompetenz	Grundkompetenz
1. Vertiefung und Praktizieren der eigenen Religion	1.1 Der Glaube der Schüler an ihre Religion vertieft sich, indem sie durch den Unterricht die Regelmäßigkeit und die Komplexität der Natur und des Universums als Großartigkeit Gottes, des Schöpfers, verstehen. 1.2 Die Schüler begreifen die Großartigkeit Gottes, der Wasser als Hauptelement des Lebens geschaffen hat. Die Schaffung des Wassers ermöglicht das Leben und die Entwicklung aller Lebewesen.
2. Die Förderung der folgenden Charaktereigenschaften: ehrlich, diszipliniert,	2.1 Im Alltag, im Experiment und in der Diskussion sollen die Schüler folgende wissenschaftliche Eigenschaften zeigen: neugierig, objektiv, ehrlich, sorgfältig, vorsichtig,

Kernkompetenz	Grundkompetenz
<p>verantwortungsvoll, rücksichtsvoll, höflich, umweltfreundlich, hilfsbereit, kooperativ, friedliebend, aktiv und stark eigeninitiativ. Die Schüler sollen sich als Teil der Lösung von verschiedenen Problemen darstellen. Sie sollen sich effektiv in ihrer Interaktion mit ihrer sozialen Umgebung und der Natur verhalten und sich in internationalen Beziehungen als ein gutes Beispiel präsentieren.</p>	<p>verantwortungsvoll, offen, kritisch, kreativ, innovativ und umweltfreundlich 2.2 Die Schüler schätzen die individuelle Arbeit und Gruppenarbeit in ihrem Experiment und in ihrem Experimentbericht.</p>
<p>3. Die Schüler verstehen und üben ihre faktischen, konzeptuellen und praxisorientierten Kenntnisse in der Wissenschaft, Technologie, Kunst, Kultur und den Geisteswissenschaften. Diese sollen sie in Bezug auf Menschlichkeit, Nationalität, Staatlichkeit und Zivilisation verstehen. Sie sollen praxisorientierte Kenntnisse auf bestimmte Bereiche fokussieren, die ihrem Talent und Interesse entsprechen.</p>	<p>3.1 Die Schüler verstehen die Konzepte von physikalischen Einheiten und deren Messung. 3.2 Die Schüler analysieren die Korrelation zwischen Kraft, Masse und Bewegung eines sich senkrecht bewegenden Gegenstandes. 3.3 Die Schüler analysieren die physikalische Grundlage der Kreisbewegung mit konstanter Geschwindigkeit und ihre Anwendung in der Technologie. 3.4 Die Schüler beschreiben die Merkmale der Elastizität eines Materials und ihre Anwendung im Alltag. 3.5 Die Schüler beschreiben die Regel der statistischen Abweichung und ihre Anwendung im Alltag. 3.6 Die Schüler analysieren den Einfluss von Wärme und ihre Übertragung an realen Beispielen. 3.7 Die Schüler beschreiben wie die optischen Instrumente funktionieren anhand der Merkmale der Reflexion und Brechung in Spiegel und Linse</p>
<p>4. Die Schüler können anhand wissenschaftlicher Methoden konkrete und abstrakte Konzepte bearbeiten, begründen und präsentieren.</p>	<p>4.1 Die Schüler benutzen in ihrer wissenschaftlichen Untersuchung die richtigen Instrumente und Techniken zur Beobachtung und Messung einer physikalischen Einheit. 4.2 Die Schüler benutzen Daten und Grafiken, um ihr Experiment über die Merkmale von stetiger und unstetiger Bewegung zu präsentieren. 4.3 Die Schüler führen ein Experiment durch, um die Korrelation zwischen Bewegung, Masse und Beschleunigung in der senkrechten Bewegung zu untersuchen. 4.4 Die Schüler entwickeln und bauen eine Einrichtung, die die Eigenschaften von Flüssigkeit einsetzt, um ihre Arbeit zu erleichtern. 4.5 Die Schüler untersuchen die Elastizität eines Materials durch ein Experiment. 4.6 Die Schüler stellen den Entwurf eines optischem Instruments vor, um die Prinzipien von Reflexion und Brechung anzuwenden. 4.7 Die Schüler führen ein Experiment durch, um die thermodynamischen Eigenschaften eines Materials insbesondere Temperatur und Wärmeleitfähigkeit zu untersuchen.</p>

**Kernkompetenz und Grundkompetenz für das Fach Chemie
in der 10. Klasse Senior High School (SMU) und in Madrasah Aliyah (MA)**

Kernkompetenz	Grundkompetenz
1. Vertiefung und Praktizieren der eigenen Religion	<p>1.1 Die Schüler erkennen die Ordnung und die Komplexität der Elektronenkonfiguration von Atomen als Manifestation der Großartigkeit Gottes.</p> <p>1.2 Die Schüler bedanken sich für die reichlich vorhandenen Naturressourcen wie Erdöl, Kohle und Erdgas und andere Mineralien in Indonesien und bekennen sie als Segen Gottes, deren Nutzung auf die Wohlfahrt des indonesischen Volkes abgezielt ist.</p>
2. Die Förderung der folgenden Charaktereigenschaften: ehrlich, diszipliniert, verantwortungsvoll, rücksichtsvoll, höflich, umweltfreundlich, hilfsbereit, kooperativ, friedliebend, aktiv und stark eigeninitiativ. Die Schüler sollen sich als Teil der Lösung von verschiedenen Problemen darstellen. Sie sollen sich effektiv in ihrer Interaktion mit ihrer sozialen Umgebung und der Natur verhalten und sich in internationalen Beziehungen als ein gutes Beispiel präsentieren.	<p>2.1 Die Schüler verfügen über Eigeninitiative und Neugier, um die Regelmäßigkeiten des Atoms zu verstehen.</p> <p>2.2 Die Schüler bewahren Ehrlichkeit, Disziplin, Verantwortung, Höflichkeit und Eigeninitiative beim Experiment und in Diskussionen.</p> <p>2.3 Die Schüler zeigen eine kritische, sorgfältige und konsequente Haltung zur Darstellung und Interpretierung der Daten.</p> <p>2.4 Die Schüler bewahren eine umweltfreundliche Haltung zur Ausnutzung der Naturressourcen.</p>
3. Die Schüler verstehen und üben ihre faktischen, konzeptuellen und praxisorientierten Kenntnisse in der Wissenschaft, Technologie, Kunst, Kultur und den Geisteswissenschaften. Diese sollen sie in Bezug auf Menschlichkeit, Nationalität, Staatlichkeit und Zivilisation verstehen. Sie sollen praxisorientierte Kenntnisse auf bestimmte Bereiche fokussieren, die ihrem Talent und Interesse entsprechen.	<p>3.1 Die Schüler beschreiben die Atomstruktur anhand des Bohrschen Modells sowie der Eigenschaften, der relativen Atommasse und der periodischen Natur der Elemente im Periodensystem der Elemente. Sie sollen auch die Regelmäßigkeiten der Elektronenkonfiguration verstehen.</p> <p>3.2 Die Schüler vergleichen die Bildung einer Ionenbindung mit der kovalenten Bindung, Koordinationsbindung und Metallbindung sowie deren Zusammenhang mit den daraus begründeten physikalischen Eigenschaften der Verbindungen.</p> <p>3.3 Die Schüler beschreiben die Nomenklatur der anorganischen und organischen Verbindungen sowie deren Reaktionsgleichungen.</p> <p>3.4 Die Schüler verstehen die Grundgesetze der Chemie und die Verwendung des Mol in chemischen Gleichungen.</p> <p>3.5 Die Schüler verstehen die Eigenschaften der Elektrolytlösung und nicht elektrolytischen Lösungen.</p> <p>3.6 Die Schüler verstehen die Reaktion von Oxidation-Reduktion und die Bestimmung der Oxidationszahl eines Atoms im Molekül oder als Ion.</p> <p>3.7 Die Schüler beschreiben die Besonderheit des Kohlenstoffatoms zur Bildung von Kohlenwasserstoffen.</p> <p>3.8 Die Schüler erklären die Kategorisierung von Kohlenwasserstoffen anhand ihrer Struktur und Korrelation mit den Eigenschaften der chemischen Verbindung.</p>

Kernkompetenz	Grundkompetenz
	<p>3.9 Die Schüler begreifen die Bildung und die Abspaltung der Erdölfractionen und deren praktische Anwendbarkeit.</p> <p>3.10 Die Schüler erklären die praktische Verwendung der Kohlenwasserstoffverbindungen im täglichen Leben.</p>
<p>4. Die Schüler können anhand wissenschaftlicher Methoden konkrete und abstrakte Konzepte bearbeiten, begründen und präsentieren.</p>	<p>4.1 Die Schüler präsentieren das Ergebnis ihrer Diskussion über die Entwicklung der Atommodelle und des Periodensystems der Elemente, Atomstruktur, physikalische und chemische Eigenschaften der Elemente und die periodischen Eigenschaften der Elemente.</p> <p>4.2 Die Schüler präsentieren das Ergebnis ihrer Diskussion über Stabilität der Elemente, Lewis-Formel, ionische Bindung, kovalente Bindung, kovalente Koordinationsbindung, polare und nicht polare kovalente Verbindungen, Metallbindung und die Eigenschaften der Elemente.</p> <p>4.3 Die Schüler entwickeln und führen einen Versuch durch, um die Polarität eines Stoffes zu untersuchen.</p> <p>4.4 Die Schüler formulieren die chemische Reaktion in richtiger Weise.</p> <p>4.5 Die Schüler weisen die Verwendbarkeit der Grundgesetze der Chemie durch ein Experiment nach und sie können mit dem Konzept des Mol in einer simplen chemischen Gleichung rechnen.</p> <p>4.6 Die Schüler entwickeln ein Experimentdesign, um die Eigenschaften von Elektrolytlösungen und Nichtelektrolytlösungen zu identifizieren und führen das Experiment durch.</p> <p>4.7 Die Schüler können die Formeln und Namen der chemischen Verbindungen nach dem Konzept der Oxidationszahl schreiben.</p> <p>4.8 Die Schüler präsentieren das Ergebnis ihrer Gruppendiskussion über die Kategorisierung von Kohlenwasserstoffen anhand von deren Struktur und Korrelation mit den Eigenschaften der chemischen Verbindung.</p> <p>4.9 Die Schüler präsentieren das Ergebnis ihrer Gruppendiskussion über die Bildung und die Abspaltung der Erdölfractionen und deren praktische Anwendbarkeit.</p> <p>4.10 Die Schüler präsentieren die positiven und negativen Auswirkung der Verwendung von Kohlenwasserstoffen im Alltag.</p> <p>4.11 Die Schüler präsentieren ihre Analyse über die Auswirkung der Verbrennung von Kohlenwasserstoffen auf die Klimaveränderung bzw. den Anstieg der Erdtemperatur.</p>

Darmaningtyas ist Bildungsexperte und Sprecher der Stiftung Perguruan Tamansiswa Jakarta. Übersetzung aus dem Indonesischen von Basilisa Dengen.

Erfolg ohne Konsequenzen?

Die Anerkennung der Verbrechen von 1965/66

von Melinda Sudibyo

Generalstaatsanwalt Basrie Arief wies die Forderung der nationalen Menschenrechtskommission (*Komnas HAM*) nach der Einleitung eines offiziellen Ermittlungsverfahrens bezüglich der Massaker der Jahre 1965/66 mit der Begründung von formalen Fehlern ab. Diese Ablehnung ist Ausdruck der institutionellen Schwäche der *Komnas HAM* und der weitverbreiteten Verweigerung vergangene Menschenrechtsverbrechen aufzuklären und zu ahnden.

Erstmalige staatliche Anerkennung der Menschenrechtsverletzungen von 1965/66

Im Juli vergangenen Jahres veröffentlichte die *Komnas HAM* das Ergebnis ihrer vierjährigen Untersuchung zu den antikommunistischen Massenmorden von 1965/66, deren Gesamtopferzahl von Historikern auf mindestens eine halbe Millionen Menschen geschätzt wird. Die Untersuchung schloss mit der Folgerung, dass die systematische Verfolgung von Menschen, die mit der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) in Verbindung gebracht wurden, die Kriterien von schweren Menschenrechtsverbrechen, wie im Gesetz 26/2000 festgelegt, erfüllt. Als Verbrechen werden in dem Bericht nicht nur unmittelbare Verbrechen wie Mord, widerrechtliche Inhaftierungen sowie Vergewaltigungen aufgeführt, sondern auch eine Reihe von diskriminierenden Maßnahmen, die noch bis in die siebziger Jahre hineinreichten. Als verantwortlich für die Menschenrechtsverbrechen nannte die Kommission neben Suharto noch Militärangehörige, die im Rahmen des Kommandos zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung (*Kopkamtib*) seinem Befehl unterstanden. Aufgrund beschränkter Ressourcen konzentrierte sich die Untersuchung auf vier Regionen Indonesiens.

Nach fast fünfzig Jahren erfolgte erstmals eine Anerkennung von Unrecht gegenüber den Angehörigen der Getöteten, den ehemals politisch Inhaftierten und den Opfern der folgenden Diskriminierungskampagne.

Doch selbst dieser erste Schritt zu einer Übernahme staatlicher Verantwortung für die Vergangenheit wurde nicht von allen Beobachtern erwartet. Umso positiver waren die Reaktionen auf das Erscheinen des Berichts, wie den Aussagen Bedjo Untung gegenüber der Berliner »taz« zu entnehmen ist. »Ich bin sehr ergriffen« kommentierte der ehemals politisch Inhaftierte und nun Vorsitzender des Opferverbandes YPKP 1965/66. »Erstmals wird unser Leid von staatlicher Seite als Menschenrechtsverletzung anerkannt«, so Untung. Doch wie viele weitere Beobachter äußerte auch Untung Skepsis gegenüber weiterreichenden Schritten nach dem Bericht. Die *Komnas HAM* forderte die indonesische Regierung und Justiz zu einer strafrechtlichen Verfolgung der noch lebenden Täter auf, sowie zur Leistung einer offiziellen Entschuldigung und einer vollständigen Rehabilitierung der Opfer und ihrer Familien. Doch die negative Einschätzung der weiteren Entwicklung bewahrheitete sich, denn bisher wurde noch keine dieser Empfehlungen umgesetzt.



Massaker 1965

Foto: unbekannt

Dies darf jedoch nicht der *Komnas HAM* angelastet werden, sondern muss im Hinblick auf ihren begrenzten Handlungsspielraum und der daraus resultierenden Abhängigkeit von anderen staatlichen Institutionen gesehen werden.

***Komnas HAM*— Der indonesische Papiertiger**

»Es scheint, als ob die Statements der nationalen Menschenrechtskommission nur dahingehend wirksam sind, als dass sie versteckte Wahrheiten zum Ausdruck bringen.« Wie bereits angedeutet spiegelt diese Selbsteinschätzung, geäußert im Jahresbericht von 1999, auch das Urteil derjenigen wider, die sich durch die *Komnas HAM* Gerechtigkeit bezüglich der Aufklärung und Ahndung von Menschenrechtsverbrechen in Indonesien erhoffen. Die Ursache für die fehlende Wirkmächtigkeit der nationalen Menschenrechtskommission ist ihre institutionelle Beschaffenheit selbst. Denn wider den meisten Erwartungen fehlte es der noch zu Suhartos Zeiten gegründeten Institution nicht am Willen oder an politischer Unabhängigkeit, zumindest ab 1998. Das Problem sind die Instrumente, die der *Komnas HAM* zur Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen zur Verfügung stehen. Diese umfassen lediglich Statements zur Benennung von Menschenrechtsverbrechen und Empfehlungen an die Regierung zur Einleitung rechtlicher und politischer Schritte. So muss die *Komnas HAM* die Ergebnisse ihrer Untersuchung an den Generalstaatsanwalt übermitteln, welcher erst ein offizielles Ermittlungsverfahren bewirken kann. Sollte der Staatsanwalt auch zum Schluss kommen, dass eine grobe Menschenrechtsverletzung vorliege, so bedarf es noch der Zustimmung des Präsidenten und des Parlaments, um den Fall vor ein Ad Hoc-Strafgericht zu stellen. Die *Komnas HAM* besitzt also nur eingeschränkte Befugnisse in ihrer Sonderposition zwischen indonesischer Regierung und Zivilgesellschaft. Umso mehr ist sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe, dem Schutz und der Förderung von Menschenrechten, vom Willen der Regierung abhängig.

Ein Blick in die Vergangenheit ließ jedoch schon früh anzweifeln, ob sich der Generalstaatsanwalt der strafrechtlichen Verfolgung der durch die *Komnas HAM* beschuldigten Militärangehörigen annehmen wird. Nach einem Bericht der NGO *ELSAM* stagniert die Anzahl der juristisch verfolgten Menschenrechtsverletzungen.

Fehlender politischer Wille zur Umsetzung der Empfehlungen

Die Tatsache, dass die *Komnas HAM* nur unverbindliche Empfehlungen abgeben kann führt dazu, dass die juristische Verfolgung der antikommunistischen Massenmorde vom Urteil und Willen des Generalstaatsanwaltes abhängig sind. Ein offizielles Ermittlungsverfahren scheiterte am Urteil der Generalstaatsanwaltschaft mit dem Verweis auf die Nichtberücksichtigung formaler Anforderungen seitens der *Komnas HAM*, die im Gesetz 26/2000 festgelegt sind. So versäumte die *Komnas HAM* beispielsweise die Vereidigung ihrer Ermittler vor der Aufnahme ihrer Arbeit. Zudem berücksichtigte die *Komnas HAM* nach Ansicht des Generalstaatsanwaltes auch nicht das Kriterium die Institutionen explizit zu benennen, die sie für schuldig erachtete. Diese Argumentation erscheint jedoch nicht schlüssig. So entkräftete die *Komnas HAM* diesen Vorwurf mit dem Hinweis auf die Untersuchung der Verbrechen von Tanjung Priok von 1984, die trotz des fehlenden Eides der Ermittler seitens der Generalstaatsanwaltschaft auch akzeptiert wurden und zu einem Prozess führten (vgl. *F. Junge, KontraS u. Watch Indonesia!, 2008: Verpasste Chancen, unerfüllte Versprechen - Der ad hoc-Menschenrechtsgerichtshof zu den Verbrechen in Tanjung Priok 1984*). Abgesehen davon fungiert die Arbeit der *Komnas HAM* in der Untersuchung von möglichen Menschenrechtsverbrechen lediglich als Voruntersuchung, deren Ergebnis nur einen vorläufigen Beleg für den Sachbestand darstellt. Die eigentlichen Ermittlungen



Lynchjustiz 1965

Foto: novelistinparadise.com

gen erfolgen erst durch die Generalstaatsanwaltschaft. Die *Komnas HAM* weist auch die zweite Kritik zurück, denn aus ihrem Bericht wird ersichtlich, dass die Kommission die *Kopkamtib* als die Urheber der Verbrechen identifiziert.

Wie einem Bericht des *International Center for Transitional Justice (ICTJ)* zu entnehmen ist, identifizieren viele Menschenrechtsaktivisten die Generalstaatsanwaltschaft als das schwächste Glied in der Durchsetzung von Menschenrechten. Und das obwohl, oder vielleicht auch gerade weil der Generalstaatsanwalt die durch das Gesetz 26/2000 autorisierte Institution ist, um Untersuchungen bezüglich schwerer Menschenrechtsverbrechen durchzuführen. Als eine der Ursachen hierfür werden bestehende Verbindungen zwischen dieser juristischen Institution und Urhebern vergangener Menschenrechtsverbrechen genannt.

Eine weitere Empfehlung der *Komnas HAM*, die vom politischen Willen einer Regierungsinstitution bedingt wird, war die Einforderung einer offiziellen Entschuldigung des indonesischen Präsidenten. Auch wenn Susilo Bambang Yudhoyono in Folge der Veröffentlichung des Berichtes seinen Willen zur Vergangenheitsaufarbeitung demonstrierte indem er den Generalstaatsanwalt zur Untersuchung aufrief und verlauten ließ, dass eine offizielle Entschuldigung erfolgen werde, scheint die Vergangenheitsaufarbeitung keine Priorität auf seiner politischen Agenda zu besitzen. Eine offizielle Entschuldigung von Yudhoyono würde schließlich auch bedeuten, dass er seinen mittlerweile verstorbenen Schwiegervater, Sarwo Edhie Wibowo, der als General

ebenfalls für das »antikommunistische Massaker« mitverantwortlich war, vor den Augen der Öffentlichkeit zu entehren.

Die Verweigerung des Präsidenten dieses Thema auf die politische Agenda zu setzen scheint dem Grundtenor der Regierung zu entsprechen. Besonders scharf äußerte sich Djoko Suyanto, Minister für die Koordination von politischen, juristischen und sicherheitsrelevanten Fragen. Zur Jakarta Post sagte er, dass die Massenermorde gerechtfertigt seien, da sie das Land vor dem Kommunismus schützten und riet dem Präsidenten damit von einer offiziellen Entschuldigung ab. Er fügte noch hinzu, dass das Land nicht dasselbe wäre, was es heute ist, wenn dies nicht geschehen wäre.

Der Minister sollte damit Recht behalten, denn die Spaltung der indonesischen Gesellschaft, ein Erbe von 1965/66, zeigt sich durch die fehlende Aufarbeitung nicht nur auf politischer, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene. So reagierte Nusron Wahid, Vorsitzender der Jugendorganisation der islamischen Massenorganisation *Nahdlatul Ulama*, auf den Bericht der *Komnas HAM* mit Ablehnung. Die Regierung solle sich seiner Ansicht nach mit einer Anerkennung der Tragödie von 1965/66 zurückhalten. Er behauptet, dass die Tragödie dem damaligen »Zeitgeist« entspreche und die Verfolgung der Täter damit nicht nur nutzlos, sondern seiner Ansicht auch gefährlich sei, da sie das Potential einer neuen Spaltung besitzen würde.

Eine weitere Empfehlung der *Komnas HAM* bezog sich auf die Einrichtung einer Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) in Indonesien. Minister Suyanto lehnte auch diesen Vorschlag ab, da dafür die rechtliche Grundlage fehle. Tatsächlich annullierte das Verfassungsgericht das Gesetz 27/2004 zur Einrichtung einer solchen Institution in Folge einer richterlichen Nachprüfung des Gesetzes auf Geheiß von Opferverbänden und anderen Gruppen. Eigentlich standen die meisten Opfer der Einrichtung einer solchen Institution an sich nicht ablehnend gegenüber. Doch die Kritik am Gesetz wurde zum einen genährt durch die Regelung nach der die Bearbeitung eines Falls vor der Wahrheits- und Versöhnungskommission als Ersatz für einen Prozess vor einem Ad Hoc-Strafgericht dient (s. Art. 44). Das widerlief der verbreiteten Idee, dass ein Ad Hoc-Gericht für Menschenrechte und eine TRC zwei komplementäre Institutionen sind. Zudem sah das Gesetz eine extensive Täteramnestie vor, die vom Präsidenten unter der Berücksichtigung des Parlaments ausgehen muss (s. Art 1 (9)), womit diese Weisung nicht nur gegen



Sonderausgabe des Tempo-Magazins 2012

internationale Standards verstößt, sondern auch ein potentieller Hort für informelle Absprachen zwischen ehemaligen Tätern und den Regierungsinstitutionen war und auch Korruption begünstigte. Auch Artikel 27 des Gesetzes war Anstoß des Unmuts. Hier hieß es, dass die Berechtigung der Opfer auf Kompensation und Rehabilitierung an die Amnestie der Täter gebunden sei. Damit beschloss das Parlament ein Gesetz, das die Position der Opfer abschwächte und internationalen Standards widerlief. Dennoch war die Annullierung des ganzen Gesetzes durch das Verfassungsgericht nicht im Sinne der Opfer. Damit verfiel eine Chance, die der 65'er Generation selber noch Reparationen zugestanden hätte. Aufgrund des fortgeschrittenen Alters der ehemals Involvierten, schwindet diese Möglichkeit mit jedem weiteren Jahr.

Vergangenheitsaufarbeitung — momentane Regierung als Sackgasse

Durch die Ablehnung des Generalstaatsanwaltes die schweren Menschenrechtsverbrechen an vorgeblichen Kommunisten juristisch zu verfolgen, verringert sich die Chance den damaligen Opfern noch Gerechtigkeit



Verhaftung eines kommunistischen Studenten

Foto: nadeemfparacha.wordpress.com

zu verschaffen. Dabei fehlte es der *Komnas HAM* nicht an Ambitionen, sondern an bindenden institutionalisierten Instrumenten. Dadurch ist sie vom politischen Willen anderer staatlicher Institutionen abhängig. Doch es existiert eine weitverbreitete Ablehnung die historischen Narrative der Neuen Ordnung (*Orde Baru*) zu durchbrechen und die Vergangenheit auf politischer, juristischer und historischer Ebene aufzuarbeiten, womit die Arbeit der *Komnas HAM* zunächst in einer Sackgasse endet. Dieser Widerstand

geht vor allem von den politischen und gesellschaftlichen Schlüsselpositionen Indonesiens aus und deutet damit vor allem auf Kontinuitäten zwischen dem alten Regime und einem demokratischen Indonesien hin.

Aber auch die neuesten Entwicklungen innerhalb der *Komnas HAM* lassen befürchten, dass es um die Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen in Indonesien in Zukunft noch schlechter bestellt sein wird. Auf institutioneller Ebene verständigten sich die Kommissare auf die Neuwahl ihrer Mitglieder nach nun nur noch einem und nicht mehr zweieinhalb Jahren. Die fehlende personelle Kontinuität könnte der Qualität der Untersuchungen schaden. Damit ging auch ein Umbruch auf personeller Ebene einher, da Otto Nur Abdullah seinen Posten im Vorstand aus Protest gegen diese Neuregelung verließ. Abdullah gilt als ein kompromissloser Verteidiger der Menschenrechte und besetzte erst seit November letzten Jahres den Posten als Vorsteher der *Komnas HAM*. Als oberste Prioritäten betrachtete er die Untersuchung des Lapindo-Falls (s. in diesem Heft, S. 10) und der Massaker von 1965/66. Nachdem letzteres bereits abgeschlossen und vom Generalstaatsanwalt abgelehnt wurde, stellt sich im Besonderen die Frage, ob sich die *Komnas HAM* diesbezüglich auch unter der neuen Führung engagieren wird und im Allgemeinen,

ob die Ahndung von Menschenrechtsverletzungen weiterhin so intensiv wie bisher verfolgt wird.

Schlussendlich darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Arbeit der *Komnas HAM* bezüglich dieser Tragödie erst durch Forderungen ehemaliger Opfer und deren Familien angestoßen wurde und auf Basis von 349 Zeugenaussagen entstand. Im Zusammenhang mit dem Engagement und der kritischen Beobachtung von zahlreichen Aktivisten zeigt das einen starken zivilgesellschaftlichen Willen Gerechtigkeit einzufordern. Diese Stärke und die ersten Schritte in Richtung einer staatlichen Anerkennung bleiben als Erfolg. ♦

Melinda Sudibyo studiert an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg Geschichte und Politische Wissenschaften und absolvierte im Frühjahr 2013 ein Praktikum bei Watch Indonesia!

»Wir leben im Zeitalter der Straflosigkeit«

Regisseur Joshua Oppenheimer über seinen Film »The Act of Killing«

Interview: Anett Keller

In Ihrem Film prahlen Massenmörder vor laufender Kamera mit ihren Taten. Wie ist das möglich?

Anwar und seine Freunde sind nach den Massenmorden in Machtpositionen geblieben. Sie betonen, dass die Öffentlichkeit sie als Helden ansieht. Das erfüllt drei Zwecke: Ihnen selbst gibt es ein gutes Gefühl, es mindert ihre Schuldgefühle. Zweitens: Es hilft, den Rest der Gesellschaft, nicht zuletzt die Überlebenden der Morde, einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Drittens: Der Heldenmythos ist die Grundlage einer moralfreien Geschichtsschreibung, in der Massenmörder Privilegien genießen. Massenmord als etwas Heldenhaftes zu feiern, ist der Grundstein für Straffreiheit. Was bedeutet, dass die Macht und die Straflosigkeit der Mörder bei allen weiteren Menschenrechtsverletzungen in Indonesien, die auf den Massenmorden von 65/66 aufbauten – wie Papua, Osttimor, Aceh und weitere – auf dieser Selbst-Imagination und dem Erzählstoff des Heldentums beruhen.

Wie haben Sie es geschafft, den Protagonisten so nahe zu kommen?

Als ich Anwar und seine Freunde traf, betonten sie, dass jeder sie als Helden behandle. Sie nahmen an, dass ich auf ihrer Seite sei. Schließlich hatten die USA die Massenmorde unterstützt. Anwars Freunde und Chefs standen während des Blutbades in regelmäßigem Kon-

takt mit dem US-Konsulat in Medan. Als amerikanischer Filmemacher, so glaubten sie, war ich auf ihrer Seite. Alles, was ich tat, um ihnen nahe zu kommen war das, was Sie auch tun würden, wenn Sie Menschen näher kommen wollen: Zuhören, respektvoll sein und sie als Menschen behandeln.

Was war die größte Herausforderung für Sie während des Drehens?

Mein Entsetzen zu unterdrücken angesichts der unvorstellbaren Geschichten, die ich hörte. Und die schmerzlichen Gefühle, als diese vor der Kamera szenisch nachgestellt wurden.

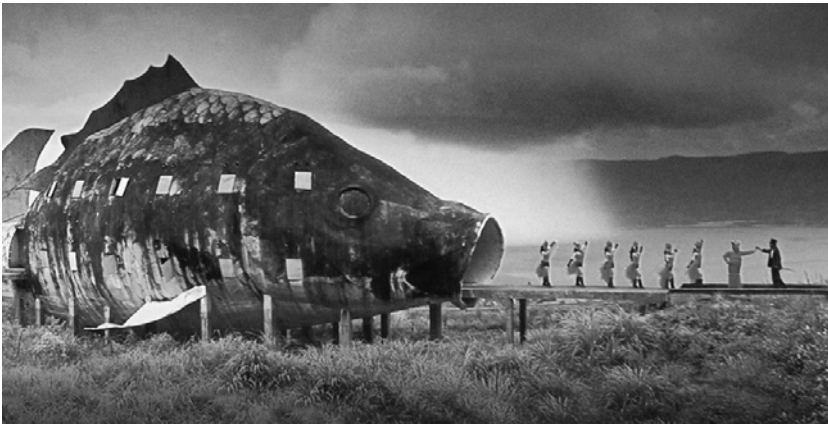


Joshua Oppenheimer diskutiert seinen Film mit Gästen von Watch Indonesia! an der Humboldt-Universität

Foto: Basilisa Dengen

tigste politische und moralische Frage war für mich als Heranwachsendem: »Wie können wir verhindern, dass diese Dinge wieder geschehen?«. In der jüdischen Gemeinde wurde das Mantra »nie wieder« zu oft und mit tragischen Konsequenzen transformiert und beschränkt auf ein »nie wieder an uns«. Aber wenn wir das »Nie wieder« wirklich ernst nehmen, dann meinen wir »nie wieder, an niemandem«. Dafür müssen wir verstehen, warum menschliche Wesen sich das gegenseitig antun. Es ist eine wirkliche moralische Herausforderung, anzuerkennen, dass die Täter Menschen sind, auch wenn

wir mit ihren schlimmsten Gewalttaten konfrontiert sind. Doch wir dürfen nicht vergessen, dass sie Menschen sind. Hitler war nicht grün, hatte keine Schuppen und keine scharfen Zähne. Er war ein menschliches Wesen. Wir neigen dazu, Menschen wie ihn, oder meine Protagonisten als Psychopathen oder Monster abzustempeln. Aber wenn wir das tun, versichern wir uns lediglich selbst, dass wir nicht so sind wie sie. Anwar und seine Freunde trotz des Grauens, das sie vor der Kamera auslösten, immer als Menschen zu sehen, darin bestand die größte Herausforderung.



Was ist persönlich ihr größtes Erfolgserlebnis bei diesem Film?

Dass wir ein ehrliches Gleichnis geschaffen haben für Straflosigkeit erfüllt mich mit tiefer Genugtuung. Bei den Indonesiern, die den Film gesehen haben, hat er fundamentale Fragen über ihre Gesellschaft ausgelöst. Was in Indonesien passiert ist, ist eine Metapher für Straflosigkeit überall auf der Welt, mein eigenes Land eingeschlossen. Wir glauben immer, dass die meisten Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschehen wie in Ruanda, Kambodscha oder Deutschland. Ein Machtumschwung führt zu einer neuen Regierung, die die Morde für falsch erklärt. Wir sind schockiert, weil in Indonesien die Mörder gewonnen haben und noch immer an der Macht sind. Wir glauben, das sei die Ausnahme von der Regel. Aber die tiefere Aussage des Films ist – und eigentlich wissen wir das alle – dass Ruanda, Kambodscha und Deutschland die Ausnahmen von der Regel sind. Alle Gesellschaften sind auf Massengewalt aufgebaut. Amerika, Großbritannien, Holland, Russland, China. In der Regel werden die Täter nicht zur Verantwortung gezogen. Straflosigkeit regiert beinahe überall. Wir leben im Zeitalter der Straflosigkeit.

Warum haben sie keinen Film über die Opfer gemacht?

Weil wir den Tätern viel näher sind, als wir es uns vorstellen möchten. Sicher sind die Geschichten der

Überlebenden sehr wichtig. In meinem nächsten Film dokumentiere ich den Kampf einer Familie, die versucht, die Straflosigkeit für den Mörder ihres Sohnes anzufechten. Aber bisherige Dokumentationen haben auch deshalb so sehr auf die Opfer fokussiert, weil sie uns zeigen sollten, dass wir wie die Überlebenden sind, dass unsere moralische und politische Haltung den Opfern nahe ist.

Aber ich schreibe täglich auf einem Computer, der in einer Fabrik hergestellt wurde, wo die Arbeiter so schlechte Lebensbedingungen haben, dass es an den

Balkonen ihrer Wohnheime Netze gibt, die sie vor dem Sprung aus Verzweiflung bewahren sollen. Und ihre Bedingungen sind so schlecht, weil es natürlich Leute wie Anwar und seine Freunde gibt, die ihnen Gewalt androhen, sollten sie für eine Verbesserung ihrer Lage kämpfen. Wir sind alle auf irgendeine Weise Gäste eines kannibalischen Festgelages. Wir sind nicht so nah am Ort des Schlachtens wie Anwar, aber wir sitzen mit am Tisch. Und wir wissen das und wir fühlen uns schlecht deswegen, aber wir funktionieren weiter, leben, kaufen ein, konsumieren. Sind wir damit nicht den Tätern viel näher als wir glauben?

Sind wir damit nicht den Tätern viel näher als wir glauben?

Es ist Teil unseres Menschseins, heutzutage, im frühen 21. Jahrhundert. Es fühlt sich leer, einsam, entfremdend an. Ich denke, der Film erlaubt uns, Anwars Menschlichkeit als Täter und unsere eigene Menschlichkeit als Täter zu sehen. Die intensiven Gefühle, die Zuschauer haben, wenn sie aus diesem Film kommen, die Leere, die Trauer, die Einsamkeit, die Angst... Diese Gefühle kommen, weil sie etwas Ehrliches in diesem Film entdecken, etwas, dass dieses Fremdsein, diese Hilflosigkeit und diese Leere charakterisiert, dass wir alle Teil eines Systems von Gewalt und Zerstörung sind.

Zahlreiche Szenen im Film, wie die vor einem Gebäude in Form eines riesigen goldenen Fisches, sind äußerst surreal. Eine Reminiszenz an einen bestimmten Hollywood-Film?

Viele der Szenen sind inspiriert von den Hollywood-Musicals, die Anwar und seine Freunde so sehr lieben, so auch die Fisch-Szenen. Anwar liebt diesen Ort, ein ehemaliges Seafood-Restaurant, das während der Asienkrise geschlossen wurde und danach von Anwohnern geplündert wurde. Es ist ein trauriger Ort, ein Menschen gemachtes Objekt, das da steht als stummer, unbeweglicher Zeuge fortgesetzter menschlicher Torheit. Anwar wollte eine Musik-Nummer in dem Fisch aufnehmen, die seine Enttäuschung darüber ausdrücken sollte, dass er es nie in höhere politische Ebenen geschafft hatte, dass er für die Morde nie in der

gleichen Art belohnt wurde wie viele seiner einflussreichen Freunde. Wir haben diese Szene später nicht für den Film benutzt, aber ich mochte einige der Aufnahmen sehr. Sie hatten eine poetische, emotionale Wahrheit und etwas Surreales. Sie erinnern uns daran, dass das Surreale auch real ist, sogar mehr als real.

Äußerst surreal mutet auch die Schlusszene an, in der Anwar vor dem Wasserfall Vergebung von seinen Opfern erfährt.

wenn wir töten. Etwas in mir und in dir stirbt, ist verloren, verlassen, einsam, weil wir in einem System leben, das auf dem Leid anderer aufgebaut ist.

Ist der Film in Indonesien bereits angelaufen?

Der Film wurde in Indonesien inzwischen in zahlreichen Städten auf Initiativen von zivilgesellschaftlichen Gruppen gezeigt, die zum Teil hunderte Besucher hatten. Für öffentliche und kommerzielle Vorführungen hätten wir den Film bei der Zensurbehörde einreichen



Diese Szene mit der Medaille war Anwars Idee zum Thema »Zukunft«. Ich finde es tragisch, dass er sich entschieden hat, seine Szene über die Zukunft ins Jenseits zu verlagern. Diese Entscheidung hat mir gezeigt, dass er in diesem Leben keine Zukunft hat. Am Ende des Films sieht man Anwar als gebrochenen, geisterhaften Menschen. Er ist der Gerechtigkeit entkommen, aber nicht der Strafe. Und so ist seine Vision der Zukunft eine verzweifelte Illusion, wie das Jenseits aussehen könnte, erfüllt mit Engeln und Geistern, die ihm für ihre Ermordung danken. Ich wäre lieber tot, als wie Anwar zu leben, glaube ich. Am Ende des Films, nachdem er sich beinahe übergibt an dem Ort, an dem er hunderte Menschen umgebracht hat, zögert er sehr lange, bevor er geht. Es ist mitten in der Nacht. Und er kann sich nicht einmal dazu aufraffen, diesen furchtbaren Ort zu verlassen. Für mich ist die Tragik Anwars hier so präsent wie nirgends sonst. Wir sehen dass Anwar – und die anderen – nicht nur gequält sind. Etwas in ihnen ist gestorben. Etwas in jedem von uns stirbt,

müssen. Wenn diese den Film verboten hätte, was sehr wahrscheinlich ist, hätte das auch die derzeit überall statt findenden Vorführungen, z.B. von Film-Clubs, Studentengruppen oder Menschenrechtsorganisationen gefährdet. Eine Illegalisierung des Films hätte auch den Behörden eine Entschuldigung geliefert, jene nicht zu beschützen, die ggf. wegen einer Vorführung von der *Pemuda Pancasila* tätlich angegriffen werden. Wir werden weiter so viele DVDs verteilen, wie wir können und Indonesier ermutigen, Kopien zu machen. Das Urheberrecht an der indonesischen Version gehört allen Indonesiern. ♦

Anett Keller berichtet als freie Journalistin aus Indonesien und ist erreichbar unter anettkeller@gmail.com.

Das Ormas-Gesetz:

In Widerspruch zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit

von Ronald Rofiandi

Ende Juli unterzeichnete der Präsident die Modifizierung des *Ormas*-Gesetzes. Es stellt eine juristische Kontinuität aus der Neuen Ordnung (*Orde Baru*) dar. Eine Erneuerung führt hinsichtlich des realen Problems gewaltbereiter Organisationen zu keiner Lösung, sondern verursacht neue Konflikte durch die Verkomplizierung bestehender Verfahrensweisen, der intensiven Kontrolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und auch ihrer möglichen Kriminalisierung.

Hintergrund

Die ab 1998 eingeleitete »*Reformasi*« markierte einen Richtungswechsel in der indonesischen Gesellschaft, der sich durch die zunehmende Freiheit auf individueller und kollektiver Ebene auszeichnet. Konkret äußert sich dies durch die rechtliche Garantie auf freie Meinungsäußerung, der Versammlungsfreiheit und dem Recht sich zu organisieren.

Die vorherigen Jahre können hinsichtlich der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Indonesien als ein dunkles Kapitel bezeichnet werden. Während der *Orde Baru* wurde beispielsweise ein fünfteiliges Gesetzespaket verabschiedet, das unter dem Namen »Lima Paket UU Politik« bekannt ist. Ziel dieses Gesetzespakets war die Bewahrung des politischen Monopols beim Regime der *Orde Baru*. Dem Paket angehörig war auch das *Ormas*-Gesetz (Gesetz Nr. 8/1985) – *Ormas (Organisasi Masyarakat)*, diente als Oberbegriff für zivilgesellschaftliche Organisationen, der unter Suharto benutzt wurde, um eine Einförmigkeit von politischen Bewegungen und Haltungen zu erzielen.¹ Durch das Gesetz erlangte die Regierung absolute Kontrolle über die intermediäre Organisationslandschaft.

Das Gesetz Nr. 8/1985 zu *Ormas*, sowie das gesamte fünfteilige Gesetzespaket besitzen noch heute Rechtsgültigkeit, auch wenn sie mittlerweile modifiziert wurden. In der Praxis fand das *Ormas*-Gesetz ab 1998 jedoch keine Anwendung mehr, sodass seine weitere Existenz Gegenstand einer politischen Debatte wurde. Im Zuge dessen beschlossen Parlament und Regierung

in Indonesien eine Änderung des Gesetzes in das legislative Aufgabenprogramm der Legislaturperiode von 2005–2009 aufzunehmen. Trotz dieser Zielsetzung gab es während des genannten Zeitraumes jedoch keine einzige Plenarsitzung zu diesem Gegenstand.

In dem legislativen Aufgabenprogramm der Wahlperiode von 2010–2014 gab es einen erneuten Anlauf zur Änderung des *Ormas*-Gesetzes. Dazu wurde ein Entwurf verfasst, der bereits im Parlament zur Diskussion stand. Angestoßen wurde dieser erneute Versuch durch die zunehmende Gewalt einiger zivilgesellschaftlicher Organisationen. Um der Tendenz zur Gewalt von dieser vereinzelt zivilgesellschaftlichen Organisationen Herr zu werden, sah das Parlament es als notwendig an, eine Änderung des *Ormas*-Gesetzes vorzunehmen. Das Gesetz besaß Priorität im legislativen Aufgabenprogramm für 2011 und wurde durch die Plenumsitzung am 21. Juli 2011 vom Parlament offiziell vorge schlagen.

Eine problematische Definition

Die Diskussion über die Änderung des Gesetzes dauerte zwei Jahre an. Vom Juli 2011 bis zum Oktober 2012 handelte die Debatte von der Definition und dem zukünftigen Handlungsspielraum der *Ormas*. Ein besonderer Fokus lag auf ausländischen Organisationen. Verschiedene öffentliche Anhörungen zu dem Thema fanden in Medan, Yogyakarta und Makassar im März 2012 statt. Sie scheiterten jedoch in ihrer Funktion dem Son-

derausschuss, ein stichhaltiges Konzept über die Notwendigkeit und die Definition von *Ormas* vorzulegen.

Es ist erstaunlich, was letztendlich das Ergebnis dieser langanhaltenden Debatte war und als Zwischenergebnis der Regierung vorgelegt wurde. Denn die Definition von *Ormas* war äußerst breit. So umfasste sie alle möglichen Organisationen: vom Berufsverband über die Freizeitorganisation (beispielsweise Fußball-Fanclubs) hin zu Stiftungen, Vereinen und anderen Formen von mitgliederbasierten Organisationen. Mit der Einführung dieses Gesetzes würde jede dieser Organisationen verpflichtet sein, sich anzumelden und stünde darüber hinaus unter Beobachtung der Regierung. Hier wird offensichtlich, wie eine unklare Definition zu einer Verkomplizierung bestehender Verfahrensweisen führt.

Das vorerst letzte Ergebnis über die Definition (Art. 1), die Merkmale (Art. 4), den Tätigkeitsbereich (Art. 7), die Gründung (Art. 9) und die Form (Art. 10) findet sich im Entwurf vom 15. März 2013 wieder. So gelten Gebetsgemeinden, Fanclubs, selbst lose Zusammenschlüsse ethnischer Gruppierungen, die ihre gemeinsame Identität ab und an zelebrieren, sowie Berufsverbände von Journalisten oder Buchhaltern unter anderem als *Ormas*. Zu erwähnen ist, dass es im Artikel 61 (6) heißt zivilgesellschaftliche Organisationen seien illegal, wenn sie keine Anmeldung aufweisen können und keinen Status als rechtliche Körperschaft aufweisen. Dies bedeutet im Rückschluss, dass Organisationen jeder Art durch dieses Gesetz geregelt werden müssen.

Die Kategorisierung »*Ormas*« existierte im indonesischen Rechtssystem eigentlich nicht. Dieser Begriff wurde geschaffen, um eine Kontrollpolitik des Regimes der *Neuen Ordnung* zu begünstigen, indem die Dynamik zivilgesellschaftlicher Organisationen durch die sogenannte Politik der »Einförmigkeit« geschwächt wurde. Konkret äußerte sich das dadurch, dass Organisationen keinen Status als Rechtskörperschaft erlangten, sondern nur eine Anmeldebestätigung von der Behörde für Nationale Einheit und Politik des Innenministeriums ausgehändigt bekamen.

Nichtexistente Dringlichkeit

Die eigentliche Intention, die Schaffung einer rechtlichen Grundlage für die Einschränkung gewaltbereiter Organisationen, sollte nicht in der Abänderung des bestehenden *Ormas*-Gesetzes münden. Denn eigentlich werden kollektive Gewaltverbrechen bereits im indonesischen Strafgesetzbuch geregelt. Das Strafgesetzbuch ist mehr als ausreichend, um den Haupttätern, Mittätern, Drahtziehern oder denjenigen, die öffentlich Hass gegenüber einer Gruppe von Menschen predigen, dem Gesetz zuzuführen. Für den Fall, dass die Straftäter einer Organisation angehören und die Tat in diesem Kontext begehen, werden sowohl der direkte Täter als auch die Verantwortlichen der Organisation bestraft.

Die Forderung, dass die Verwaltung einer zivilgesellschaftlichen Organisation transparent und verantwortlich sein soll, wozu die Erneuerung des *Ormas*-Gesetzes vermeintlich auch fungiert, muss ebenfalls entkräftet werden. Denn eigentlich kann das Gesetz Nr. 16/2001 über Stiftungen (*Yayasan*) hierfür herangezogen werden (novelliert durch Gesetz Nr. 28/2004). Das Argument nach dem die Einführung des *Ormas*-Gesetzes die zivilgesellschaftlichen Organisationen an Prinzipien der Transparenz und Verantwortlichkeit bindet, greift also nicht, da dies bereits im Gesetz über die *Yayasan* geregelt ist. Zusätzlich verpflichtet auch das Informationsfreiheitsgesetz (Nr.16/2008) Nichtregierungsorganisationen dazu, Informationen über Grundlage, Ziel, Programm, Finanzquellen und den Finanzbericht zu veröffentlichen.

Konkret verpflichten Artikel 48 bis 52 im Gesetz über die *Yayasan* jede Stiftung zur Veröffentlichung ihrer Aktivitäten und ihres Finanzberichts auf ihrem »schwarzen Brett« und in der Organisationszeitung. Das Vermögen der Stiftung soll zudem von einem externen Buchprüfer begutachtet werden (Artikel 52 (3)). Weiterhin besagen Artikel 53–56, dass eine Stiftung aufgrund verschiedener Delikte rechtlich belangt werden kann. Die Ermittlungen können nur durch einen Gerichtsbeschluss oder die Intervention der Staatsanwaltschaft eingeleitet werden. Dieses Verfahren ist nötig, um vor allem die Einmischung der Politik zu verhindern.

Vergleichen wir dies mit der aktuellen Änderung zum *Ormas*-Gesetz. Es existiert ein Artikel über das Verbot einer Organisation, das mit dem Euphemismus »vorübergehende Kündigung«⁴ ausgedrückt wird. Damit existiert die potentielle Gefahr, dass die Regierung diesen Artikel missbraucht, indem sie eine einseitige Maßnahmen gegen eine zivilgesellschaftliche Organisation erlässt ohne gültige Untersuchung und Überprüfung von der Justizbehörde. Es eröffnet aber auch die Möglichkeit, dass eine solche Maßnahme nach dem *Ormas*-Gesetz dem Gesetz über die *Yayasan* widerspricht.

Keine stichfeste Argumentation

Weitere Regelungen, die der Entwurf zum *Ormas*-Gesetz vorsieht, schaffen noch mehr rechtliche Unklarheiten. So klammert Artikel 4 des Entwurfs Flügelorganisationen politischer Parteien aus, sodass der Eindruck erweckt wird, dass die Änderung des Gesetzes bloß der Interessensicherung politischer Parteien diene.

Das *Ormas*-Gesetz – als Teil des »*Lima Paket UU Politik*« – müsste auch Flügelorganisationen von politischen Parteien umfassen. Denn Regelungen bezüglich parteinaher Flügelorganisation existieren nur marginal. Die einzige Aussage dazu befindet sich im Artikel 12(j) des Gesetzes über politische Parteien. Es lautet: »Eine politische Partei hat das Recht auf Gründung und Unterhaltung von Flügelorganisationen«. Der Sonderaus-

schuss zum *Ormas*-Gesetz begründete den Ausschluss von Flügelorganisationen politischer Parteien mit dem Verweis auf eben dieses Gesetz.

Hier liegt also keine stringente Argumentation seitens des Sonderausschusses vor, da Regelungen zu Stiftungen (*Yayasan*) und Vereinen (*Perkumpulan*) ebenfalls in einem separaten Gesetz zu finden sind, diese Organisationen jedoch nicht aus dem Gesetz über die *Ormas* ausgeschlossen werden.

Am 14.2.2013 veröffentlichte die indonesische Menschenrechtskommission (*Komnas HAM*) einen Bericht zur menschenrechtlichen Lage in Indonesien. In der Zusammenfassung wird festgehalten, dass der Gesetzentwurf zwar »einen kleinen Fortschritt« darstelle, jedoch daran scheitert eine grundlegende Änderung der sehr breiten Definition zu schaffen. Hier kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Begründung zu der Gesetzesänderung nicht greift. Die *Komnas HAM* empfiehlt, die Regelung bezüglich des Inhaltes und nicht hinsichtlich der Form der Organisation zu formulieren. Dieser Schritt sei wichtig, um mitgliederbasierte Organisationen (Verein/*Perkumpulan*) von nicht-mitgliederbasierten Organisationen (Stiftung/*Yayasan*) zu unterscheiden.

Das Gefahrenpotential des *Ormas*-Gesetzes

Ein potentieller Gefahrenherd des Gesetzes existiert beispielsweise im Kontext der *Lembaga Amil Zakat* (LAZ) – Organisationen, die von Muslimen zum Zweck des Almosen- und Spendensammelns gegründet werden. Das Gesetz, das diese Organisationen regelt – Gesetz Nr. 23/2011 Artikel 18 (2b) zur Verwaltung der Almosen – beherbergt im Zusammenhang mit dem *Ormas*-Gesetz die Gefahr, dass diese nun verboten werden können.

Denn das Gesetz zur Verwaltung der Almosen sieht vor, dass die Genehmigung zur Gründung von LAZs erst zu erteilen ist, wenn die Organisation als *Ormas* charakterisiert werden kann und den Status einer rechtlichen Körperschaft aufweist. Der Gesetzentwurf zu *Ormas*, Artikel 11, kategorisierte jedoch nur Stiftungen und Vereine als rechtliche Körperschaft.

Demnach steht den Organisationen zum Almosensammeln, den LAZs, nur eine Option offen. Sie nehmen die rechtliche Form einer Stiftung oder eines Vereins an. Dies hat zur Folge, dass diese Organisationen unter der Kontrolle der Abteilung für Einheit der Nation und Politik des Innenministeriums stehen. Wenn die LAZs dies nicht wahrnehmen sollten, dann besitzen sie keinen rechtlichen Status, sodass sie nicht mehr in der Lage sind ihrer karitativen Aufgabe nachzugehen und potentiell auch verboten werden können.

Ein anderes latentes Problem ist das Verbot bestimmter Ideologien, wie in der Begründung zu Artikel 61(4) des Gesetzentwurfs zu lesen war: »Verboten ist der Glaube, die Förderung oder Verbreitung von Lehren

oder Ideologien, die sich gegen die *Pancasila* richten (gemeint sind unter anderem Kommunismus, Marxismus, Leninismus, Kapitalismus und Liberalismus).« Wegen dieses unlogischen Vorstoßes gab es in verschiedenen öffentlichen Diskussionen, die auch auf den Plattformen sozialer Netzwerke ausgetragen wurden, nur Spott. Letztlich wurde diese Klausel gestrichen.

Fazit

Das *Ormas*-Gesetz wird zu einem Mehr an Bürokratie führen. Die Anmeldepflicht und die komplizierten Mechanismen können nicht anders als das Versammlungsrecht schädigen, welches eigentlich durch die Verfassung als grundlegendes Recht garantiert wird.

Das *Ormas*-Gesetz ist offensichtlich verfehlt und irreführend und sollte daher nicht geändert, sondern annulliert werden. Im indonesischen Rechtssystem gibt es zwei rechtliche Rahmen für zivilgesellschaftliche Organisationen. Für nicht-mitgliederbasierte Organisationen gibt es das Gesetz über die *Yayasan*. Für mitgliederbasierte Organisationen existiert noch kein Gesetz, doch es gibt bereits eine Regelung im Staatblad (Stb) 1870-64, die den Status einer rechtlichen Körperschaft von Vereinen im Fokus hat (*Rechtspersoonlijkheid van Verenigingen*).

Wenn die Regierung die zivilgesellschaftlichen Organisationen regeln möchte, sollte sie diese in dem richtigen rechtlichen Rahmen tun. LSM (*Lembaga Swadaya Masyarakat*), Ornop/NGO (*Organisasi Non Pemerintah/Non Government Organization*), OMS/CSO (*Organisasi Masyarakat Sipil/Civil Society Organization*) und weitere Begriffe sind bloß praxisorientierte Begriffe. In der rechtlichen Terminologie gibt es nur zwei Begriffe dafür: *Yayasan* (Stiftung) oder *Perkumpulan* (Verein). ♦

¹ Die anderen vier Gesetze sind:

- Gesetz Nr.1/1985 zur Änderung des Gesetzes Nr.15/1969 über die Wahl der Abgeordneten (Änderung des Gesetzes Nr.4/1975 und Nr.2/1980)
- Gesetz Nr. 2/1985 zur Änderung des Gesetzes Nr.16/1969 über die Anordnung und Position der MPR, DPR und DPRD (Änderung des Gesetzes Nr.5/1975)
- Gesetz Nr.3/1985 zur Änderung des Gesetzes Nr.3/1975 über die politischen Parteien und *Golongan Karya*
- Gesetz Nr.5/1985 über das Referendum

Ronald Rofiandi arbeitet beim Studienzentrum für Gesetz und Politik (PSHK) in Indonesien als Direktor für Monitoring, Advocacyarbeit und Vernetzung. Er ist erreichbar unter der e-mail: ronald.rofiandri@pshk.or.id. Übersetzung aus dem Indonesischen von Basilisa Dengen.

HIV/AIDS-Aufklärungsarbeit im Hochland von Papua:

Ein Tropfen auf den heißen Stein

von Carole Reckinger & Antoine Lemaire

Der Weg, der zum Haus von Tarius* (23) führt, ist noch aufgeweicht vom starken Regen der letzten Nacht. Auf dem Hof, der sich hinter kleinen Geschäften im Zentrum von Wamena befindet, sammeln sich Familienangehörige zur Vorbereitung einer *bakar batu*, einem traditionellen Festmahl, zum Anlass der Beerdigung eines Cousins. Die Hühner sind dafür bereits geschlachtet und die Süßkartoffeln schon gewaschen. Die Dunkelheit, die das kleine Wäldchen und die Wellblechhütte umhüllt, wird einzig durch das Licht unterbrochen, das aus einem Loch in der Wand über der Feuerstelle scheint. In einer Ecke liegt Tarius auf einer Matratze. Er ist abgemagert und aus seinen tiefen Augenhöhlen starrt er in die Leere. Von Zeit zu Zeit entfährt seiner Brust ein polterndes Husten. Zwischen zwei dieser Hustenanfälle teilt er uns mit, dass er seit Tagen nicht imstande war zu essen.

Wir begleiten Freddi*, der im Rahmen einer lokalen NGO in Wamena HIV/AIDS Aufklärungsarbeit leistet, bei einem seiner zahlreichen Hausbesuche. Tarius' Vater traf Freddi das erste Mal auf dem Markt, während dieser die Menge über sexuell übertragbare Krankheiten (SÜKs) unterrichtete – visualisiert durch die Graphiken hinter ihm – und speziell über eine Krankheit, die Menschen aufs äußerste schwächt. Zunächst betrachtete er das ganze argwöhnisch, doch nachdem Freddi die verschiedenen Symptome dieser Krankheit namens HIV/AIDS beschrieb, bemerkte er die Parallelen zum Zustand seines Sohnes. In dem Moment beschloss er, Freddi aufzusuchen und ihn um Hilfe zu bitten.

Rasch erkannte Freddi Tarius Leiden und drängte den Vater, trotz der bevorstehenden Beerdigungsfeier des Cousins, zur unverzüglichen Behandlung des jungen Mannes im Krankenhaus. »Dies ist ein verbreitetes Szenario«, konstatiert er und erklärt den kulturellen Hin-



Blutprobe zum Aids-Test

Foto: Carole Reckinger

tergrund, dass medizinische Versorgung erst in Betracht kommt, wenn der Betroffene weder imstande ist zu gehen noch zu arbeiten. HIV/AIDS ist noch eine relativ junge Erscheinung in der Region und die hiesige Bevölkerung ist noch weitgehend unwissend über die Formen der Übertragung und hinsichtlich der Konsequenzen.

In den zwei papuanischen Provinzen manifestiert sich die stets wachsende Infektionsrate in Indonesien am deutlichsten. Die HIV Inzidenzrate, i.e. die Zahl neuer Infektionen pro Jahr, stieg in Indonesien zwischen 2001 und 2011 um rund 25%. UNAIDS gibt an, dass im gesamten Land 380.000¹ registrierte HIV-Erkrankte leben, wobei in Papua und Westpapua die höchste Verbreitungsrate festzustellen ist. Mit über 13.000 Menschen, die in beiden Provinzen positiv auf den HI-Virus getestet wurden², besitzt Papua eine Verbreitungsrate von ca. 3,5%³, was dem zehnfachen des nationalen Durchschnitts entspricht. Im Jahr 2006 prognostizierte *AusAid*, dass im Jahr 2025 rund 3,61% der

papuanischen Bevölkerung HIV positiv sein würde.⁴ Tatsächlich wurde dieser Wert bereits über zehn Jahre früher als angenommen erreicht.

Es wird mittlerweile davon ausgegangen, dass Papua die am schnellsten wachsende HIV-Übertragungsrates in ganz Asien aufweist.

Ein verspäteter Beginn

Freddis Alltag besteht aus dem Besuch von HIV/AIDS Erkrankten und der Begleitung von Menschen zu entsprechenden Untersuchungseinrichtungen. Während wir im Krankenhaus auf die Untersuchungsergebnisse von Tarius warten, eröffnet uns Freddi, dass er ebenfalls positiv auf HIV getestet wurde. Er vermutet seine Ansteckung mit dem Virus im Jahr 2000. Als sich die Krankheit bemerkbar machte, erfuhr er die Unterstützung seiner Familie, die ihn ins Krankenhaus brachte und sich um seine Behandlung kümmerte. Doch das Krankenhaus in Wamena führte noch keine HIV Tests durch, sodass lediglich die Symptome behandelt wurden. In Wamena begann die freiwillige HIV-Beratung und Testung (VCT) erst im Jahr 2007 auf die Initiative eines kirchlichen Krankenhauses, der Kalvari Klinik. Dies veranlasste in der Folge auch die öffentlichen Kliniken und das Krankenhaus zum Angebot dieser Leistung. Im ersten Jahr zählte die Klinik Kalvari 21 von ihr durchgeführte positive HIV-Tests. Diese Zahl stieg auf 196 im Jahr 2012. Die neueste Statistik vom September 2012, welche die gesamte Jayawijaya Region (mit einer Population von rund 200.000 Menschen) abdeckt, belegt, dass 2504 Menschen⁵ positiv auf diese Krankheit getestet wurden. Nach der Einschätzung von Freddi überstiegen die Fälle im Februar 2013 die Marke von 2700. Freilich ist dies nur die Spitze des Eisberges. Die Dunkelziffer, die Zahl der Träger des HI-Virus, die sich ihrem Zustand noch nicht bewusst sind, kann nur geschätzt werden. Lokale NGOs rechnen mit mindestens 6000 nicht erfassten Fällen in Jayawijaya und Umgebung.

Stigma und Verschwörungstheorien

Mangels einer zutreffenden Diagnose, verschlechterte sich der Zustand von Freddi, sodass er mit der Zeit immer schwächer wurde. Da es zunächst so schien, als ob die westliche Medizin nicht anschlagen würde, setzte Freddis Familie ihre Hoffnung auf traditionelle Be-

handlungsmethoden. Dies schloss Wahrsagen mit ein, um Kenntnis über die Ursache von Freddis Leiden zu erlangen und äußerte sich konkret dadurch, dass Freddis Familie ein Schwein tötete und dessen Gedärme nach möglichen Hinweisen obduzierte. Auf dieser Grundlage erhielt Freddi eine entsprechende Kräuterbehandlung. Nachdem sich Freddis Zustand nicht verbesserte, wurden weitere Schweine in der Hoffnung auf neue Erkenntnisse getötet, sodass sich Freddis Familie in ungeheure Unkosten stürzte. Möglicherweise nährte Freddis Zustand den Argwohn von Teilen seiner Familie und Gemeinschaft, sodass sich einige dafür ausspra-



Aids-Aufklärungsarbeit in der Schule

Foto: Carole Reckinger

chen ihn lebendig zu verbrennen. Da Freddi von vergangenen Taten dieser Art wusste und sich dementsprechend auch selber in Gefahr wähnte, flüchtete er aus seinem Dorf in die Provinzhauptstadt Jayapura. Nachdem er das dortige Krankenhaus aufsuchte, erhielt er schlussendlich die Diagnose einer positiven HIV-Infektion.

Auch wenn die Verbrennung von Menschen bei lebendigem Leib heutzutage keine Gefahr mehr darstellt, existiert noch immer eine starke Stigmatisierung der Betroffenen. So behaupten manche Geistliche während der Messe, dass AIDS eine Strafe Gottes sei, die nur die Sündigen treffe. Kirchen tun sich nur schwer damit, adäquat auf dieses Problem zu reagieren. Dementsprechend stellt die Suche nach einem Geistlichen, der einen durch AIDS verstorbenen Menschen beerdigt, noch stets ein Problem dar. Ein junger NGO Aktivist, der selber Theologie studierte, berichtete uns, dass er schon öfter mehrere Tage mit der Suche nach Priestern für die Beerdigung eines ehemaligen HIV Patienten zu brachte und nicht selten eine Abfuhr erfuhr. Es ist die reale Angst einer Stigmatisierung durch die Gemeinschaft, die viele davon abhält das eigene Leiden zu

kommunizieren und sich auf diese Krankheit testen zu lassen. Aber eine Untersuchung auf den HI-Virus kann nur der erste Schritt sein und ist keine Garantie für weiterreichende Maßnahmen. So verweigern viele Betroffene trotz erhaltener Diagnose die Einnahme der Medizin. Manche entscheiden sich bewusst für eine Behandlung mit traditionellen Heilmitteln, wie mit der *buah merah*, der Frucht des *Panadanusbaumes*, und der Vollziehung von traditionellen Ritualen, um der Krankheit Herr zu werden.



Aids-Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung

Foto: Carole Reckinger

Die unzureichende Kenntnis über die Formen der Krankheitsübertragung führte im Zusammenhang mit den politischen Konflikten und dem daraus resultierenden Klima des Misstrauens und der Angst zu vielen Missverständnissen und Verschwörungstheorien. Die falsche Auffassung, dass HIV mit dem Zweck der Dezimierung der indigenen Bevölkerung eingeführt wurde, ist weit verbreitet. Nach einem gängigen Irrglaube unter den im Hochland lebenden Papuas ist das in Restaurants (die meistens von Nicht-Papuas geführt werden) servierte Hühnchen mit HIV infiziert, um diese damit anzustecken. Diese Verdächtigung wurde uns sogar von gebildeten, hoch respektierten Mitgliedern des Traditionsrats der Papua (DAP) näher gebracht. Diese Fehleinschätzungen haben direkten Einfluss auf das Leben und das Wohl von HIV/AIDS Erkrankten.

Die Verbreitungsrate unter ethnischen Papuas ist im Vergleich zu indonesischen Zugezogenen fast doppelt so hoch.⁶ Im Gegensatz zum Rest von Indonesien, wo sich die Epidemie zumeist auf Risikogruppen konzentriert, wie Abhängigen von zu injizierenden Drogen und SexarbeiterInnen, vollzieht sich die Übertragung in Papua fast nur über heterosexuelle Verbindungen (97,1%)⁷ und ist somit nicht in den herkömmlichen Risikogruppen verbreitet. Die rasche Verbreitung der Krankheit wird bedingt durch sexuelle Beziehungen

mit mehreren Partnern, insbesondere bei jungen Menschen, einem höchst mobilen männlichen Teil der Bevölkerung, einer hohen Rate von generationsübergreifenden sexuellen Beziehungen und Wissenslücken bezüglich sexueller Gesundheit sowie Fehlinformationen über das Virus. Als Freddi Absolventen der Oberschule nach den Formen der HIV-Übertragung während eines Sensibilisierungsworkshops befragte, war sich die Mehrheit der Schüler einig, dass die Krankheit über Moskitos übertragen werde. Gemein war ihnen außerdem die Unkenntnis darüber, dass noch keine Heilung für die Krankheit gefunden wurde. Erschreckend war zudem die weit verbreitete Annahme, dass HIV über das Küssen und Händeschütteln übertragen werden könne.

Nach der niederschmetternden Nachricht, dass er an einer unheilbaren Krankheit leidet, nahm Freddi die Behandlung mit antiretroviralen Medikamenten (ARV) sehr ernst. In Anbetracht des verheerenden Ausmaßes der Krankheit in seiner Gemeinschaft, schloss er sich einer lokalen NGO an und ließ sich kurz darauf für die Öffentlichkeitsarbeit diesbezüglich einspannen. »Es ist sehr wichtig viel Zeit mit Menschen zu verbringen, denen kurz zuvor ihr HIV-positiv-Status mitgeteilt wurde, um ihnen in der lokalen Sprache die Krankheit und die Behandlung mit den Medikamenten

zu erklären. Es ist ebenso wichtig mit der Familie zu sprechen, falls es Wunsch des Patienten ist« erklärt er. »Jedenfalls sind es noch zu viele, die die Krankheit vor ihrem Ehepartner, ihren Kindern und der Gemeinschaft geheim halten. Sie fürchten sich zu sehr vor dem Stigma, das darauf folgen könnte.«

Freddi sorgt sich über die steigende Zahl der Ansteckungen. Im Verbund mit seinen Kollegen versucht er die Bevölkerung Papuas durch den Besuch von Schulen und Jugendgruppen sowie durch Informationsstände auf lokalen Märkten aufzuklären. Angesichts der Ernsthaftigkeit der Lage, die von lokalen Autoritäten völlig unterschätzt wird, scheint Freddis Arbeit wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Die alltäglichen Besuche von Patienten können nur auf einer sehr individuellen Ebene helfen. Es braucht jedoch eine aufeinander abgestimmte, großflächige Reaktion der Regierung unter der Berücksichtigung von lokalen NGOs und Autoritäten. Bisher manifestierte sich die offizielle Reaktion auf die Krise in der Investition von großen Geldbeträgen in Programme, die kaum Kontroll- oder Voruntersuchungen beinhalteten. Die dürftigen Standards, wenn nicht sogar vom kompletten Fehlen der Gesundheitsfürsorge und Bildung in der Region zu sprechen ist, vereinfachten nicht nur die Verbreitung der Krankheit, sondern

verhindern darüber hinaus noch eine effektive Eindämmung der Epidemie. Viele Papuas können von dem Angebot der Provinzregierungen nicht profitieren, welche die Untersuchung und Behandlung von HIV kostenlos zur Verfügung stellen, da ihnen der Zugang zur Gesundheitsfürsorge und zu Bildung fehlt, sodass sie von Sensibilisierungskampagnen kaum erreicht werden. Trotzdem, und obwohl die Verbreitung der Krankheit scheinbar unaufhaltsam ist, wird Freddi genauso wie seine Kollegen die Arbeit in Wamena weiter führen, indem er seine alltäglichen Besuche bei Patienten macht. An jenem Tag verließ uns Freddi, um Tarius die schlechte Nachricht zu überbringen. ♦

* *Namen geändert*

1 <http://www.unaids.org/en/regionscountries/countries/indonesia>
 2 <http://www.thejakartaglobe.com/health/low-awareness-unsafe-sex-fuel-papuan-hiv-aids-rise-official/562275>
 3 Rechenvariablen: Volkszählung in Papua und West Papua 2010 (3.593.803), HIV Statistik 2012: 13.196 = 3,7%. Unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums seit 2010, errechneten wir 3,5%.

4 AusAID, February 2006, Impacts of HIV/AIDS 2005©C2025 in Papua New Guinea, Indonesia and East Timor, final report of HIV epidemiological modeling and impact study
 5 PapuaPos (14 November 2012), Semua Elemen di Jayawijaya Diminta Komit Menanggulangi HIV/AIDS, <http://www.papuapos.com/index.php/warta-daerah/kab-jayawijaya/item/242-semua-elemen-di-jayawijaya-diminta-komit-menanggulangi-hiv-aids>
 6 ASCI Research Report No. 12, September 2008: »AIDS, Security and Conflict Initiative. Indigenous welfare and HIV/AIDS risks: The impacts of government reform in the Papua region, Indonesia«, <http://asci.researchhub.src.org/working-papers/ASCI%20Paper%2012-Claire%20Smith.pdf>
 7 Tabloid Jubi (20 December 2012), HIV dan AIDS Provinsi Papua Per 30 September Capai 13.196 Kasus, <http://tabloidjubi.com/?p=7440>

Carole Reckinger arbeitete 2009/2010 in Papua und verfolgt intensiv die gesellschaftspolitische Situation in den beiden Provinzen. Antoine Lemaire ist ein belgischer Anthropologe, Lehrer und Fotograf. Spezialisiert auf Südostasien arbeitete er insbesondere über Erziehungs- und Menschenrechtsthemen in Thailand und Indonesien. Übersetzung aus dem Englischen von Melinda Sudibyo.



Wamena aus der Luft

Foto: Carole Reckinger

Mercedes-Fahrer brauchen keine Subventionen

von Alex Flor

Indonesiens Mittelklasse verstopft die Straßen mit immer mehr teuren Autos. Sie profitiert von einem der weltweit niedrigsten Benzinpreise. Doch Proteste gegen höhere Treibstoffpreise finden ihre Anhängerschaft vor allem in Kreisen der Minderbemittelten. Entscheidend für die Preisgestaltung sind nicht soziale, wirtschaftliche oder ökologische Kriterien, sondern Machtspiele innerhalb der politischen Elite.

Helft uns im Kampf gegen die weitere Verarmung des einfachen Volkes!« So oder ähnlich lautete eine Vielzahl von Appellen, die uns in den letzten Jahren von Partnern aus Indonesien erreichten. Anlass waren die jeweils aktuellen Pläne der Regierung, die Subventionierung von Treibstoff zu kürzen. Triebfeder dafür war das Interesse der Regierung, den Staatshaushalt zu entlasten. Ungeachtet der seit einigen Jahren rundum positiven Wirtschaftsdaten Indonesiens bleiben die Treibstoffsubventionen ein erheblicher Belastungsfaktor für den Staatshaushalt.

Regelmäßig saßen der Regierung internationale Finanzinstitutionen im Nacken, die pauschal auf Subventionskürzungen drängten. Für die aus Nationalisten, Islamisten und einigen wenigen linken Kräften Indonesiens zusammengesetzte große Koalition der globalisierungskritischen Gegner des Neoliberalismus oder – wie einige es nennen – des Neokolonialismus, war die Sache damit klar: »der Westen diktiert, und bei uns steigen die Preise!« Es sind dieselben Kräfte, die ihre Stimme auch dann erheben, wenn Indonesiens Staatshaushalt von Zins- und Tilgungszahlungen für (ausländische) Kredite belastet wird.

Verarmung auf Diktat des Westens?

Hinter dieser vordergründig von ideologisch geprägten Stereotypen bestimmten Diskussion findet sich ein durchaus ernst zu nehmendes Problem. Eine allgemeine Reduzierung der Treibstoffsubventionen wird zweifelsohne erhebliche Auswirkungen auf Fahrpreise und Gütertransportkosten mit sich bringen. Während Volkswirtschaftler und andere Akademiker ihr Augenmerk dabei häufig nur auf die Inflationsrate richten, lenken zivilgesellschaftliche Organisationen den Blick zurecht

darauf, was solche Maßnahmen speziell für die einfache Bevölkerung bedeuten würden. Millionen von Menschen in Indonesien fristen ihr Leben unterhalb der absoluten Armutsgrenze. Bei einem Einkommen von ungerechnet ein bis zwei Dollar pro Tag wird jede zusätzlich auszugebende Rupiah zu einer schier untragbaren Belastung.

Dennoch sind die Einwände der indonesischen Globalisierungskritiker in Deutschland kaum vermittelbar. Die Absicht, den Benzinpreis von derzeit 4.500 Rupiah pro Liter (ca. 35 €-Cent) anzuheben, wird deutsche Autofahrer, die derzeit mehr als 1,50 € pro Liter bezahlen, gewiss nicht zu solidarischen Proteststürmen bewegen. Und auch in Kreisen von SympathisantInnen der deutschen Soli- und Umweltbewegung fällt es schwer, Leute zu finden, die sich darüber aufregen würden. Schließlich halten Teile dieser Bewegung selbst den derzeitigen Benzinpreis in Deutschland noch immer für zu billig.

In Deutschland entfallen mehr als die Hälfte des Benzinpreises (56,7%) auf Mineralöl-, Öko- und Mehrwertsteuer (für Diesel 48,9%). Von Subvention keine Spur. Im Gegenteil verstehen insbesondere viele Umweltbewegte die auf Benzin erhobene Steuer als eine Lenkungssteuer: je höher der Preis, desto eher werden sich Autofahrer auf öffentliche Verkehrsmittel umorientieren und damit einen Beitrag zu Klimaschutz, der Einsparung von Ressourcen und der Reduzierung des Flächenverbrauchs leisten.

Müssen Autobesitzer subventioniert werden?

In Indonesien wird der Benzinpreis nicht besteuert, sondern sogar vom Staat subventioniert. Dabei kommen schätzungsweise 77% der Subventionen der oberen Mittelklasse zugute. Innerhalb von nur fünf Jahren hat

sich die Zahl der Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen von 603.770 in 2008 auf geschätzte 1.300.000 in 2013 mehr als verdoppelt (<http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/maerkte,did=756498.html>). An diesem Boom verdienen nicht zuletzt deutsche Hersteller von Nobelmarken wie *Daimler* und *BMW* bestens. Die Verkaufserfolge seien diesen Unternehmen gegönnt. Aber warum sollten Leute, die sich die Anschaf-



Zu teures Benzin?

fung eines Fahrzeugs dieser Preisklasse leisten können, zusätzlich in den Genuss von staatlich subventioniertem Benzin oder Diesel kommen?

Indonesiens Hauptstadt Jakarta, aber auch andere Großstädte wie beispielsweise Bandung, ersticken längst am chronischen Verkehrsstau. Es scheint mittlerweile normal, bis zu fünf oder sechs Stunden täglich auf dem Weg zur Arbeit und zurück zu verbringen. Es entzieht sich dem Verständnis des Autors, der in Deutschland selber ab und zu gerne mal aufs Gaspedal tritt, welcher Spaß damit verbunden sein könnte, fünf bis sechs Stunden innerstädtischen Staus in einem schnellen Sportwagen zurückzulegen. Aber dieser Gedanke führt vom Thema ab.

Fauzi Bowo, ehemaliger Gouverneur der Hauptstadtprovinz Jakarta, versuchte den Dauerstau im Kampf um seine Wiederwahl gar als eine positive Errungenschaft darzustellen: schließlich zeuge die zunehmend große Anzahl von Autos doch für den wachsenden Wohlstand in der Gesellschaft. Verdientermaßen verlor er die Wahl.

Der Gedanke einer Lenkungssteuer bleibt auf der Strecke, wenn es keine ansprechenden Alternativen zur Verwendung des individuellen Fortbewegungsmittels auf zwei oder vier Rädern gibt. Fauzi Bowo, ein in Deutschland ausgebildeter Technokrat, verstand es immerhin ein auf speziellen Busspuren am Stau vorbeifahrendes, preiswertes Schnellbussystem ins Leben zu rufen. Ein richtiger Anfang, aber noch immer viel zu

wenig, um die chronischen Verkehrsprobleme der Megacity Jakarta auch nur annähernd zu lösen. Die Stadt samt ihrer Umgebung zählt schätzungsweise 25 Mio. Einwohner – mehr als die Einwohner der benachbarten pazifischen Supermacht Australien und mehr als die gesamte Einwohnerzahl der Alpenstaaten Schweiz, Österreich, Liechtenstein und Slowenien zusammen.

Wie viele Städte in der Schweiz und Österreich verfügen über eine U-Bahn oder andere leistungsfähige Transportsysteme? In Jakarta bleibt das erst vor einigen Jahren eingeführte rudimentäre Schnellbussystem das bislang einzige halbwegs leistungsfähige Transportmittel. Es gibt keine Straßenbahn, keine U-Bahn und keine S-Bahn. Die Gesamtlänge aller Fahrradwege dürfte unter einem Kilometer liegen. Diese wenigen Strecken sind meist von Straßenhändlern verstellt. Es gibt ja sowieso keine Radfahrer. Potenzielle Radfahrer werden sagen, dass die wenigen Radwege nicht benutzbar sind. Wer war da nochmal zuerst, die Henne oder das Ei?

Foto: Alex Flor

Subventionen für die Armen, Marktpreise für die Reichen

Die Subventionen für U- und S-Bahnnetze in Indonesiens lassen sich einfach errechnen: x mal Null ergibt Null.

Vor vielen Jahren konnte die Nichtexistenz eines öffentlichen Transportwesens noch mit fehlenden finanziellen Mitteln begründet werden. In einem Staat, der sich mittlerweile zu den 20 führenden Wirtschaftsnationen dieser Welt (G20) zählen darf und seit einigen Jahren ein überdurchschnittliches Wachstum erfährt, kann diese Entschuldigung nicht länger gelten.

Es spricht vieles dafür, das öffentliche Transportwesen durch staatliche Subventionen zu fördern, um die arme Bevölkerung zu entlasten. Und es spricht nichts dagegen, gleichzeitig die Wohlhabenden dafür in die Pflicht zu nehmen. Watch Indonesia! warb seit Jahren in unzähligen Einzelgesprächen dafür, eine denkbar einfach zu verwirklichende neue Preisstruktur einzuführen: Fahrzeuge mit gelben Nummernschildern (öffentliches Transportwesen) dürfen weiterhin subventioniertes Benzin (derzeit 4.500 Rp./l) tanken, während Privatautos (schwarze Nummernschilder) nur zum realen Marktpreis (derzeit 9.000 Rp./l) betankt werden können. Über die vergleichsweise wenigen roten und grünen Nummernschilder (Regierung und Militär) mögen sich die Politiker in Jakarta einig werden – volkswirtschaftlich spielen sie keine wesentliche Rolle.

Die Trennschärfe zwischen Arm und Reich dürfte sich in der jeweiligen Farbe der Nummernschilder recht gut widerspiegeln. Eine entsprechende Anpassung der Treibstoffpreise wäre sowohl unter sozialen, ökonomischen wie auch unter ökologischen Gesichtspunkten vernünftig. Es ist nicht ersichtlich, warum eine spezifisch auf die wohlhabende Mittelklasse abzielende Maßnahme größere Auswirkungen auf die Verbraucherpreise haben sollte. Reis, Bratöl, Tofu und Eier werden in aller Regel nicht mit Fahrzeugen transportiert, die ein schwarzes Nummernschild tragen.

Es passiert zugegebenermaßen eher selten, dass ein Vorschlag der indonesischen Regierung die Zustimmung von Watch Indonesia! findet. Im vorliegenden Falle hatte sich die Regierung allerdings unsere Vorschläge weit gehend zu eigen gemacht. Sie schlug vor, die Treibstoffpreise für Fahrzeuge mit schwarzen Nummernschildern auf immerhin 6.500 Rp/l anzuheben, während der Preis für Fahrzeuge mit gelben Nummernschildern gleich bleiben sollte. Dennoch protestierte eine breite Koalition aus sogenannten fortschrittlichen Kräften bis hin zu VertreterInnen islamistischer politischer Parteien dagegen. Die dem Populismus verpflichtete Partei PKS ließ es jüngst gar auf eine Koalitionskrise ankommen.

Misstrauen

Die lautstarken Proteste, in deren Zusammenhang es im Juni in verschiedenen Städten zu gewaltbeladenen Konflikten zwischen DemonstrantInnen und Sicherheitskräften gekommen ist, begründen sich auf einem tief verwurzelten Misstrauen gegenüber der Regierung, den politischen Parteien und anderen offiziellen Institutionen. Im jeweiligen Einzelfall berechtigt oder auch nicht, ruft jede größere Geldbewegung von hier nach da Misstrauen hervor: Wer könnte davon profitieren? Zu welchem Zweck?

Die üblichen Erklärungsmuster reichen von wissenschaftlichen Analysen bis hin zu Verschwörungstheorien. Irgendwo dazwischen finden sich, je nach aktueller Einschätzung der allgemeinen Stimmung im Volk, die Äußerungen von bekannten Politikern (leider meist männlich) oder solchen, die es werden möchten. Zu recht fragen einige: »Wer profitiert von den eingesparten Subventionen?« Meist haben sie die passende Antwort schon parat: »Die Regierung spart Gelder, die sie für den Wahlkampf einsetzen wird«.

Trotz der im weltweiten Vergleich extrem billigen Treibstoffpreise ist ein Plan zu deren Anhebung somit im-

mer ein Politikum. Benzinpreiserhöhungen waren ein wesentlicher Faktor für die Proteste, die 1998 Diktator Suharto zum Rücktritt bewegten. Von im letzten Jahr geplanten Subventionsstreichungen nahm die Regierung aufgrund massiver Proteste zunächst wieder Abstand, um dieses Jahr das nach Nummernschildern – und somit Einkommensgruppen – unterscheidende modifizierte Modell vorzulegen. Genützt hat es nichts. Die Proteste wiederholten sich in unveränderter Form und Intensität.

Missbrauch kann freilich niemals völlig ausgeschlossen werden. Auch in Deutschland ist bekannt, wie für die Landwirtschaft subventionierter Treibstoff trotz spezieller Einfärbung in größerem Maße, anstatt in Traktoren, letztlich in die Tanks von Diesel-PKW der begünstigten Landwirte umgefüllt wurde. Ein wasserdichtes System gibt es nicht, erst recht nicht im korrupsionsgeplagten Indonesien. Ein nicht geringer »Schwund« von subventioniertem Treibstoff müsste daher von vornherein in der Bilanzierung eingepreist werden. Der kalkulierte Schaden wäre voraussichtlich dennoch geringer als die bislang völlig legale Selbstbereicherung wohlhabender AutofahrerInnen an der derzeitigen Subventionspolitik.

Soziale Gerechtigkeit

Straßenproteste, Parlamentsdebatten und eine handfeste Regierungskrise führten letztlich Mitte Juni zu einem Parlamentsbeschluss, der die wohl denkbar schlechteste aller möglichen Lösungen festschreibt: die Treibstoffpreise werden erhöht. Ausnahmslos alle VerkehrsteilnehmerInnen müssen für ihren Sprit in Zukunft den Preis bezahlen, der ursprünglich nur für die privaten Fahrzeuge mit schwarzen Nummernschildern



Wem Benzin zu teuer ist, kann ja mit dem Zug fahren

Foto: Hans-Georg Gaul

vorgesehen war: 6.500 Rp/l (ca. 49 €-Cent) für Normalbenzin (bislang 4.500 Rp) und 5.500 Rp. für Diesel. Frei von Subventionen oder Steuern läge der Marktpreis für 1 l Normalbenzin derzeit bei 9.000 Rp.

Im Gegenzug verpflichtet sich die Regierung dazu, arme Haushalte vier Monate lang durch eine Ausgleichszahlung von 150.000 Rp. (11,28 €) pro Monat zu unterstützen. Das entspricht ungefähr dem Preis für ein Taxi vom Flughafen in die Innenstadt Jakartas – zum alten Benzinpreis. Zugegebenermaßen ein unpassender Maßstab für Indonesiens Heer an Armen. Denn diese Leute fliegen nicht in die Hauptstadt und brauchen dort auch kein Taxi.

Wer seine Ernährung nur auf (ebenfalls subventionierte) Grundnahrungsmittel wie Reis und Speiseöl beschränkt, kommt mit 150.000 Rp. relativ weit: ein Liter Reis kostet je nach Region ca. 9.000 Rp pro Liter, ein Liter Speiseöl ca. 15.000 Rp. Ein Stück Tofu, ein wenig Chili oder gar ein Stück Fleisch zum Essen droht den Haushalt vieler Familien allerdings sprengen.

Die versprochene Beihilfe von 150.000 Rp. wird, wie erwähnt, nicht pro Person, sondern pro Haushalt geleistet. Viele Haushalte umfassen fünf oder mehr Personen, die sich diesen Betrag dann teilen müssen. Für 30.000 Rp. bekommt man je nach Region am Straßenrand immerhin dreimal eine warme Mahlzeit.

Die Verfügbarkeit von 30.000 Rp. für drei warme Essen setzt allerdings voraus, dass das Geld in der Familie zu gleichen Teilen gerecht aufgeteilt wird. Doch dem Gesetz entsprechend werden Familien in Indonesien als KK gezählt. Das Kürzel steht für »Kepala Keluarga«, dem Familienoberhaupt, dem Ehemann bzw. Vater. Er bekommt die Ausgleichszahlung in Höhe von 150.000 Rp. zugeteilt, wenn ihn der Dorfcchef – gegen eine kleine Gefälligkeit, versteht sich – auf die Liste der zu Begünstigten setzt. Der KK bestimmt, wie der Rest der ursprünglichen Summe in der Familie verteilt wird. Der Betrag könnte beispielsweise für eine Stange seiner geliebten Nelkenzigaretten reichen. Frau und Kinder rauchen ja nicht und brauchen daher kein Geld für Zigaretten. Nur Papa raucht und braucht daher das Geld für sich alleine. Ist doch irgendwie logisch und gerecht. Sagt übrigens auch Mama ...

Staat und Regierung

Mama, Papa und die wahlberechtigten Kinder werden geneigt sein, bei den nächsten Wahlen ihre Stimme wieder für die regierende Partei abzugeben, die ihnen,

bzw. in Wirklichkeit ihrem Ehemann bzw. Vater, so großzügig geholfen hat. Darum wissend hatte sich zuvor auch schon der Dorfcchef von seiner freundlichen Seite gezeigt. Die kleine Verwaltungsgebühr, die er auf die Zuwendung der 150.000 Rp. monatlich erhob, war wohlwollend niedrig veranschlagt. Der freundliche Dorfcchef, der für den Kreistag kandidiert, darf also ebenfalls mit den Stimmen der dankbaren Familie rechnen. Wenn er gewählt wird, hat er Einfluss auf lukrative Projektvergaben. Es versteht sich von selbst, dass er der Fairness halber die WählerInnen in seinem Heimatdorf an diesem Erfolg partizipieren lassen wird.

Es scheint wie eine klassische *win-win-situation*: Familie, Dorfgemeinschaft und das javanische Harmoniegebot – sie alle verbinden sich in idealer Weise mit den Werten einer gelebten Demokratie! Alle Beteiligten tragen daraus ihren Nutzen davon. So wird es jedenfalls gerne dargestellt. Aber noch mal ganz langsam: wer spart Geld zu wessen Gunsten? Und wer schüttet Subventionen aus? Die Regierung? Der Staat? Oder eine bestimmte politische Partei, die derzeit den Präsidenten stellt und die Regierungskoalition anführt?

Über Haushaltsmittel befindet das Parlament in Form einer gesetzlichen Regelung. Egal unter welcher aktuellen Regierung ist es dann Aufgabe des Staates, diese Bestimmungen umzusetzen. Mit anderen Worten: es ist nicht das Geld der von Präsident Yudhoyono geführten Partei, welches hier verteilt werden soll. Noch weniger ist es das Geld des »freundlichen« Dorfcchefs.

Als eine in Deutschland basierte Organisation neigen wir dazu, Indonesien häufig mit Deutschland zu vergleichen. Aber bleiben wir dabei auch fair: wir wissen darum, wie Bundeskanzler Schröder es verstand, seinen Einsatz für Hochwasseropfer in einen Wahlsieg umzumünzen, und wir wurden gerade erst Zeuge, wie Bundeskanzlerin Merkel eine fast identische Situation zu Gunsten ihrer Popularität ausschlachten konnte. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich deutsche PolitikerInnen mitunter ein paar mehr Gedanken darüber machten, welche Signale sie durch ihr Handeln in anderen Staaten dieser Welt setzen.

Soforthilfemaßnahmen für die Flutopfer in Deutschland sind ausdrücklich zu begrüßen! Aber wir legen Wert darauf, dass es letztlich der Staat und nicht die Partei des Bundeskanzlers oder der Bundeskanzlerin ist, die dafür bezahlt. Der selben Logik entsprechend ist festzuhalten, dass weder eine Regierung noch der Staat irgendwo auf der Welt in der Verantwortung stehen, reichen Leuten das Benzin für ihre Luxuskarossen zu subventionieren. ♦

Andrea Hirata: eine Erfolgsgeschichte und seine Kontroversen

von Katrin Bandel

Indonesia's Most Powerful Book« steht groß auf dem Umschlag des Romans *Laskar Pelangi* von Andrea Hirata, der seit kurzem nun auch auf Deutsch als *Die Regenbogentruppe* (Hanser Verlag, 2013) erhältlich ist. Eine derart bombastische Ankündigung, noch dazu in englischer Sprache, auf dem Umschlag eines indonesischsprachigen Buches mag verwundern: »most powerful« in welcher Hinsicht, nach wessen Urteil? Doch wer mit dem Rummel um Andrea Hirata vertraut ist, dürfte nicht allzu erstaunt sein. In der Tat hat sich um Andrea Hirata und seine Romane, d.h. *Laskar Pelangi* und seine drei Folgeromane, ein regelrechter Kult entwickelt. *Laskar Pelangi* handelt von einer kleinen, vernachlässigten *Muhammadiyah*-Grundschule (*Muhammadiyah ist die zweitgrößte islamische Massenorganisation Indonesiens, red.*) auf der Insel Belitung, deren Schüler und Lehrer, fast alle aus sehr einfachen Verhältnissen, trotz aller Hindernisse für ihre Bildung kämpfen. Der Roman ist zuerst 2005 erschienen und ist seitdem unzählige Male neu aufgelegt worden. Die Verkaufszahlen haben ca. eine Million erreicht, was für Indonesien extrem hoch ist.

Nachdem der Roman selbst bereits ein Verkaufserfolg war, hat dann 2008 seine Verfilmung durch den bekannten Regisseur Riri Riza nicht unerheblich dazu beigetragen, Andrea Hirata und seinen Romanen zu weiterer Popularität zu verhelfen. Auch der Film war ein großer Erfolg. Unter anderem hat er Schulen in ganz Indonesien dazu animiert, Schulausflüge ins Kino zu machen oder den Film in den Schulen zu zeigen. Inzwischen gibt es außerdem sogar ein Musical, das auf dem Roman basiert.

Was hat *Laskar Pelangi* und seine Folgeromane in Indonesien zu einem derartigen Erfolg gemacht? Was begeistert die Leser an diesen Büchern? In seiner Studie zum Phänomen Andrea Hirata, veröffentlicht 2008 unter dem Titel *Laskar Pemimpi* (»Die Träumertuppe«), geht Nurhady Sirimorok dieser Frage nach, indem er u.a. Leserkommentare auf diversen Internetseiten auswertet. Besonders häufig wird von den Lesern die »motivierende« und »inspirierende« Botschaft der Romane genannt. Viele Leser fühlen sich aufgebaut und verstehen die Romane als Ansporn, an die Verwirklichung ihrer Träume zu glauben und ihr Leben zu einer Erfolgsgeschichte werden zu lassen. Ebenfalls häufig



Andrea Hirata

Foto: tari

genannt wird das Gefühl der Dankbarkeit für das, was das eigene Leben zu bieten hat – leben die Romanfiguren nicht in vergleichsweise extrem schwierigeren Umständen, sind aber trotzdem lebensfroh und lassen sich nicht unterkriegen?

Was genau ist dieser »motivierende« Effekt, von dem viele Leser berichten, und der auch bei der Vermarktung des Romans eine große Rolle spielt? Die genannte »Motivation« bezieht sich deutlich auf eine erfolgsorientierte Lebensplanung, wobei als die Hauptanforderungen von Erfolg eine möglichst hohe formale Schulbildung und eine gute Anstellung verstanden werden. Diese Motivationsbotschaft wird keineswegs nur an der Handlung der Romane festgemacht, sondern auch an der Figur des Autors selbst. Nicht nur basieren die Romane auf seinen persönlichen Erlebnissen (und werden auch so vermarktet), sodass eine direkte Identifikation des Ich-Erzählers mit Andrea Hirata stattfindet. Auch zeichnet sich Andrea Hirata selbst sowohl durch den Erfolg seiner Romane als auch durch seinen Bildungsweg und seine Karriere als ein Musterbeispiel für den

propagierten Lebenserfolg aus. Nicht nur hat er seine Schulbildung bis zum Master-Level fortgesetzt, er hat es auch aus der ärmlichen Dorfschule seiner Kindheit bis an die Sorbonne in Paris geschafft! Eine gute Anstellung bei der indonesischen *Telekom* macht den Erfolgsweg vollständig.

Andererseits enthält die Beschreibung der ärmlichen, vernachlässigten Dorfschule durchaus auch Sozialkritik, und auch dies ist bei der Leserschaft gut angekommen. Das Recht auf Schulbildung ist in Indonesien zwar im Prinzip gesetzlich garantiert, doch sieht die Wirklichkeit weniger rosig aus. Oft ist der Schulbesuch unverhältnismäßig teuer, und wo er kostenfrei ist wie in der in *Laskar Pelangi* beschriebenen Schule, ist die Qualität meist schlecht. Auch ist eine gerechte, gleichmäßige Versorgung mit finanziellen Mitteln, Büchern und Lehrkräften über den gesamten indonesischen Archipel keineswegs gegeben. Sichtlich begrüßen es viele Leser, dass diese Umstände in Andrea Hiras Roman thematisiert werden.

Dennoch bleibt die zentrale Botschaft des Romans weniger die Aufforderung, gegen diese sozialen Missstände anzugehen. Die Worte »Motivation« und »Inspiration«, die bei der Vermarktung und Besprechung des Romans wieder und wieder zu lesen oder zu hören sind, beziehen sich eher auf den Glauben daran, dass man es trotz aller Widernisse schaffen kann. Auch wird die Kritik an den Ungleichheiten im Bildungssystem dadurch relativiert, dass es die Schüler und Lehrer der mittellosen Schule allein durch ihren Elan und ihre Begabungen schaffen, finanziell erheblich besser gestellte Schulen bei Wettbewerben in den Schatten zu stellen.

Bildung hat, wie der Klappentext von *Laskar Pelangi* ankündigt, die Potenz, »eine magische Tür zur Veränderung der Welt« zu werden. Doch was für eine »Veränderung der Welt« ist hier gemeint? Bei der Lektüre des Romans – zumindest der indonesischsprachigen Version – mag man hier etwas skeptisch werden. Bildung wird weniger als Tor zu kritischem Denken und sozialem Wandel verstanden, sondern eher als ein Weg zu Modernisierung und individuellem beruflichen Erfolg. Tradition und lokale Kultur werden abgewertet oder ignoriert – Bildung ist der Schlüssel zu »modernem« westlichen Wissen, während Tradition nur Aberglaube zu bieten hat. Zudem werden moderne Berufe über traditionelle Tätigkeiten in Landwirtschaft und Fischerei gestellt. Dieser Logik zufolge ist etwa der Lebensweg einer der Figuren, des Genies Lintang, trotz eines tragischen verfrühten Abbruchs seiner Schulbildung immer noch ein Erfolgsweg, denn als der Lastwagenfahrer, der er am Ende des Romans ist, hat er zumindest mehr erreicht als sein Vater, der »lediglich« Fischer war.

Dieser Schwerpunkt auf einer an »globalen« bzw. westlichen Standards orientierten Bildung hat sogar Andrea Hiras Schreibstil beeinflusst. So wird z.B. die lokale Flora und Fauna seiner Kindheitswelt nicht mit indonesischen oder lokalsprachlichen Bezeichnungen,

sondern mit lateinischen Namen benannt, und man findet Verweise auf allerlei wissenschaftliche Theorien und berühmte Persönlichkeiten. Dabei scheint es weder dem Autor noch den meisten Lesern viel auszumachen, dass diese sprachlichen Aushängeschilder, die einen gewissen Bildungsstand anzeigen, innerhalb der Handlung des Romans wenig Sinn machen, denn der Erzähler ist ja ein Grundschüler aus einem moderner (westlicher) Bildung relativ fernen Umfeld.

Man mag die Botschaft und den Schreibstil des Romans also mit einiger Skepsis betrachten. Dies bedeutet natürlich nicht, dass die begeisterte Reaktion der Leserschaft auf diesen »Motivations-Roman« als lächerlich zu beurteilen ist. Wie überall auf der Welt folgt populäre Literatur ihren eigenen Gesetzen. Das Phänomen Andrea Hirata ist insofern äußerst interessant, als es Teil eines relativ neuen Trends auf dem indonesischen Buchmarkt ist. Es gibt inzwischen eine ganze Sparte von populären Romanen, die nicht nur Unterhaltung, sondern auch »Motivation« anbieten. Einer der ersten dieser Art war der 2004 erschienene und, ähnlich wie *Laskar Pelangi*, sehr erfolgreiche Roman *Ayat Ayat Cinta* (»Die Liebesverse«) von Habiburrahman El Shirazy, der bereits auf dem Buchumschlag als »Seelenaufbauroman« (»*Sebuah Novel Pembangun Jiwa*«) klassifiziert wurde. Ohne eine tiefer gehende Analyse ist es natürlich schwierig, mehr über die Bedeutung dieses Trends auszusagen. Doch verdient die Frage, warum in der indonesischen Gesellschaft seit einigen Jahren ein derartig großes Bedürfnis nach »Motivations«-Lektüre dieser Art besteht, sicherlich weitere Aufmerksamkeit.

Hohe Verkaufszahlen, starke Medienpräsenz und eine aktive Leser- bzw. Fangemeinde – all das ist typisch für populäre Literatur. Doch ist es bei der Beurteilung des Phänomens Andrea Hirata nicht damit getan, seine Romane und den Rummel um sie als typisch für Populärliteratur zu verstehen. Vom Erscheinen des Romans *Laskar Pelangi* an wurde sogleich deutlich, dass Andrea Hirata der Status als Bestsellerautor nicht so recht ausreicht. Ganz offensichtlich möchte er neben den phänomenalen Verkaufszahlen gern das Prestige eines Literaten für sich beanspruchen. Dies schlägt sich schon in der Aufmachung der Romane nieder. Zwar ist das Design eindeutig populär ausgerichtet, doch die Zitate aus Kommentaren in den Medien und von Individuen, die man (wie bei vielen indonesischen Büchern) auf dem Buchumschlag findet, sind eine recht ungewöhnliche Mischung. Neben einem Zitat aus der Tageszeitung *Kompas* und einem anderen aus der Fernseh-Talkshow *Kick Andy* findet man auf dem Umschlag lobende Kommentare von Sapardi Djoko Damono und Korrie Layun Rampan, beides anerkannte Schriftsteller und relativ einflussreiche Figuren in der Literaturszene Indonesiens.

Dass es bei dem Versuch, für sich und seine Romane eine respektierte Position in der literarischen Welt einzufordern, nicht immer so ganz sauber zugegangen ist,

zeigt sich deutlich an dem Fall um den Kommentar der Schriftstellerin Linda Christanty, der auf dem Umschlag eines der Folgeromane *Laskar Pelangis* abgedruckt ist. Linda Christanty erzählt (auf einem privaten Blog): »Er [Andrea Hirata] fragte mich, ob ich einen Kommentar für seinen dritten Roman, *Edensor*, schreiben könnte. Natürlich bat ich ihn, mir erst einmal das Manuskript zu schicken. Andrea schickte nur das erste Kapitel. Ich bat ihn, alle Kapitel zu schicken. Kurz darauf rief er an und sagte, dass er einfach selber meinen Kommentar schreiben werde. [...] Er sagte: ›Dein Kommentar ist: *Edensor* hat mir völlig den Kopf verdreht. Okay?‹ Ich dachte, er macht einen Witz.« Es war jedoch kein Witz, und der angekündigte Kommentar erschien einige Monate später auf dem Umschlag von *Edensor* (2007).

In den letzten Wochen haben sich die Meinungsverschiedenheiten zugespitzt. Dies ist auf einige problematische Äußerungen Andrea Hiratas zurückzuführen, insbesondere bezüglich der Übersetzung von *Laskar Pelangi* in mehrere Fremdsprachen. Eine englische Version war schon 2009 von Bentang in Indonesien herausgegeben worden, demselben Verlag, bei dem auch die indonesische Version erschienen ist. Doch dieses Jahr ist sie nun in leicht abgeänderter Form von einem anderen Verlag übernommen worden. Mitte Januar erschienen in der Presse Aussagen Andrea Hiratas dazu, dass sein Roman bei *Farrar, Strauss & Giroux* (FSG) erscheinen werde. Er brüstete sich damit, dies sei nicht einfach irgendein Verlag – die Bücher einer Reihe von Nobelpreisträgern seien dort erschienen. Er sei der erste indonesische Autor, der es geschafft habe, von diesem prestigeträchtigen Verlag publiziert zu werden. Etwa einen Monat später schrieb ein Blogger namens Damar Juniarto einen Kommentar zu Andrea Hiratas vielbesprochenem »internationalen Erfolg«. Unter anderem wies er darauf hin, dass *The Rainbow Troops* bei *Sarah Crichton Books* erscheint, einem Verlag, der zwar Teil von *Farrar, Strauss & Giroux* ist, aber eher populäre Literatur herausgibt. Auf

diesen Blog reagierte Andrea Hirata prompt, indem er einen Anwalt einschaltete und dem Blogger mit einer Klage drohte. Verständlicherweise sind weder seine arroganten Äußerungen betreffs seines internationalen Erfolgs noch seine völlig übertriebene Reaktion auf den kritischen Blog in der indonesischen Öffentlichkeit, und ganz besonders in der indonesischen Literaturszene, auf viel Sympathie gestoßen.

Die Übersetzungen betreffend ist noch ein anderer Aspekt zu erwähnen. Als die Debatten um Andrea Hirata in vollem Gange waren, schrieb meine Freundin und Kollegin Bettina David mich aus Hamburg an, sie habe die gerade dieses Jahr erschienene deutsche Version (*Die Regenbogentruppe*) gelesen und sich sehr gewundert, wie große Unterschiede es zu der Originalversion gebe. Dies machte mich natürlich neugierig. Die einzige übersetzte Version, zu der ich im Moment von Yogyakarta aus Zugang habe, ist die bei *Bentang* erschienene englische Übersetzung, die bei *Google Books* einzusehen ist. Auch Bettina David hatte sich diese angesehen und festgestellt, dass die deutsche Version der englischen recht ähnlich ist, und dass beide vom Original abweichen. Nachdem ich mir die englische Version bei *Google Books* angesehen habe, kann ich ihr nur recht geben. Eine derart vom Original abweichende »Übersetzung« habe ich noch nie gesehen. Szenen sind einfach dazu erfunden, andere weggelassen. Eine ganz neue Figur ist eingeführt worden, ein Schulinspektor, der im indonesischen Original gar nicht vorkommt. Die oben erwähnten lateinischen Begriffe, Verweise auf wissenschaftliche Theorien etc. sind fast vollends verschwunden. Für mich ist dies eindeutig nicht mehr als Übersetzung zu akzeptieren, es ist ein völlig anderer Roman geworden.

Wer *Die Regenbogentruppe* dennoch auf Deutsch liest, sollte im Gedächtnis behalten, dass das indonesische Original eine zum Teil völlig andere Handlung hat und in einem anderen Stil geschrieben ist. Auch tut man sicher gut daran, die umstrittene Stellung Andrea Hiratas im Auge zu behalten und ihn nicht mit anerkannten indonesischen Autoren wie Pramoedya Ananta Toer oder Ahmad Tohari gleichzusetzen. Andrea Hiratas Romane mögen sich besser verkaufen, aber Verkaufszahlen stehen ja schließlich nicht für literarische Qualität. ♦



Andrea Hirata

Die Regenbogentruppe
Roman

Aus dem Indonesischen
von Peter Sternagel

272 Seiten. Gebunden
€ 19,90 (D) / sFr 27,90 / €
20,50 (A)

ISBN 978-3-446-24146-6

als Hörbuch bei
Hörbuch Hamburg,
gelesen von Sebastian
Rudolph

Katrin Bandel, geboren 1972, ist Dozentin für Kulturwissenschaften an der Universitas Sanata Dharma in Yogyakarta. Sie hat an der Uni Hamburg Sprachen und Kulturen Australiens studiert und arbeitet hauptsächlich zu moderner indonesischer Literatur.

Die Seegrenzenproblematik Osttimors und Australiens

von Samantha Perkins

Die Geschichte der Timorsee seit 1972

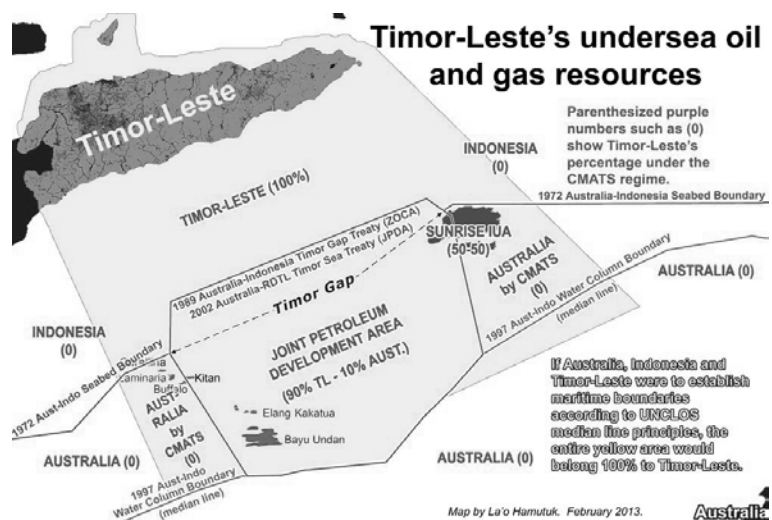
Bereits 1972 unterzeichneten Indonesien und Australien den *Treaty of Establishing Certain Seabed Boundaries*. Diese an der Kontinentalschelflinie statt in der geographischen Mitte zwischen beiden Küsten (Medianlinie) verlaufende Grenzziehung erlaubte es Australien den größten Teil der Timorsee für sich zu beanspruchen. Da zu dieser Zeit Osttimor noch unter portugiesischer Herrschaft stand, war es nicht in dem Vertrag berücksichtigt und es gab folglich keine Grenzen Osttimor betreffend. Die durch den indonesisch-australischen Vertrag verbleibende Lücke dieser Grenzziehung nannte man das *Timor Gap*.

Nach Abschluss dieses Vertrags entdeckte der australische Ölkonzern Woodside zwei große Öl- und Gasfelder, *Sunrise* und *Troubadour*. Heute sind diese Felder unter dem Namen *Greater Sunrise* bekannt. Wegen dieser Ölfelder unterzeichneten Australien und Indonesien, das mittlerweile Osttimor annektiert hatte, im Jahre 1989 das *Timor Gap Treaty*.¹ Hierzu gründeten sie die *Zone of Cooperation (ZOCA)*, die heute *Joint Petroleum Development Area (JPDA)* genannt wird. 1995 kam es zu den ersten Verträgen mit Woodside und Shell, um das Öl aus der *Greater Sunrise Area* zu fördern, welche zu 20% im JPDA liegt und zu 80% in dem Gebiet, das sowohl Osttimor als auch Australien für sich beanspruchen.

Nach Osttimors Unabhängigkeit : Australiens Interessen

Mit der Unabhängigkeit Osttimors hatten diese Verträge keinen Bestand mehr, weshalb im Jahre 2002 neue Verträge für die *Sunrise Area* ausgehandelt werden mussten. Unter anderem wurden diese Verträge wieder mit Woodside (Australien), Shell (UK/Niederland), *Conoco Phillips* (USA) und *Osaka Gas* (Japan) abgeschlossen. Laut des im Jahre 2002 abgeschlossenen *Timor Sea Treaty* stehen Osttimor 90% der Einnahmen aus Öl- und Gasförderung innerhalb der JPDA zu. Auf Australia

entfallen 10%. Diese Aufteilung hätte auch die *Sunrise Area* betroffen. Da diese zu 80% außerhalb der JPDA liegt, wären auf Osttimor nur der 90%-Anteil der innerhalb der JPDA liegenden 20%, also ca. 18% entfallen.



Karte: Lao Hamutuk

Regelungen im CMATS Vertrag

Das 2003 unter Beteiligung von Woodside zwischen beiden Staaten getroffene *International Unitization Agreement (IUA)* und der CMATS Vertrag (*Certain Agreements of the Timor Sea*) sahen vor, die *Greater Sunrise Area* als eine einheitliche ökonomische Zone zu behandeln und die Erlöse in gleichen Teilen auf beide Nationen aufzuteilen. Mit dieser gegenüber dem *Timor Sea Treaty* zunächst für Osttimor vorteilhaften Regelung war allerdings der Verzicht sämtlicher Ansprüche auf Öl- und Gasreserven in anderen umstrittenen Gebieten zwischen den beiden möglichen Seegrenzen verbunden.

Australien drängte auf den Vertragsabschluss, um das Öl und Gas in dem umstrittenen Gebiet endlich fördern zu können und setzte das kurz nach der Unabhängigkeit wirtschaftlich und politisch schwache Osttimor unter Druck.

Der CMATS-Vertrag unterbindet es beiden Parteien, für die nächsten 50 Jahre über die Seegrenzen zu verhandeln. Sollte innerhalb von sechs Jahren keiner der Staaten einen *Development Plan* zur Förderung des Öls aufgestellt haben, können beide Seiten den Vertrag einseitig kündigen. Wegen Streitigkeiten um die Weiterverarbeitung des zu fördernden Gases verstrich dieser Stichtag am 23. Februar 2013 ohne dass ein *Development Plan* erstellt worden wäre. Eine Auflösung des Vertrags hätte aber keine Auswirkungen auf das IUA.

Würde die Förderung aus dem *Greater Sunrise Field* beginnen, träte der CMATS Vertrag sofort wieder in kraft und die Aufteilung wäre wieder zu gleichen Teilen hergestellt, es sei denn nachfolgende Verhandlungen würden dies ändern.

Streit um Seegrenzen und Weiterverarbeitung

Wohl wissend, dass Osttimor dringend Erträge aus der Förderung des im JPDA gelegenen Bayu-Undan Feldes benötigte, hatte Australien gezögert den *Timor Sea Treaty* zu ratifizieren, um Osttimor damit zur Unterzeichnung des IUA zu nötigen. Im März 2003 unterzeichnete Osttimor schließlich, ratifizierte den Vertrag aber erst vier Jahre später, als beide Nationen auch CMATS ratifizierten.

Nach internationalem Recht der *United Nations Convention on the Law of the Sea* (UNCLOS), ein Übereinkommen, welchem Australien bereits 1994 beitrug, wird die Seegrenze zweier sich angrenzender Staaten in der Mitte der See gesetzt. Diesem Übereinkommen trat Osttimor erst im Januar 2013 bei, um seine Ansprüche auf die Öl- und Gasfelder zu unterstreichen. Australien aber erkennt diese Rechte nicht an, denn zöge man die Medianlinie, würden 100% der Bayu-Undan, Greater Sunrise und Laminaria-Corallina Öl- und Gasfelder an Osttimor fallen. Im März 2002, wenige Monate vor Osttimors Unabhängigkeit, annullierte Australien UNCLOS,² um sich nicht dem in diesem Abkommen vorgesehenen Schlichtungsverfahren für die Lösung des Grenzproblems stellen zu müssen.

Die Liste der Ölförderkonzerne zeigt, dass es sich nur um ausländische Firmen handelt, die Osttimors Öl fördern. Osttimor verdient lediglich an seinen Rechten auf dieses Öl. Besonders prekär sind die Umstände des Bayu-Undan Ölfeldes, dessen Pipelines direkt in Australien enden. Dieser Umstand hinderte Osttimor daran einen eigenen »*national petroleum corridor*« zu entwickeln. Dem Land fehlen dadurch die Voraussetzungen eine lokale Industrie aufzubauen, um somit das Land von seiner starken Abhängigkeit von Tantiemen und Steuern zu befreien.

Aus selbigem Grund beharrt Osttimor nun darauf, die Erträge aus dem *Greater Sunrise Field* durch Pipelines an die Küste Timors zu befördern und dort eine Industrie zur Verflüssigung des Gases aufzubauen. Sowohl *Woodside* als auch *Conoco Phillips* behaupten, es

sei weniger profitabel, noch technisch umsetzbar, eine Pipeline nach Osttimor zu leiten. Sie bevorzugen eine Pipeline nach Darwin oder die Verarbeitung auf einer schwimmenden Plattform auf See. Lediglich *Korea Gas* glaubt, dass es technisch sehr wohl möglich sei die Pipeline nach Osttimor zu leiten.

Gründe den Vertrag aufzulösen:

Osttimor beschuldigt Australien der Spionage

Bereits vor einiger Zeit hatte Alfredo Pires, Minister für Natürlichen Ressourcen Osttimors, in einem Pressestatement mitgeteilt, dass seine Regierung die Vor- und Nachteile abwäge, um möglicherweise den Antrag auf Auflösung des CMATS Vertrages zu stellen. Eine Auflösung des Vertrages gäbe Osttimor die Möglichkeit von seinem Souveränitätsrecht Gebrauch zu machen und über die Seegrenzen neu zu verhandeln. Dies beträfe auch die *Greater Sunrise Fields*, die JPDA und *Laminaria-Corallina*.

Am 23. April 2013 gab die osttimoresische Regierung schließlich bekannt, dass sie ihr Recht auf Auflösung des CMATS Vertrages in Anspruch nehmen werde. Ein Grund war unter anderem der Vorwurf der Spionage durch Australien während der Vertragsverhandlungen im Jahre 2004. Dies mache den Vertrag ungültig. Um den Konflikt zu schlichten, richteten Osttimor und Australien ein Schiedsgericht ein. Osttimor ernannte den ehemaligen britischen *Supreme Court* Richter Lawrence Collins zu seinem Repräsentanten in dem Dreipersonen Schiedsgericht. Am 19. Juni gab auch Australien seinen Schiedsrichter bekannt und betonte bei dieser Gelegenheit, dass ein Regierungswechsel nach den Wahlen im September dieses Jahres nichts an der Politik bezüglich der Seegrenzen ändern werde. Die beiden ernannten Schiedsrichter werden sich zunächst auf die dritte, noch fehlende Person ihres Gremiums zu einigen haben. Bis zu einer Entscheidungsfindung kann es ein Jahr dauern.

Wirtschaftsdaten Osttimors

Osttimor hat 1,2 Mio. Einwohner
 BIP nominal beträgt 4.800 Mio. USD
 ohne die Einnahmen aus der Öl-Wirtschaft
 nominal: 1.300 Mio. USD
 Staatshaushaltseinnahmen insgesamt:
 2.887 Mio. USD
 Staatshaushalt ohne Öl-Einnahmen:
 134 Mio. USD
 Staatshaushalt nur Öl-Einnahmen :
 2.753 Mio. USD
 Kaffee (wichtigstes Exportgut):
 12 Mio. USD

Am 26. Mai 2013 informierte Minister Alfredo Pires die lokalen Medien, dass die Regierung auch eine Klage gegen Australien vor dem Internationalen Gerichtshof in Erwägung ziehe. Allerdings werde Osttimor damit warten, bis Australien zu diesem Thema Stellung nimmt, sagte Premierminister Gusmão wenige Tage später. Des Weiteren steht Osttimor unter Druck der Ölfirmen, die nun drohen, die Verträge zu kündigen, da sie die Auswirkungen dieses Rechtsstreits nicht absehen können.

Wirtschaftliche Bedeutung

Seit der Unabhängigkeit 1999 musste Osttimor sich einigen Herausforderungen stellen. Eine neue Infrastruktur, eine Zivilverwaltung und Arbeitsplätze mussten wieder geschaffen werden. Staatseinnahmen wurden vornehmlich durch die Förderung von Erdöl und -gas getätigt.

Im Jahre 2005 entschied der osttimoresische Nationalrat sich für die Einrichtung eines Petroleumfonds, der als Depot für die Einnahmen aus der Erdöl-Industrie dienen sollte. Das Vermögen des Fonds betrug 2011 bereits 9,3 Mrd. USD. Zwischen 2009 und 2012 stiegen die Staatsausgaben stark an, da nun einiges in die Verbesserung der Infrastruktur wie Stromversorgung und Straßenbau gesteckt wurde. Die Verwendung der Fondsgelder für aus dem Haushalt zu finanzierende Investitionstätigkeiten in Höhe von 1,7 Mrd. USD war allerdings heftig umstritten, bescherten Osttimor 2012 aber immerhin einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Aufgrund

des großen Ölreichtums hat Osttimor es geschafft sein reales Wachstum um rund 10% im letzten Jahr zu steigern, die höchste Wachstumsrate der Welt. Dennoch liegt der *Human Development Index* nur bei 0,495, somit ist Osttimor auf Platz 147 der Welt. Osttimor ist immer noch das zweitärmste Land der Welt. Rund 35% leben unter der von der UN festgelegten Armutsgrenze und die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt 20%. Osttimors Erdöl und Erdgas ist vor Kaffee das wichtigste Exportgut und macht rund 70% des BIP aus. Die Wirtschaftsdaten zeigen, dass kein anderes Land mehr von seinen Rohstoffen abhängig ist wie Osttimor. Australien ist eines der reichsten Länder der Welt und zugleich eines der am besten entwickelten Länder der Welt. Es ist daher mehr als verständlich, dass Osttimor alles versucht, um seine Rechte auf Öl- und Gaslagerstätten gegenüber Australien durchzusetzen. ♦

1 Nach der indonesischen Besatzungszeit ersetzt durch den „Timor Sea Treaty“, ratifiziert 2003.

2 Genauer nachzulesen in: Changes to International Dispute Resolution vom Australischen Ministry for Foreign Affairs; am 25. März 2002.

Samantha Perkins studiert an der J.W. Goethe Universität Frankfurt/M. Südostasien- und Religionswissenschaften. Im September absolvierte sie ein Praktikum bei Watch Indonesia!

Der Fluch des Rohstoffreichtums

Liebe LeserInnen und Leser,

nachdem wir uns in der Vergangenheit vor allem um die Aufarbeitung der Vergangenheit Osttimors, der Frage der Gerechtigkeit für die Opfer und dem Aufbau des neuen Staatswesens widmeten, möchten wir in dieser Ausgabe der SUARA damit beginnen, das Augenmerk auf die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten der Menschen in Osttimor zu richten.

Die damit verbundenen Fragen drängen sich auf: Osttimor besitzt reichhaltige Öl- und Gasvorkommen. Doch kein Staat der Welt ist in so hohem Maße von einer einzigen Einnahmequelle abhängig wie Osttimor. Kein Staat der Welt verzeichnet derzeit ein so hohes Wirtschaftswachstum wie Osttimor – und dennoch gehört das Land zu den ärmsten der Welt.

Die Regierung hofft auf eine Verstetigung des Wachstums und auf einen bescheidenen Wohlstand für alle. Doch ist diese Hoffnung auch realistisch? Oder wird der scheinbare Segen des Rohstoffreichtums möglicherweise zum Fluch?

Welchen Herausforderungen muss sich Osttimor stellen, um Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu schaffen, ohne dabei Natur und Umwelt zu zerstören? Welche Risiken sind mit der Entwicklung einer Öl- und Gasindustrie für den sozialen Frieden und die Frage der Landrechte verbunden?

Mit dem vorliegenden Beitrag starten wir eine lose Serie, in der wir uns diesen und vielen anderen Fragen mehr widmen möchten. In der nächsten Ausgabe geht es um das Thema Fortschritt oder Bedrohung durch das Raffinerieprojekt an der Südküste.

Ihr Redaktionsteam

Babylonische Sprachverhältnisse

von Daniel Peters

Zum internationalen Tag der Muttersprache am 21. Februar flammte ein alter Streit wieder auf. Watch Indonesia! blickt zurück auf die sprachlichen Entwicklungen der letzten 60 Jahre und betrachtet die Kontroverse um muttersprachlichen bzw. zweisprachigem Schulunterricht.

Osttimor ist ein kleiner Staat. Seine Bevölkerungszahl entspricht in etwa der Kölns. Auf diese geringe Bevölkerungszahl kommen, je nach linguistischer Einteilung, zwischen 15 und 20 indigene Sprachen. Vier Sprachen haben im Staat eine durch die Verfassung verankerte herausgehobene Stellung: Die indigene Sprache Tetum und Portugiesisch sind die Nationalsprachen, Indonesisch und Englisch haben den Status von Arbeitssprachen. Zweierlei ist dabei ungewöhnlich: 1. Die Standardisierung der Rechtschreibung der Nationalsprache Tetum erfolgte erst im Jahr 2004 und 2. Die Nationalsprache Portugiesisch wird von weniger Menschen gesprochen als die Arbeitssprache Indonesisch. Ein Zustand mit Folgen: Vor einigen Jahren fielen sämtliche Anwärter auf das Richteramt im neu aufzubauenden Justizwesen Osttimors durch die Prüfung, da sie die in portugiesischer Sprache abgefassten Prüfungs- und Gesetzestexte nur unzureichend verstanden – ein wesentlicher Grund für die Verzögerung im Aufbau eines eigenständigen Rechtswesens.

Kein Wunder, dass die Stellung der Sprachen von Osttimoresen und Akademikern kontrovers diskutiert wird. Es gibt Stimmen, die Englisch als Nationalsprache favorisieren, da es den Zugang zur Welt öffne und auch die Arbeitssprache der ASEAN sei, der beizutreten hoch oben auf der politischen Agenda steht. Manche sind dafür Portugiesisch ganz abzuschaffen, da es von zu wenigen Menschen gesprochen werde und nur einer kleinen Elite den Zugang zu Verwaltungsposten ermögliche. Tetum sei weiterzuentwickeln, so dass es als Nationalsprache den Anforderungen eines modernen Staates entspräche. Verteidiger des Portugiesischen führen ins Feld, dass

Portugiesisch eng verknüpft sei mit der osttimoresischen Identität. Als sei die Situation nicht schon verworren genug, wird in einem nationalen Pilotprojekt an zwölf Schulen des Landes muttersprachlich basierter multilingualer Unterricht erprobt. Die Diskussion um diesen muttersprachlichen Unterricht ist anlässlich des internationalen Muttersprachentages am 21. Februar wieder aufgeflammt.

Zunächst aber soll die herausgehobene Stellung der Sprachen Tetum, Portugiesisch, Indonesisch und Eng-



Welche Sprache lernen wir jetzt?

Foto: Jörg Meier

lisch mit einem Rückblick in die Vergangenheit des Landes seit Beginn der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutlich gemacht werden. In einem zweiten Schritt werden wir uns der Diskussion um bilingualen muttersprachlichen bzw. muttersprachlichen Unterricht zuwenden und dies in Beziehung zur Situation in Osttimor sowie zu internationalen Trends setzen.

Noch bis in die 1950'er Jahre war Osttimor ein vergessener Fleck irgendwo am Ende der Welt, dessen Bevölkerung keinen Kontakt zur Außenwelt hatte. Dies änderte sich, als Portugal in den 1950'ern und 1960'ern begann eine kleine Elite auszubilden, um die administrativen und militärischen Angelegenheiten der Kolonie zu regeln. Ihr wurde unter anderem die portugiesische Sprache und der katholische Glaube vermittelt. An der Universität von Lissabon kamen Mitglieder dieser ersten osttimoresischen Elite in Kontakt mit Nationalisten aus anderen Kolonien und mit portugiesischen Antifaschisten. Dort nahmen sie antikoloniales und nationalistisches Gedankengut auf. Es waren die Träger eines ersten osttimoresischen Nationalismus, geprägt durch die portugiesische Sprache und den katholischen Glauben. Die portugiesische Sprache fand ihren Platz in einer kleinen aber sehr einflussreichen osttimoresischen Bevölkerungsgruppe. Die indigene Sprache Tetum, die in Teilen Osttimors die *Lingua Franca* war, diente der Kolonialregierung als Ergänzung des Portugiesischen. Tetum wurde aber nur gesprochen. Es war keine verschriftlichte Sprache. 1974 endete Portugals koloniale Herrschaft abrupt mit der Nelkenrevolution in Lissabon.



Mächtiger Player, nicht nur im Sprachenstreit: die Kirche

In einem kurzen Bürgerkrieg setzte sich die linke Partei *Fretilin* gegen die Nachfolgepartei des alten Regimes durch und bildete die erste unabhängige Regierung Osttimors, welche am 28. November 1975 ausgerufen wurde. Ihre zentralen Führungsfiguren hatten fast alle eine gute portugiesische Erziehung genossen, wie die späteren Premierminister und Präsidenten Alkatiri, Ramos-Horta und Xanana Gusmão. Noch im selben Jahr machte Indonesien sich die internationale politische Atmosphäre nach dem US-Rückzug aus Indochina zu-

nutze, streute Gerüchte über Verbindungen zwischen Vietnam und der *Fretilin*, beschwor eine kommunistische Gefahr an der indonesischen Ostgrenze herauf und marschierte so vom Westen unbehelligt in Osttimor ein und besetzte das Land. Mit der Annektion durch Indonesien ein Jahr später begann eine weitere wichtige Phase in der Geschichte Osttimors. War der Nationalismus noch unter den Portugiesen ein Phänomen der kleinen portugiesisch ausgebildeten Elite, bewirkte die brutale indonesische Besatzung, dass er zum Massenphänomen wurde. Der militärische Kampf, Massaker des indonesischen Militärs sowie Hungersnöte, ausgelöst durch Umsiedlungsmaßnahmen und durch das Militär zerstörte Felder forderten hohe Opferzahlen. Die verheerenden Auswirkungen der Besatzung schufen eine kollektive Gegenidentität zu der als Unterdrücker empfundenen Besatzungsmacht.

Die Maßnahmen Indonesiens zur Eliminierung des Portugiesischen führten dazu, dass in der breiten Bevölkerung die Sprache kaum eine Rolle spielte und somit auch nicht an die kommende Generation weitergegeben wurde. Im bewaffneten Widerstand jedoch wuchs die symbolische Stellung des Portugiesischen, da hier die portugiesischsprachige Elite eine herausgehobene

Rolle spielte. Der bewaffnete Arm der ehemaligen Regierungspartei *Fretilin*, die *Falintil*, agierte als Guerillaarmee und Portugiesisch wurde zur Sprache des Widerstandes. Aber auch die führenden Köpfe des Widerstandes im Ausland gehörten zur portugiesischsprachigen Elite. Portugiesisch wurde also in der Verbreitung geschwächt, aber seine symbolische Rolle wurde gestärkt.

Eine zweite Entwicklung stärkte die Rolle des Tetums im osttimoresischen Volk. Portugiesisch wurde Anfang der 1980'er Jahre als offizielle Sprache innerhalb der katholischen Kirche von Seiten Indonesiens verboten. Die Versuche, die katholische Kirche Osttimors in die indonesische Kirche zu integrieren, scheiterten. Sie kam unter die direkte Verwaltung Roms und erhielt vom Vatikan die Erlaubnis die portugiesische Sprache durch Tetum zu ersetzen. Menschenrechtsverletzungen

Foto: Jörg Meier

wurden von der katholischen Kirche öffentlich gemacht, die versuchte aktiv die Menschen zu schützen. Das machte die Kirche populärer beim Volk und bescherte ihr den Zulauf der Bevölkerung. Waren am Ende der portugiesischen Kolonialzeit nur ca. 20 bis 25% der Bevölkerung katholisch, so sind es heute weit über 90%. Die Aktivitäten der Kirche förderten den wachsenden Gebrauch des Tetums unter den Osttimoresen. Der Gebrauch des Tetums war gleichzeitig ein symbolischer Akt des Widerstandes.

Unter der indonesischen Besatzung gewann eine dritte Sprache an Bedeutung. Die elitäre herausgehobene Stellung, die zur Kolonialzeit noch dem Portugiesischen zukam, war nun der *Bahasa Indonesia* vorbehalten. Die Sprache der Schulen, der Verwaltung und der Medien war nun Indonesisch. Dadurch entwickelte es sich neben Tetum mehr und mehr zur zweiten Verkehrssprache im multilingualen Osttimor und wird heute von mehr Menschen in Osttimor gesprochen als Portugiesisch. Am Ende der indonesischen Besatzung war Portugiesisch in seiner Verbreitung geschwächt, hatte aber durch den Widerstand eine sehr starke Symbolkraft entwickelt. Tetum war durch die Kirche weiter verbreitet als zuvor und Indonesisch hatte sich als eine weitere *Lingua Franca* etabliert.

Englisch etablierte sich erst mit dem Ende der indonesischen Besatzung. Als der indonesische Präsident Habibie den Osttimoresen zubilligte in einem Referendum über die Zugehörigkeit zu Indonesien zu entscheiden, votierte die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für die Unabhängigkeit. In einer folgenden Übergangsphase von 1999 bis 2002 stand Osttimor unter Verwaltung der Vereinten Nationen. Seit 2002 genießt das Land die volle staatliche Souveränität. Die Arbeitslosigkeit in dem nun unabhängigen Land ist groß. Die UN und ausländische Entwicklungsorganisationen wurden zu den größten Arbeitgebern im Hauptstadtdistrikt, die meist Englisch als Arbeitssprache verwendeten. Englischkenntnisse ermöglichten somit den Zugang zu besser bezahlten Jobs. Aus diesem Grunde konnte sich Englisch als vierte wichtige Sprache im Land etablieren.

Ziehen wir ein Fazit aus der Geschichte Osttimors und betrachten die Stellung der vier Sprachen Tetum, Portugiesisch, Indonesisch und Englisch: Die Wahl des Tetum als Nationalsprache ist einfach nachzuvollziehen, da es einen starken identitätstragenden Charakter hat. Ähnliches gilt für das Portugiesische, welches allerdings die Sprache einer kleinen einflussreichen Elite war und ist. Sie hat geringere integrative Wirkung als das Tetum, da die Mehrheit des Portugiesischen nicht mächtig ist. Die Entscheidung für Tetum ist hinterfragbar, da fraglich ist, inwieweit diese Sprache den Anforderungen eines modernen Staates gewachsen ist, insbesondere in Bereichen, die ein Fachvokabular benötigen, wie zum Beispiel Justiz oder Verwaltung. Indonesisch dagegen ist weit verbreitet, den modernen Anforderungen gewachsen und wird vor allem von den meisten jungen Menschen gesprochen. Indonesien ist und bleibt außerdem ein wichtiger Handelspartner Osttimors. Andererseits aber war Indonesisch die Sprache der Besatzer und ist daher negativ konnotiert. Englisch ist unvorbelastet und schafft Timoresen den Zugang zu Beschäftigung, ist aber in keinster Weise identitätsstiftend.

Die gegenwärtige sprachliche Situation Osttimors ist verworren. Kirsty Sword-Gusmão, Gattin von Premierminister Xanana und ehemalige First Lady, hat sich für den genannten Schulversuch des muttersprachlichen Unterrichts stark gemacht. Ihr Einsatz führte zu heftigen Debatten. Einerseits wird argumentiert, dass muttersprachlicher bzw. bilingualer Unterricht zwar wichtig wäre, aber nicht dringend, ganz zu schweigen von den Kosten und dem Aufwand, die damit einhergehen würden. Andere Stimmen sehen durch die Förderung weiterer Sprachen gar die nationale Einheit bedroht, solange noch nicht einmal die Nationalsprachen in ausreichendem Masse verbreitet und gesprochen werden. Die Vermittlung dieser Sprachen habe schließlich Priorität. Pünktlich zum internationalen Tag der Muttersprache flammte die Diskussion in alter Heftigkeit wieder auf. Neue Argumente waren kaum zu vernehmen, stattdessen durften sich deutsche Leser an ein Zitat des bayrischen Muttersprachlers Karl Valentin erinnern fühlen: »Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von allen« (s. SUARA Nr. 1/2012, S. 48: Muttersprachlicher Unterricht soll Kindern das Lernen erleichtern).

Länder, in denen neben der Nationalsprache auch Muttersprachenunterricht auf dem Lehrplan steht, wie z.B. Kanada oder die skandinavischen Staaten argumentieren, dass die Beherrschung der Muttersprache ein wesentlicher Faktor zur erfolgreichen Aneignung einer weiteren Sprache sei. Empirische Untersuchungen unter anderem in den USA, in Deutschland und der Schweiz zeigten, dass Kinder die an zweisprachigem Unterricht teilnehmen, sowohl die Zweitsprache schneller lernen, als auch ihre allgemeine sprachliche Kompetenz verbesserten. Auf Osttimor übertragen würde das bedeuten, dass Lehrer, die in der Lage sind Kindern eine stabile Basis in der Muttersprache zu vermitteln, den Schülern auch den Zugang zur Zweitsprache Tetum oder Portugiesisch erleichtern. Es stellt sich außerdem die Frage, wie Fächer wie z.B. Mathematik Kindern in einer Zweitsprache vermittelt werden kann, wenn diese ihnen nicht geläufig ist und die Muttersprache nicht als Hilfssprache zur Verfügung steht. Die Ergebnisse der landesweiten Pilotprojekte zu muttersprachlichem bzw. bilingualem Unterricht dürfen mit Spannung erwartet werden. ♦

Daniel Peters, Watch Indonesia! - Mitglied, ist Dipl. Südostasienwissenschaftler und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit asiatischen Migrationsprozessen. Kontakt: danielpeters@email.de

Osttimors unvollendete Aufarbeitungsprozesse

Helden und Opfer: Die Konkurrenz um Anerkennung und Reparationen

von Dr. Christoph Marcinkowski (Redaktion Missio)

1999 war Osttimor in aller Munde, heute ist das junge Land aus den Schlagzeilen verschwunden. Noch immer (2013) ist Osttimor durch die Folgen der indonesischen Besatzung und der Gewalt und Zerstörung nach dem mutigen Votum der Bevölkerung für die Unabhängigkeit 1999 gezeichnet. Die traumatischen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte – das erfahrenen Leid, die vielen Toten und Verschwundenen, der Verlust von Hab und Gut – wirken fort. Die juristischen und gesellschaftlichen Aufarbeitungsprozesse konnten nur begrenzt zu Gerechtigkeit und Versöhnung beitragen. Sie bleiben unvollendet, wie die vorliegende Studie aufzeigt. Viel ist versprochen worden, zu wenig wurde erreicht. Im Ringen um Anerkennung und Reparationen fühlen sich die zivilen Opfer von Menschenrechtsverletzungen inzwischen ausgegrenzt und vergessen. Durch die unbewältigte Vergangenheit staut sich ein Konfliktpotential auf, das sich jederzeit wieder neu entladen kann, wie wir in Osttimor 2006–2008 gesehen haben. Die damalige Krise brachte das junge Land an den Rand des Zusammenbruchs. Umso wichtiger ist die Versöhnung zwischen den verfeindeten Menschen und die Versöhnung vieler Einzelner mit ihrer eigenen belasteten Vergangenheit. Hier liegen auch für die katholische Kirche in Osttimor große pastorale Herausforderungen.

Gemeinsam mit kirchlichen Hilfswerken und der Menschenrechtsorganisation *Watch Indonesia!* hat *missio* die Menschen in Osttimor mit Wahlbeobachtung beim Referendum 1999 solidarisch unterstützt. Wir haben gemeinsam die Verfahren für die Verbrechen in Osttimor vor dem ad-hoc Menschenrechtsgericht in Jakarta beobachtet und uns dafür eingesetzt, dass die Täter der Gräueltaten zur Verantwortung gezogen werden. Unter den Opfern waren auch Katechisten, Ordensschwwestern wie -brüder und Priester. Die katholi-



Menschenrechte 52:
Osttimor - Helden und
Opfer: Die Konkurrenz
um Anerkennung und
Reparationen

Dr. Christoph
Marcinkowski
(Redaktion), 2013
60 Seiten, DIN A5,
broschiert.

Autoren:
Monika Schlicher,
Henri Myrntinen

kostenlose Bestellung unter:

<https://www.missiohilft.de/de/shop/menschenrechtsstudien/101458-mr-52-osttimors-unvollendete-aufarbeitungsprozesse.html>

kostenloser Download unter:

<https://www.missiohilft.de/media/thema/menschenrechte/studie/52-osttimor.pdf>

sche Kirche, der ca. 95% der Bevölkerung angehören, wurde zur Zielscheibe, weil sie den Menschen Zuflucht bot und für sie Stimme war. Bischof Carlos Ximenes Belo wurde dafür 1996, gemeinsam mit José Ramos Horta, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

missio unterstützt die Forderungen nach Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission und möchte mit dieser Studie einen Beitrag dazu leisten, dass die Bedürfnisse der Opfer in Osttimor nicht vergessen werden. ♦

Angesagt - aus der Arbeit von Watch Indonesia!

Nr. 11, Januar 2013 – Juli 2013

Palmöl – Fluch oder Segen? Podiumsgespräch BTU Cottbus, 14. Januar 2013

Studierende der BTU Cottbus konnten im Januar eine ganze Palmölwoche erleben. Auftakt bildete ein von Daniel Häfner moderiertes Podiumsgespräch mit Vertreterinnen von *Robin Wood*, *BOS Deutschland* und *Watch Indonesia!*. Studentin Viviane Meyer organisierte daneben auch eine Ausstellung, eine Palmöl-Stadtführung und einen palmölfreien Workshop. So gut wie alle mit Palmöl verbundenen Aspekte kamen bei dem Podiumsgespräch zur Sprache, angefangen von Wachstumszyklus der Pflanze über ökologische und soziale Probleme des Anbaus in Monokulturen bis hin zu Handlungsmöglichkeiten individueller Verbraucher. Für *Watch Indonesia!* saß Marianne Klute auf dem Podium.

Landraub: Zunehmender Einfluss privater Unternehmen und der Dialogprozess in Papua, 25.-31. Januar 2013

»Ich habe niemandem außer meiner Familie erzählt, dass ich hier nach Deutschland komme. Wenn ich das verraten würde, wäre mein Leben und das Leben meiner Familie in Gefahr«. Mit diesen Worten eröffnete der Gemeindepriester Zefnat Kudubun aus Westpapua das Partnerschaftsseminar des *Westpapua Netzwerks*, welches vom 25.-27. Januar 2013 in Niederbieber stattfand. An diesem Seminar, das unter dem Titel »*Landraub und Dialog, Haben die Papua im neuen Indonesien eine Zukunft?*« lief, nahmen sowohl die Partnerkirchen als auch Mitglieder des Netzwerkes teil. Zefnat Kudubun referierte dabei schwerpunktmäßig über den Landraub im Distrikt Kurik, Merauke, in der Provinz Papua, in der sich das riesige Projekt MIFEE (*Merauke Food and Energy Estate*) befindet. Die Situation vor Ort hat sich in der letzten Zeit dramatisch verschlechtert, da viele arbeitsfähige Einwohner ihre Zukunftsperspektiven verloren, nachdem sie ihr Land verkaufen mussten und ihnen damit der Zugang zum Wald,

ihrer Hauptnahrungsquelle, verweigert wurde.

Zusammen mit Kudubun wohnte auch Septer Manufandu vom *Papua Friedensnetzwerk* (JDP) der Veranstaltung bei. Er informierte über die aktuelle politische Lage in Papua und die Notwendigkeit eines Dialogs zur friedlichen Lösung des Konflikts. Begleitet von Norman Voss, dem Referenten des *Westpapua Netzwerks*, konnten die beiden Aktivisten im Anschluss an das Seminar auch Lobbygespräche mit dem Auswärtigen Amt und Mitgliedern der Menschenrechtskommission des Deutschen Bundestages führen. Dabei trafen Sie am 29.1. auf Christoph Strässer von der SPD und am 31.1. auf Jürgen Klimke von der CDU. Alex Flor und Basilisa Dengen von *Watch Indonesia!* begleiteten die beiden Gäste zu den Gesprächen mit den genannten Abgeordneten.



Zefnat Kudubun und Septer Manufandu (Mitte)

Foto: Basilisa Dengen

Im Rahmen dieser Zusammenkunft in Berlin gelang es *Watch Indonesia!* auch einen Filmabend mit Zefnat Kudubun und Septer Manufandu im Büro von *Watch Indonesia!* zu organisieren. Der Film *Air Mata Ibu Malamoi* (Foker LSM Papua, 2007) erzählt von massiver Ausbeutung der Naturressourcen in Papua. Circa 25

Mitglieder und Freunde nahmen an dieser Veranstaltung teil und diskutierten intensiv über die Geschehnisse in der Region. Dabei wurde beispielsweise nach der Haltung der lokalen Regierung im Dialog zwischen Jakarta und Papua gefragt. Manufandu führte daraufhin aus, dass die Problematik in Papua nicht bloß mit den Sonderautonomiegeldern zu lösen sei. Er betonte, dass es seiner Ansicht nach zu begrüßen wäre, wenn die Zentralregierung und die Leute in Papua sich darauf vorbereiten würden, miteinander in einen Dialog zu treten. Auf lokaler Ebene wurde der Dialog zwischen den indigenen Papuas und den Migranten der Region bereits begonnen. Jetzt erwarte die einheimische Bevölkerung, dass auch die Regierung in Jakarta Schritte unternimmt, um einen Dialog mit den Papuas aufzunehmen. Weiterhin erklärte er, wie mächtig die privaten Unternehmen in der Region mittlerweile seien und wie stark sie von den Sicherheitskräften - Polizei und Militär - unterstützt würden. Dies sei auch eine Ursache dafür, warum die staatlichen Unternehmen vor Ort sich nicht weiterentwickelten. Die politische Situation in Westpapua ist nach Auffassung von Manufandu vor allem dadurch verschlimmert worden, dass im Vorfeld der stattfindenden Wahlen viele Kandidaten politische Abmachungen mit den lokalen Unternehmen trafen, um ihre persönlichen Interessen zu sichern.

Diskussion mit KBRI: Verbreitung des Islams in Indonesien, 1. Februar 2013 und Bürokratiereform in Indonesien, 5. Februar 2013

Pipit Kartawidjaja von *Watch Indonesia!* wurde als Gastredner zu einer Diskussion bei der indonesischen Botschaft Berlin (KBRI Berlin) eingeladen. Er referierte über die Bürokratiereform in Indonesien und arbeitete deren Ziele heraus. Zuallererst will diese Reform seiner Ansicht nach den Staat stärken und die Teilhabe der Bevölkerung stimulieren. Der erste Schritt, der notwendig ist, um diese Reformen weiterzuführen, bestehe aus seiner Sicht in der Zustimmung des Parlaments zum Gesetzentwurf über die Staatsverwaltung (*RUU Administrasi Pemerintahan*). Dies konnte aber bisher nicht realisiert werden, da diesbezüglich seit 2005 noch keine Regierungsverordnung des Präsidenten erteilt wurde.

Auf einer vorherigen Veranstaltung hielt Syafiq Hasyim, Vorstandsmitglied von *Watch Indonesia!*, einen Vortrag über den Islam in Indonesien. Dabei erörterte er zunächst die Frage, wann der islamische Glaube den Archipel erreichte und welche Personen und Bevölkerungsgruppen für seine Verbreitung verantwortlich waren. Hasyim wies darauf hin, dass zahlreiche islamische Gruppierungen in Indonesien der Meinung seien der Islam habe erst im 8. Jahrhundert das Land erreicht. Diese Feststellung ist insofern von Bedeutung, als dass viele muslimische Religionsführer daraus ableiten wollen, dass der Islam zum ältesten Teil dieses Landes gehört und er damit auch einen größeren Anspruch auf dieses

Land geltend machen könne als andere Religionen. Syafiq Hasyim stuft diese Einschätzung als sehr politisch ein. Auf die Frage, wie der Islam in Indonesien eingeführt wurde, hob er hervor, dass diese Religion auf friedlichem Wege den Archipel eroberte, d.h. vor allem ohne Kriegführung.

Vorführung des Films *The Act of Killing* an der Humboldt-Universität zu Berlin, 11. Februar 2013

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin veranstaltete *Watch Indonesia!* am 11. Februar 2013 einen Filmabend mit Diskussion. Rund 150 Teilnehmer fanden sich zu »*The Act of Killing*« in einem völlig überfüllten Hörsaal der Universität ein. Wegen Platzmangels mussten einige Studenten sogar auf dem Boden Platz nehmen, um diese seltene Chance nicht zu verpassen. Andere saßen hingegen ruhig im Flur und versuchten, so nah wie möglich an den Bildschirm heranzukommen. Unter den Zuschauern waren neben Studenten, Doktoranden und NGO-Aktivisten auch Exilindonesier, die nach den Massakern im Jahr 1965 aus verschiedenen Ländern nach Berlin flüchten mussten.



Joshua Oppenheimer in Berlin

Foto: Basilisa Dengen

Der Regisseur Joshua Oppenheimer kam nach Berlin, um den Film auf der diesjährigen *Berlinale* vorzuführen. Freundlicherweise nahm er die Einladung von *Watch Indonesia!* an. Anders als die in den Kinos gezeigte Fassung präsentierte Oppenheimer auf diesem

Filmabend den *director's cut*, weil er der Meinung war, dass diese Fassung für Indonesienkenner informativer und interessanter sei. Der Regisseur stieß während der Filmvorführung zur Präsentation hinzu und zeigte sich sehr begeistert darüber, dass sein Film ein derart großes Interesse unter den Berlinern erregte. Während der Diskussion erklärte Oppenheimer, dass er am Anfang gar nicht vorhatte, einen Film aus der Täterperspektive zu drehen. Dies sei ihm von den Opfern empfohlen worden, die ihn darauf hinwiesen, dass viele Täter bis heute unbestraft und frei auf den Straßen von Medan herumlaufen können. Oppenheimer führte aus, dass er mit seinem Film habe zeigen wollen, wie die Straflosigkeit bis heute in Indonesien noch gefeiert wird. Während der Diskussion erklärte er auch, dass es in dem Film »*The Act of Killing*« nicht nur um Mord an Menschen ginge, sondern auch um Mord an der Kultur, an Ideen und Werten, aber auch an Gemeinschaft und Hoffnung. Ein Teilnehmer fragte, ob er mit diesem Film noch nach Indonesien reisen könne. Oppenheimer antwortete: »Ich frage alle Indonesier, die hier anwesend sind: Ist es noch möglich?« Betretendes Schweigen, niemand antwortete. »Ja, das ist die Antwort«. Daraufhin brach im Hörsaal schallendes Gelächter aus.



Zahlreiches Publikum (Ausschnitt)

Foto: Basilisa Dengen

Filmabend mit Diskussion: *Alkinemokiye* – Eine Geschichte über den Arbeiterstreik im Bergbau von Freeport McMoran in Papua, 1. März 2013

Am 15. September 2011 stellten 8000 Arbeiter von *Freeport McMoran Indonesien* die Maschinen aus und verließen ihren Arbeitsplatz, um in einen Streik zu treten. Sie verlangten eine Lohnsteigerung von US\$ 3.5 auf US\$ 7.5 pro Stunde. Dafür organisierten sie einen »langen Marsch« und blockierten den Zugang zur Bergbaumine. Anlass des Streiks waren vor allem die großen Differenzen in der Gehaltsstruktur der beschäf-

tigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ferner zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen der Produktivität der jeweiligen Mine und den Gehältern der Arbeiter. So streckt sich die Einkommensschere innerhalb des Unternehmens vom niedrigsten Lohn in Indonesien bis zum höchsten Entgelt in der internationalen Struktur in einem Verhältnis von 1:545. *Freeport Indonesia* als die größte Goldmine der Welt zahlt zum Beispiel für ihre Arbeiter in Papua einen weitaus geringen Lohn als für die Beschäftigten in Süd- und Nordamerika, wo die Produktion niedriger ist. Ferner enthüllte der Film auch, dass die ehemaligen Arbeiter von *Freeport* bis heute keine angemessene und zuvor zugesicherte Rente erhalten.

Der Streik wurde sehr vorsichtig organisiert, die Demonstranten wehten immer wieder mit der indonesischen Flagge, um den Vorwurf der Sympathie mit der Unabhängigkeitsbewegung zu entkräften.

Der Filmmacher, Dandhy Dwi Laksono, erzählte, dass die Idee zur Entstehung dieses Films reiner Zufall war. Während er in der Nähe an einer Reportage arbeitete, begann der Streik bei *Freeport*. Er nutzte diese Gelegenheit, um die Geschehnisse zu filmen und Bildmaterial zu sammeln. Seine Filmaufnahmen wurden zeitweise von der Polizei beschlagnahmt, ihm aber später weder zurückgegeben. Allerdings hatten die Sicherheitskräfte einen Teil der Aufnahmen zuvor gelöscht.

Der Film erzählt nicht nur von den Streiks, der Ungerechtigkeit und den schlechten Arbeitsbedingungen bei *Freeport*, sondern bringt dem Zuschauer auch den Zusammenhang zwischen den Streiks und der politischen Lage in Papua näher. *Alkinemokiye* wurde außer in Berlin auch an der LSE und dem *Imperial College* in London sowie an der *Metropolitan University* in Leeds vorgeführt. Im Vorjahr gewann der Film den Preis des ASEAN Dokumentarfilmwettbewerbs. Die öffentliche Vorführung wurde aber von den Behörden verweigert. Die Teilnehmer konnten den Film jedoch auf dem eigenen Laptop sehen.

Der Besuch von Dandhy Dwi Laksono wurde durch eine Zusammenarbeit zwischen *Watch Indonesia!* und der Vereinigung der indonesischen Studenten Berlin (*PPI Berlin*) ermöglicht.

RSPO: Treffen mit Darrel Webber, RSPO-Generalsekretär, am 4. März 2013 in Berlin

Der *Round Table on Sustainable Palm Oil* (RSPO) mit mehr als 500 Mitgliedern aus Industrie, Handel, Finanzsektor, NGOs und anderen Bereichen wirbt mit nachhaltig produziertem Palmöl um den europäischen Markt. Hier jedoch scheint die Akzeptanz gering: das RSPO-zertifizierte Palmöl findet kaum Absatz und wird zudem von einigen zivilgesellschaftlichen Gruppen kritisiert. Das Treffen mit RSPO-Generalsekretär Darrel Webber bot *Watch Indonesia!*, Greenpeace, *EED/Brot für die Welt*, *Robin Wood* und dem WWF Gelegenheit,

Webber mit einem ganzen Katalog an Fragen zu konfrontieren.

In Rücksprache mit unseren indonesischen Partnern brachten wir auch konkrete Beschwerdefälle vor. Einige der Fragen blieben offen oder sollen schriftlich beantwortet werden.

»Wonderful Indonesia. The world's heart of wonders« - Infostand/Demonstration anlässlich der ITB, Berlin, 5. März 2013

Wie jedes Jahr fand im März die *Internationale Tourismus Börse* (ITB) statt. Es handelt sich dabei um die größte und wohl wichtigste Tourismusmesse der Welt. Und wie jedes Jahr hatte die ITB auch 2013 als Schwerpunktthema ein Partnerland: Indonesien.

»Der Tourismussektor ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren Indonesiens: Rund 9,2 Millionen Menschen sind im Tourismus beschäftigt, das entspricht 8,4 Prozent des indonesischen Arbeitsmarktes. Mit Gesamteinnahmen in Höhe von 33,8 Milliarden US-Dollar trägt der Tourismussektor 3,9 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt des Inselstaates bei [...] Insgesamt verzeichnete der Archipel 8,04 Mio. internationale Ankünfte im Jahr 2012, im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um 5,2 Prozent.« (PR-Inside.com, 14.3.13)

Lassen wir diese Zahlen sprechen: 8,04 Mio. internationale Gäste sorgen also für rund 9,2 Mio. Beschäftigte im Tourismussektor. Der durchschnittliche Pauschal-tourist bucht eine zweiwöchige Reise nach Bali. Ein paar wenige – und meist weniger zahlungskräftige – Touristen bleiben etwas länger.

Mit geringen Abweichungen nach oben oder unten kommen wir also zu der Feststellung, dass ein durchschnittlicher Tourist innerhalb von zwei Wochen in etwa soviel Geld im Land lässt, wie ein lokal Beschäftigter im ganzen Jahr verdient!

Es bleibt Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, überlassen, ob sie diese Zahlen eher als Indiz für die Ausbeutung indonesischer Arbeitskräfte oder aber als Beweis einer überproportionalen Schröpfung ausländischer Touristen bewerten möchten.

Zum Vergleich der Größenordnungen sei eine weitere Zahl genannt: alleine in Berlin wird bis Ende dieses Jahres mit über elf Millionen Gästen gerechnet (Tagesspiegel, 23.08.2013) – ca. drei Mio. mehr als die Zahl ausländischer Touristen in ganz Indonesien. Aber nur ca. 280.000 Menschen verdienen davon ihren Lebensunterhalt (vgl. 9,2 Mio. im Tourismus Beschäftigte in Indonesien, s.o.).

Wie auf Messen so üblich, stand zu erwarten, dass sich Indonesien auf der ITB nur von seiner schönsten

Seite präsentieren würde: Traumstrände, Tauchparadiese und kulturelle Höhepunkte. Das Ausblenden von weniger schönen Aspekten ist auf einer Messe normal.

Schon weniger normal, wenn auch nicht ganz unüblich, ist die völlige Verdrehung von Tatsachen. Wenn da plötzlich eine Region wie Papua als Reiseziel angepriesen wird, obgleich Journalisten, Menschenrechtsorganisationen – ja sogar das Internationale Komitee vom Roten Kreuz! – von dort ferngehalten werden sollen, dann gibt das zu Denken.



Watch Indonesia! Tour & Travel

Foto: Watch Indonesia!

Wenn mit Ausflügen in Orang Utan-Reservate geworben wird, die unter Billigung der Regierung immer mehr unter Druck von Plantagenunternehmen geraten und somit den Lebensraum der Orang Utan auf die Größe eines kommerziellen Safariparks reduzieren, dann bedarf es einer Gegendarstellung.

Watch Indonesia! entschied sich zu einer nicht-konfrontativen Darstellung dieser Gegebenheiten. In satirischer Weise wurden Handzettel verteilt, die auf die im offiziellen Messeprogramm scheinbar vergessenen Touristenattraktionen aufmerksam machten. Eine kleine Ausstellung verbildlichte die »Attraktivität« der angepriesenen Reiseziele:

Im Angebot waren unter anderem *Wellness*-Urlaube mit Schlamm-packungen aus den Tiefen des Vulkans *Lapindo* (s. S. 10) und Erlebnisurlaube zu den beliebtesten Reisezielen indonesischer Militärs in Papua.

Angesichts der fast auf die Größe von Zoogehegen geschrumpften Lebensräume der noch frei lebenden Orang Utans ging das fiktive Reisebüro von *Watch Indonesia!* gar so weit, eine Kostenrückerstattungs-garantie für den Fall zu übernehmen, dass jemand in dem verbliebenen Gehege keinen Orang Utan zu Gesicht bekäme.

Die offiziellen Vertreter Indonesiens interessierten sich nicht für Inhalt und Form unserer Aktion. Für sie zählte allein die Tatsache, dass es beim Empfang von Staatspräsident Yudhoyono auf der ITB offenbar eine Protestaktion geben sollte. Auf die irgendwie durchge-

sickerte Nachricht über die geplante Protestaktion hin gerieten sie in Panik und agierten nicht anders als zu Zeiten der Diktatur Suhartos.

Mitglieder der Delegation von Präsident Yudhoyono bequatschten einfache Berliner Polizisten, die zum Wachschutz am Hotel Adlon, dem Übernachtungsort des Präsidenten, abgestellt waren: ob man die Demonstration von *Watch Indonesia!* nicht verbieten könne? Bis spät in die Nacht verzeichnete *Watch Indonesia!* noch Zugriffe auf die Homepage aus dem Hotel Adlon.

Am nächsten Tag die Eröffnung der ITB. *Watch Indonesia!* und einige Leute befreundeter Organisationen stehen mit Ausstellung und Plakaten vor dem Eingang des Kongresszentrums ICC. Vizebotschafter Siswo Pramono, der uns kurz zuvor noch zum Essen in seine Dienstvilla eingeladen hatte, schien uns plötzlich nicht mehr zu kennen.



Polizei erklärt, wo es lang geht: »Dorthin bitte!«

Foto: Watch Indonesia!

Ein Diplomatenauto (Kennzeichen CD) versperrte den Zugang zum Bereich, der uns von der Polizei für unsere Aktion zugewiesen wurde. Auf Einschreiten der Polizei musste sich der Fahrer einen anderen Parkplatz suchen.

Dann kam Brigadegeneral Yoedhi Swastono, ehemaliger Militärattaché an der indonesischen Botschaft in Berlin. Er kickte mit dem Fuß an die aufgestellten Infotafeln und sagte zu Alex Flor, einem der Geschäftsführer von *Watch Indonesia!*: »Wir wissen, wer du bist. Nimm dich in Acht!«

Gegenüber *Watch Indonesia!*-Vorstandsmitglied Erwin Sutanto wurde Swastono deutlicher: »Wenn du in Jakarta wärest, würden wir dich umbringen. Ich töte langsam ...« Erwin Sutanto erstattete Strafanzeige.

Als nächstes wurden indonesische Studenten (vermutlich mit einem Trinkgeld) dazu angehalten als Empfangskomitee zu agieren und in Form einer Menschenkette den Kontakt zwischen Messebesuchern und dem Infostand von *Watch Indonesia!* effektiv zu unterbinden. Auch diese Blockierer wurden allerdings von der Polizei des Platzes verwiesen.

Einige wichtige Kernpunkte der Kritik bezüglich der Nachhaltigkeit des Tourismus sind vielleicht nicht angekommen. Aber zumindest die Unterschiede zwischen einem gesetzlich verbrieften Demonstrationsrecht und den altgewohnten Praktiken aus der Zeit der Diktatur Suhartos wurden bei dieser Gelegenheit beiden Seiten deutlich.

Filmabend mit Diskussion: Lapindo Schlammvulkan ist kein Naturkatastrophe, 6. März 2013

Am 29. Mai 2006 schoss heißer Schlamm aus den Bohrlöchern der Firma *Lapindo Brantas* in Sidoarjo, Ostjava. Die übelriechende Masse floss auf die angrenzenden Felder und erreichte schließlich sogar die Siedlungen der einheimischen Bevölkerung. Etwa 700 Hektar Land verwandelten sich in einen Schlammsee, zwischen 40.000 und 60.000 Einwohner wurden infolge der Katastrophe zu Binnenflüchtlingen. Einige Menschen migrierten daraufhin in andere Städte, andere hingegen leben heute in den Gebieten der nahen Umgebung, die nicht von der Schlammlawine betroffen waren.

Doch nicht nur geographische Veränderungen lassen sich in der Region beobachten, auch die Wirkung dieser Ereignisse auf das soziokulturelle Leben der Einwohner sollte nicht unterschätzt werden. Die indonesische Menschenrechtskommission (*Komnas HAM*) klassifizierte im Jahr 2012 den Vorfall als vom Menschen verursachte Katastrophe. Nach den Ausführungen von *Komnas HAM* hat der Staat gegen 15 essentielle Grundrechte verstoßen, unter anderem das Recht auf Leben, das Recht auf Gesundheitsvorsorge, aber auch gegen die Rechte auf Bildung und Arbeit sowie weitere wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Der Rechtsstreit um die Folgen dieser Katastrophe dauert bis heute an. Der Besitzer des Unternehmens *Lapindo*, Aburizal Bakrie, kandidiert 2014 für das indonesische Präsidentenamt. Er streitet jede Verantwortung für die Katastrophe ab und bekennt sich als nicht schuldig.

Zu diesem Thema war Anton Novenanto am 6. März bei *Watch Indonesia!* zu Gast. Er schreibt derzeit seine Doktorarbeit über die *Lapindo*-Affäre an der Universität Heidelberg und präsentierte auf unserer Veranstaltung den Stand seiner Forschung, informierte aber gleichzeitig auch über die neuesten Entwicklungen in diesem Gebiet. Zum Einstieg in die Thematik zeigte Novenanto den Film *Anak-Anak Lumpur (Children of Mud)*, Danial Rifki, 2009). Das Grundproblem in *Lapindo* macht er an der komplizierten Beziehung zwischen Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft fest. Der Staat ist seiner Interpretation nach in diesem Konflikt gelähmt, da die Unternehmen in der letzten Zeit zunehmend an Einfluss gewannen und vereinzelt bereits die Rolle des Staates übernehmen. Die Vertreter der Zivilgesellschaft hingegen kämpfen jeden Tag darum, um

den Staat wieder zu stärken. Die wichtigste Frage der Diskussion war: Welche Mechanismen müssen implementiert werden, um die Unternehmen zur Verantwortung zu bringen? Solche Mechanismen sind in Indonesien aber bisher nicht existent. Zwar verabschiedete die Zentralregierung in Jakarta im Jahr 2007 ein Gesetz zur Bewältigung von Naturkatastrophen. Lösungswege zur Bewältigung industrieller Katastrophen wie in *Lapindo*, sind darin aber nicht enthalten. Damit müssen die indonesischen Gesetzgeber sich zukünftig noch beschäftigen.

Welternährung und Bioenergie: reicht es für beides?, 52. Treffen des Netzwerks Bioenergie der Deutschen Umwelthilfe in Berlin am 20. März 2013

Bei den Debatten über Bioenergie stößt man auf grundsätzliche Probleme der globalen Agrarpolitik: ist es möglich, die Welternährung sicherzustellen und außerdem Pflanzen für Energie anzubauen? Wie kann der ökologische Fußabdruck der Industriestaaten verkleinert werden? Wie kann kleinbäuerliche Landwirtschaft gefördert und damit Hunger und Armut bekämpft werden? Welche Hebel haben wir zur Sicherstellung des Rechts auf Nahrung und wie kann Landnutzungspolitik wirken? Diese und ähnlichen Fragen stellten sich die Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in der 4-stündigen Sitzung in den Räumen der *Deutschen Umwelthilfe* in Berlin.

In ihrem Beitrag stellte Marianne Klute als Vertreterin von *Watch Indonesia!* und des *Forums Umwelt und Entwicklung* drei mögliche Handlungsstränge vor, die sich an den Forderungen und Bedürfnissen der indonesischen Zivilgesellschaft orientieren: nämlich die Reduzierung des Konsums (vor allem durch weniger Verschwendung und mehr Effizienz), die Unterstützung der indonesischen Politik bei der Umsetzung einer kohärenten Landnutzung und nicht zuletzt die Unterstützung der indonesischen zivilgesellschaftlichen Projekte zur Durchsetzung von Landrechten und Landplanung.

Hier Bio – dort Tod; Filmabend und Gespräch in der Reihe Dialog der Kulturen – Indonesien – des Ökumenischen Informationszentrums Dresden im Filmkino Casablanca am 21. März 2013

Unter dem Eindruck des Films von Inge Altemeier diskutierte das Publikum mit Sandy Nurvianto, Doktorand der Wildökologie an der TU Dresden, Marianne Klute von *Watch Indonesia!* und Thomas Brockmann vom Zoo Dresden über die Gefährdung von Natur und Mensch durch Ölpalmplantagen. Im Film schockiert das

Schicksal der in Plantagen verirrt / getöteten Orang Utans, und selbst anwesende Indonesier blieben angesichts der Bilder aus Sumatra und Kalimantan betroffen. Nurvianto konnte aus eigener Erfahrung berichten, wie schwierig Wildtierschutz in der Realität umgesetzt werden kann. Marianne Klute beantwortete anschaulich die umfassenden Fragen des Publikums nach allen Aspekten des Palmölanbaus. Bei den Anwesenden blieb eine kleine Hoffnung zurück, dass auch der einzelne Mensch etwas gegen Umweltzerstörung durch die Palmölindustrie tun kann.

Filmveranstaltung mit Ine Febrianty, Berlin, 11. April 2013

In Kooperation mit der *indonesischen Studentenvereinigung Berlin* (PPI) veranstaltete *Watch Indonesia!* einen Filmabend mit der bekannten Filmemacherin Ine Febrianty im *Soupanova*. Sie zeigte zunächst ihren Kurzfilm *Selamat Siang Risa*, in dem es um Korruption geht. Darauf folgte *Jam 10 malam*, ein Film über einen wegen seiner moralischen Werte allseits angesehenen Lehrer, der schließlich zur Bestie wird und seine Lieblingsschülerin misshandelt und tötet. Beide Filme lösten rege Diskussionen über Kultur und Sitte, aber auch um Religion und Politik unter den zahlreich erschienenen Gästen aus.

Fair Fuels? Biokraftstoffe zwischen Sackgasse und Energiewende. Konferenz bei Palisa.de in Berlin am 19. April 2013

Es zeichnet sich ab, dass Agrokraftstoffe im Mix erneuerbarer Energien keinen signifikanten Beitrag liefern können. Im Gegenteil werden sie für negative Effekte in den Produzentenländern wie Landraub, Nahrungsmittelknappheit und unerwünschte Landnutzungsänderungen verantwortlich gemacht. Auf der Abschlusskonferenz des Forschungsprojekts *Fair Fuels* des Bundesministeriums für Bildung und Forschung kamen daher »Diskurse, Effekte und Konflikte aus transnationaler Perspektive« zur Sprache. Während es im ersten Block um die politischen Rahmenbedingungen und die Akteure, die den Weg für den Boom der Agrokraftstoffe ebneten, ging, drehte sich der dritte Block um die indirekten Landnutzungsänderungen und Möglichkeiten, diese wissenschaftlich zu erfassen und politisch zu regulieren. Fallbeispiele aus Afrika, Brasilien und Asien rundeten das Programm ab.

In seiner Fallstudie zu Asien nahm Dr. Oliver Pye, Universität Bonn, den *Runden Tisch für Nachhaltiges Palmöl* (RSPO) als Modell für mögliche Zertifizierung aller Biomasse unter die Lupe. »Zertifizierung kann die Zerstörung des Regenwaldes nicht aufhalten«, so Pyses

Analyse des RSPO. Soziale und Land-Konflikte seien Teil der Struktur und könnten mitnichten durch den RSPO-Beschwerdemechanismus gelöst werden. Im Gegenteil: da staatliche Akteure, Palmölunternehmen und Kapital eng miteinander verknüpft seien, zementiere der RSPO die Strukturen, die für eine echte Energiewende aufgebrochen werden müssten. Marianne Klute, die für *Watch Indonesia!* an der Konferenz teilnahm, machte auf die Schwächung des RSPO aufmerksam: Eine Reihe indonesischer Palmölunternehmen hätten den RSPO verlassen. Gleichzeitig habe Indonesien mit dem ISPO, dem *Indonesischen Nachhaltigen Palmöl*, Nachhaltigkeit eigenwillig definiert und ein noch schwächeres Zertifizierungsmodell vorgestellt.



Tag der Landlosen

Foto: Gertrud Falk

Protestaktion vor dem Auswärtigen Amt zum Tag der Landlosen, 17. April 2013

Verschiedene Umweltorganisationen hatten zu einer Protestaktion zum internationalen Tag der Landlosen vor dem Auswärtigen Amt (AA) in Berlin aufgerufen. *Watch Indonesia!* beteiligte sich an der Aktion. Ein Vertreter des AA traf sich auf der Straße mit den Demonstranten und nahm ihre Anliegen entgegen.

Illegal Logging und Geldwäsche, indonesische Delegation in Berlin am 19./20. April 2013

Indonesische NGOs beobachten Geldflüsse aus dem Geschäft mit legal und illegal eingeschlagenem Tropenholz über Drittstaaten in legale Investitionen. Indizien weisen darauf hin, dass große asiatische Konzerne in die Geldwäsche verwickelt sind. Es wäre zu erwägen, mithilfe des indonesischen Geldwäschegesetzes und internationaler Instrumentarien die Korruption im Holz-

sektor und den illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen.

Auf ihrer Besuchsreise nach Europa kamen drei indonesische Aktivisten*, in Begleitung von Stefanie Fried von der *Ulu Foundation* aus Hawaii und Korinna Horta von *urgewald* nach Berlin. Neben Lobbygesprächen fand ein Treffen mit *Misereor* und *Watch Indonesia!* statt, an dem Marianne Klute teilnahm.

* Rio Ismail von der Organisation *Aksi*, ehemals Leiter der Umweltaeilung der Rechtshilfeorganisation LBH und Vorstand von WALHI, Rechtsanwalt Febri Diansyah von *Indonesian Corruption Watch* und Rivani Noor von CAPPA aus Jambi

Abschlussitzung der Plattform Nachhaltige Biomasse am 30. April 2013 in der Charité in Berlin

Das Fazit der *Plattform Nachhaltige Biomasse* nach sechsjähriger Laufzeit lautet: Wir brauchen die Energiewende mit gleichzeitiger deutlicher Reduktion des Verbrauchs. Biomasse im Energiemix macht bei steigendem Energieverbrauch keinen Sinn, sondern ist nur Steigbügelhalter. Eine wirkliche Energie- und Klimapolitik ist nicht in Sicht, stattdessen werden warnende NGOs teilweise diffamiert. Die Realität ist ernüchternd. Die sogenannte Bioenergiepolitik ist nur ein Alibi. Dagegen boomt die fossile Wirtschaft, Wirtschaftswachstum hat wie immer Priorität und die Bequemlichkeit der Verbraucher hat gesiegt.

Nach sechs Jahren ist das Projekt der *Plattform Nachhaltige Biomasse*, an dem Marianne Klute jahrelang aktiv teilnahm, beendet. Gestartet ist die Plattform noch in euphorischer Stimmung, gelangte jedoch, insbesondere beim Thema Agrokraftstoffe (Palmöl) schließlich in die Depression. Die Plattform konnte immerhin andere Perspektiven in die allgemeine Diskussion einbringen und Anstöße zu den Debatten um Energie und Transport geben. Sie hat Fragen nach sozialen und menschenrechtlichen Aspekten aufgeworfen und Grenzen des Wachstums aufgezeigt. Letztendlich scheiterte die Plattform am Hemmnis, soziale und menschenrechtliche Aspekte in Politik und Wirtschaftsgehehen einzubringen.

Menschenrecht auf Religionsfreiheit – Christen in Indonesien, Evangelischer Kirchentag in Hamburg, 2. Mai 2013

Auf Einladung der VEM (*Vereinte Evangelische Mission*) nahm Basilisa Dengen von *Watch Indonesia!* an einer Podiumsdiskussion auf dem evangelischen Kirchentag in Hamburg teil.

Mehr als hundert Personen hätten die Podiumsdiskussion verfolgt, Saal 12 des *Congress Centers Ham-*

burg bot aber leider nicht allen Interessierten ausreichend Platz. So mussten Kirchentagsbesucherinnen und Besucher abgewiesen werden. Sie verpassten eine spannende und dichte Podiumsdiskussion zur Religionsfreiheit in Indonesien.

Wie aktuell das Thema ist, zeigte Dr. Jochen Motte, VEM-Vorstand und Moderator der Diskussion, anhand von zwei Kurzfilmen. Der eine berichtete über einen Kirchenabriss in Bekasi wenige Wochen zuvor. Kein Einzelfall sei das, sagte Andar Pasaribu von der *Christlich-Protestantischen Toba-Batak-Kirche* (HKBP). Moscheen dürften einfach so überall gebaut werden, Kirchen nur mit ganz strengen Auflagen, etwa nur dann, wenn mindestens 90 Menschen aus der Nachbarschaft sich damit einverstanden erklären. Und selbst dann verhinderten lokale Behörden immer wieder den Bau oder sorgten dafür, dass gebaute Kirchen geschlossen und abgerissen würden.

Religionsfreiheit in Indonesien - Andreas Harsono zu Gast bei HRW und Watch Indonesia!, 3. Mai 2013

Auf einem eher mager besuchten NGO-Treffen im Büro von *Human Rights Watch* (HRW) und einer mit zahlreichen indonesischen Gästen deutlich besser besuchten Abendveranstaltung bei *Watch Indonesia!* Berichtete und diskutierte *HRW-Campaigner* Andreas Harsono über aktuelle Auseinandersetzungen mit und Angriffe auf religiöse Minderheiten in Indonesien.

EEPN Meeting, Steering Committee bei Watch Indonesia!, am 14.-15. Mai 2013

Das *European Environmental Paper Network* (EEPN) ist ein Zusammenschluss zahlreicher Organisationen, die zur Zellstoff- und Papierindustrie arbeiten. Am diesjährigen Treffen des *Steering Committees* nahmen Vertreter aus Italien, Deutschland, Österreich, Großbritannien und Belgien teil. Neben einem Rückblick auf die Aktivitäten des EEPN und der britischen *Shrink-Paper*-Kampagne standen Strategien und Aufgaben des EEPN auf dem Programm. Nach einer Grundsatzdiskussion um eine globale Papier-Vision war Indonesien ein wichtiger Themenblock. Mit Abu Meridien von *Telapak* aus Bogor, Marianne Klute als Indonesienexpertin und Peter Gerhardt als Indonesien- und Umweltkenner war das Thema gut besetzt. *Watch Indonesia!* fungierte als Gastgeber.

Abu Meridien stellte das *Indonesian Legality Verification System* vor, mit dem sichergestellt werden soll, dass Tropenholz und Zellstoff tatsächlich legalen Ursprungs sind. Das System kann als Anpassung an die Erfordernisse des *Forest Law, Governance and Trade* (FLEGT) Modells der EU betrachtet werden, enthält

aber nach Auffassung indonesischer NGOs noch zahlreiche Lücken. Es wäre notwendig, so Abu Meridien, dass internationale NGOs Druck auf das indonesische Forstministerium ausüben, diese Lücken zu schließen.

Die Zellstoff- und Papierindustrie weltweit steht vor einer massiven Expansion. Dutzende neuer riesiger Fabriken und Holzplantagen sind geplant. Die indonesischen Konzerne drängen auf den europäischen Markt bzw. haben hier bereits Fuß gefasst. Auf der anderen Seite hat der Konzern *Asia Pulp & Paper* (APP) eine neue Umweltpolitik vorgestellt, in der er verspricht, kein Holz mehr in Naturwald einzuschlagen. Das EEPN macht es sich zur Aufgabe, diese Entwicklungen kritisch zu verfolgen und aktiv einzugreifen.

Religionsfreiheit in Indonesien, KMKI Nord, Hamburg, 17./18. Mai 2013

Die *katholische Studentengemeinde Indonesiens in Norddeutschland* (KMKI Nord) lud Basilisa Dengen von *Watch Indonesia!* als Leiterin eines Wochenendseminars zum Thema Religionsfreiheit ein. Vor ca. 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern erläuterte Basilisa Dengen einige Beispiele und Hintergründe.

Höhepunkt des Seminars war ein Planspiel, in welchem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Streit um den Bau der Yasmin Kirche in Bogor verschiedene Rollen als Vertreter der Gemeinde, der Kommune, der radikalen Gegner und anderer Akteure mehr einnehmen mussten.



Basilisa Dengen

Foto: KMKI



Watch Indonesia! TV Live

Foto: Christoph Ruhland

Filmveranstaltungen mit Lola Amaria, am 10. Juni an der Humboldt-Uni Berlin und am 12. Juni 2013 im Soupanova

Die prominente Regisseurin und Schauspielerin Lola Amaria kam auf Einladung von *Watch Indonesia!* nach Berlin, um ihren jüngsten Film *Kisah 3 titik* zu zeigen. Der Film zeigt die Arbeitsbedingungen von Arbeiterinnen und ihren Vorgesetzten in indonesischen Textilbetrieben am Beispiel dreier Frauen, die zufällig alle Titik heißen. Das Wortspiel *3 titik* verweist gleichzeitig auf die drei unterschiedlichen Perspektiven, mit der die drei Frauen sich der Realität zu stellen haben: als Arbeiterin, als Managerin oder als Aktivistin. Trotz viel Lob gab es in den Diskussionen an beiden Austragungsorten auch Kritik: viele Zuschauer hätten sich als motivierendes Moment eher ein

happy end gewünscht anstatt eines offenen Ausgangs, der alle drei Akteurinnen als gescheitert dastehen lässt.

Kisah 3 titik sollte kurz darauf auch im Rahmenprogramm ILO-Jahrestagung gezeigt werden. Aufgrund ei-

Karneval der Kulturen, Berlin, 17. - 20. Mai 2013

An einer Parade wollten wir angesichts der jüngsten deutschen Panzerlieferungen an Indonesien erklärtermaßen nicht teilnehmen. Dank einer gestiegenen Zahl aktiver Mitglieder war es *Watch Indonesia!* in diesem Jahr aber zum ersten Mal möglich, beim Kreuzberger Straßenfest zum *Karneval der Kulturen* mit einem Infostand präsent zu sein. Wir machten auf deutsche Rüstungsexporte, die Menschenrechtssituation in Papua, die Abholzung der letzten Regenwälder und vieles mehr aufmerksam.

Mittels einer Tombola, einem Quiz, »Live«-Sendungen von *Watch Indonesia! TV* sowie schauspielerischen Einlagen unseres Vorstandsmitglieds Boboy Simanjuntak gelang es, das Interesse zahlreicher Besucher zu wecken. Viele fragten nach weiteren Informationen oder abonnierten unseren Newsletter. Einige erklärten auch Interesse, Mitglied von *Watch Indonesia! e.V.* zu werden.



Karneval der Kulturen

Foto: Alex Flor



Lola Amaria mit Übersetzer in Diskussion mit ZuschauerInnen an der Humboldt-Universität

Foto: Basilisa Dengen

ner kurzfristigen Intervention von »unbekannter« Seite wurde Lola Amarias Film jedoch wenige Tage davor aus dem Programm geworfen.

Das von einigen ZuschauerInnen gewünschte *happy end* findet sich in *Minggu Pagi di Victoria Park*, dem bereits letztes Jahr in Berlin gezeigten Film Lola Amari-

as, der von der Situation indonesischer Hausmädchen in Hongkong handelt. Auf einer gut besuchten Veranstaltung im *Soupanova* zeigten wir diesen Film erneut.

Wie könnte es anders sein: hier richteten sich die Fragen des Publikums auf die scheinbar allzu positive Darstellung, die im *happy end* ihren Abschluss findet. ♦

Watch INDONESIA!

Urbanstr. 114, 10967 Berlin
Tel./Fax: +49-30-698 17 938
e-mail: watchindonesia@watchindonesia.org
www.watchindonesia.org

Für Demokratie, Menschenrechte und Umwelt in Indonesien und Osttimor e.V.



Impressum

SUARA 22. Jahrgang, Nr. 1, Oktober 2013
ISSN 1867-3554, vierteljährlich

Verlag und Herausgeber:
Watch Indonesia! e.V.
Urbanstr. 114
10967 Berlin

Tel./Fax: 030 - 698 17 938
e-mail: watchindonesia@watchindonesia.org
www.watchindonesia.org

Redaktion: Alex Flor, Basalisa Dengen
ViSdP: Alex Flor; gedruckt auf Umweltpapier

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Berlin
Registernummer: 14809 Nz
Steuernummer: 27/681/50628

SUARA bestellen

Abopreise:

Für ein Jahresabo (4 Ausgaben) inkl. Versand berechnen wir:

Deutschland: € 25,-

Ausland: € 35,-

Einzelheft: € 6,50

Senden Sie uns Ihre Bestellung bitte an o.g. Anschrift.

Bitte überweisen Sie die Abogebühr an
Watch Indonesia! e.V.

Kto. Nr. 2127 101

Postbank Berlin (BLZ 100 100 10)

IBAN: DE96 1001 0010 0002 1271 01

BIC/SWIFT: PBNKDEFF

